



Freie und Hansestadt Hamburg

Drucksache XIX/44

Bezirksamt Bergedorf

T Ä T I G K E I T S B E R I C H T

D E S

B E Z I R K S A M T E S B E R G E D O R F

B E R I C H T S J A H R 2 0 1 0

(30. Fortschreibung)



VORWORT

Der nun vorgelegte Tätigkeitsbericht des Bezirksamts legt Rechenschaft ab über eine Arbeitsleistung, die noch Herr Dr. Krupp als Bezirksamtsleiter verantwortet.

Zum 31. Mal in Folge informiert das Bezirksamt darin über die letztjährige Arbeit seiner einzelnen Dezernate und Fachämter.

Zahlen, Daten, Fakten und Erläuterungen spiegeln im Vorjahresvergleich ein großes Arbeitsvolumen wider.

Diese Informationen sollen Interessierte einladen, sich mit dem breiten Aufgabenspektrum und mit der Arbeit und der Entwicklung des Bezirksamtes zu befassen.

Wir fordern erneut zur Aufgabenkritik auf und freuen uns über Anregungen, die der Arbeit des Amtes dienen könnten.

Angela Braasch-Eggert
Stellvertretende Bezirksamtsleiterin



INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
1. Dezernat Steuerung und Service	
1.1 Interner Service	5
Gremienbetreuung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,	5
Gebäudemanagement,	6
Katastrophenschutz,	7
Lichtwarkausschuss	7
1.2 Personalservice	8
1.3 Ressourcensteuerung	
Haushalt	10
Organisation und IT-Angelegenheiten	12
1.4 Rechtsamt	12
2. Dezernat Bürgerservice	
2.1 Fachamt Einwohnerwesen	15
2.2 Fachamt Personenstandswesen	18
3. Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit	
3.1 Fachamt Grundsicherung und Soziales Dienstleistungszentrum	20
3.2 Fachamt Sozialraummangement	23
3.2.1 Stadterneuerung, Projektentwicklung und bezirkliches Bildungsmanagement	24
3.2.2 Steuerung und Förderung	26
3.2.3 Kommunale Einrichtungen zur Förderung der Erziehung in der Familie	27
3.2.4 Kommunale Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit	28
3.2.5 Sportangelegenheiten	28
3.2.6 Sonstige Aufgaben	29
3.2.7 Integration von Zuwanderern, Bürgerschaftliches Engagement, offene Seniorenarbeit	29
3.3 Fachamt Jugend- und Familienhilfe	30
3.4 Fachamt Gesundheit	36



4. Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt

4.1	Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung	47
4.1.1	Übergeordnete Planung	47
4.1.2	Bebauungsplanung	50
4.1.3	Landschaftsplanung	51
4.2	Fachamt Management des öffentlichen Raumes	52
4.3	Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt	57
4.3.1	Gewerberecht, Marktwesen und Lebensmittelüberwachung	58
4.3.1.1	Gewerbe- und Ordnungsrecht	58
4.3.1.2	Lebensmittelüberwachung und Marktwesen	60
4.3.2	Veterinärwesen	62
4.3.3	Technischer Umweltschutz	64
4.4	Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt	66
4.4.1	Wirtschaftsförderung	67
4.4.2	Bauprüfung	71
4.4.3	Service und Verwaltung	73
4.4.4	Umwelt	75



1. DEZERNAT STEUERUNG UND SERVICE

Leitung: Klaus Wolters, Tel. 42891-2003/2004

	2008	2009	2010
Beschäftigungsvolumen	46,62	46,93	46,52
Sachkostenbudget in €			
Ansatz und Rest Vorjahr	37.388	24.071	19.585
Ausgaben	37.388	24.071	19.585
übertragbarer Rest	0		
betreute Fachausschüsse	Bezirksversammlung, Hauptausschuss, Regionalausschuss und andere Fachausschüsse		

1.1. Interner Service

Leitung: Monika zur Linde, Tel. 42891-2087

	2008	2009	2010
Beschäftigungsvolumen	20,02	18,73	18,53

Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit

Aufgabe und Entwicklung in 2010

	2008	2009	2010
Anzahl der zu betreuenden ehrenamtlichen Gremien	17	17	17
Anzahl der Sitzungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse	130	149	140
Anzahl der der Bezirksversammlung vorgelegten Drucksachen	645	563	517
Anzahl der Beiträge/Stellungnahmen zu Drucksachen der Bezirksversammlung und deren Fachausschüsse	192	198	149
Aufwendungen für Bezirksabgeordnete und Fraktionen in Euro	605.646	734.602	708.057
Anzahl der Eingaben an die Bezirksversammlung	47	75	33
Anzahl der Eingaben an die Bezirksamtsleitung	107	111	85

Schwerpunktt Themen der Hauptausschuss-Eingaben sind nach wie vor Verkehrsangelegenheiten. Die Eingaben an die Bezirksamtsleitung betreffen hauptsächlich Bau- und Verkehrsangelegenheiten. Anlässlich des schneereichen Winters gab es auch Eingaben zu Schneeräumung und Winterschäden.

Neben der Ausschuss begleitenden Tätigkeit waren 2010 folgende Aufgaben zu bewältigen:

- Vorbereitung und Durchführung des Volksentscheids „Wir wollen lernen“, 18. Juli 2010
- Organisation und Durchführung des 22. Helfertages der Bezirksversammlung im November 2010
- Organisation und Durchführung des Adventsbasars am ersten Adventswochenende
- Organisation und Durchführung des Spiegelsaalkonzerts.



Ehrungen

	2008	2009	2010
Anzahl der Eisernen-, Diamantenen-, Goldenen- und Gnadenhochzeiten	14	12	15
Anzahl der 90., 100. und weiteren Geburtstage über 100	143	204	298

Gebäudemanagement

Aufgabe und Entwicklung in 2010

	2008	2009	2010
Anzahl der zu unterhaltenden eigen genutzten Gebäude	27	26	27
Höhe des Bewirtschaftungsvolumens für eigen genutzte Gebäude in €	1.048.175	1.084.669	936.583
Nutzfläche der zu unterhaltenden eigen genutzten Gebäude in m ² -davon angemietet in m ²	21.548 17.058	19.923 15.433	26.668 22.178 *)
Durchschnittliche Bewirtschaftungskosten für eigen genutzte Gebäude je m ²	4,06	4,54	2,93 **)
Durchschnittliche Mietkosten je m ²	9,28	9,14	10,80 ***)

*) in den angemieteten Qm sind die Objekte enthalten, die vertraglich zum Jahresende 2010 auslaufen. Die Höhe wird sich in 2011 nach unten verändern.

***) dieser Betrag ist nicht aussagekräftig, weil sich durch die Anmietung des Dienstleistungszentrums (DLZ) die Gesamtfläche erhöht hat, die Kosten aber noch nicht angelaufen sind. Erst in 2011 werden sich die Zahlen angleichen.

****) erhöhte Leistung, weil noch alle Verträge der bestehenden Dienstgebäude laufen. Die Höhe wird sich in 2011 nach unten verändern.

Im Schwerpunkt waren 2010 folgende Aufgaben zu bewältigen:

- Übernahme des neuen DLZ am Bahnhof
- Verlegung von Dienststellen; Umzüge in das DLZ (EA, GS, JA, GA, Pflegestützpunkt)
- Räumung und Entrümpelung folgender Dienstgebäude: Duwockskamp, Lamprechtstr., Herzog-Carl-Friedrich-Platz; Brookdeich, Fleetplatz, Neuengammer Hausdeich, Wentorfer Str.15, Chrysenderstr.)
- Übergabe der Dienstgebäude an die Eigentümer erst Anfang 2011
- Erneuerung der Akustikdecken im 1. Und 2.OG des Lichtwarkhauses
- Einbau von zwei Duschplätzen im EG des Lichtwarkhauses
- Grundinstandsetzung des Schwimmpontons am Anlieger Lichtwarkhaus einschl. Schwimffähigkeitsprüfung
- Dachsicherung und Innenrenovierung des Jugend Clubs „Dolle Deerns“.
- Außenrenovierung des Spielhauses Lohbrügger Landstraße
- kommissarische Vergabe der Unterhaltsreinigung für das DLZ am Bahnhof
- Renovierung und Instandsetzung des "Sonnenbaus" an der Sternwarte
- Renovierung und Instandsetzung des 1-m-Spiegels an der Sternwarte
- Erneuerung der Heizkesselanlage im Gebäude August-Bebel-Str. 200



Zentrale Fachaufgabe Katastrophenschutz

Aufgabe und Entwicklung in 2010

Von Bedeutung war für das Jahr 2010 neben der Schulung der Mitarbeiter und der Einarbeitung in relevante Software die Mitarbeit in mehreren Arbeitsgruppen, deren Schwerpunkt zum einen die Erarbeitung eines modernen Ausbildungskonzeptes für Stabsmitglieder und zum anderen die Festlegung einer bezirksübergreifend einheitlichen Stabsstruktur und Aufgabenwahrnehmung war.

Am 06.11. wurde die praktische Deichverteidigungsübung durchgeführt. Unter Beteiligung einer Technischen Einsatzleitung (TEL/DV) wurde den Einsatzkräften das Zusammenspiel zwischen den Deichfachkräften und der Technischen Einsatzleitung demonstriert. Es wurde neben der praktischen Arbeit an angenommenen Schadenstellen auch die zeitnahe Zusammenführung von Personal und Material geübt.

Katastrophenschutz	2008	2009	2010
Anzahl der Katastrophenschutzübungen	3	2	1
Anzahl der Schulungen	8	7	4
Anzahl der Einsätze	1*	0	0

* = Sturmfluteinsatz am 1.3.2008

Bei 4 Schulungsterminen wurden insgesamt 16 Mitarbeiter des Regionalen Katastrophendienstes (RKD) fortgebildet und in ihre Aufgaben eingewiesen sowie z.T. mit für ihre Tätigkeit im RKD notwendiger Software vertraut gemacht.

Lichtwark-Ausschuss

Leitung: Dr. Andreas Aholt, Tel. 42891-4314

Aufgabe und Entwicklung in 2010

Der Lichtwark-Ausschuss bereichert das Bergedorfer Kulturleben mit folgenden Angeboten: Theateraufführungen, den 9. Kabarett-Wochen, mit den Programmen „Stars-Hautnah“ und „Theater-Highlights“ und den Jugendwettbewerben im Theater Haus im Park.

Veranstaltungen im Theater "Haus im Park"

Spielzeit	06/07	07/08	08/09	09/10
Anzahl der Veranstaltungen	22	41	38	37
Anzahl der Abonnenten	620	810	899	982
Anzahl der "freien" Besucher	4.000	7.732	9729	11.978
Auslastung der Veranstaltungen	63%	54,5	72,0	74,0

Der Theaterbetrieb hat sich in der abgelaufenen Saison kontinuierlich weiter entwickelt. Das Theater wird mit seinem derzeitigen Angebot von der Bevölkerung angenommen. Das lässt sich daran festmachen, dass sich das Publikum sowohl aus jungen als auch aus älteren Gästen zusammensetzt.



47. Jugendmusikantenwettbewerb

Mehr als 160 junge Musikerinnen und Musiker wetteiferten an 2 Wochenenden bei durchgängig hohem Niveau um gute Plätze. Höhepunkt war das abschließende Preisträgerkonzert am 30. Mai.

31. Jugend-Theatertage

12 Theatergruppen zeigten Aufführungen und wurden von einer differenziert abwägenden Jury bewertet, die jeder Gruppe ein sehr persönliches und individuelles Feedback gab.

Finanzierung der Jugendwettbewerbe

Hinsichtlich des Jugendmusikantenwettstreits wurden 2010 1.440,80 € durch die Oscar- und Vera-Ritter Stiftung übernommen, die auf diese Weise ermöglichte, dass auch 2010 wie in den letzten Jahren Preisgelder gezahlt werden konnten, die andernfalls hätten ersatzlos gestrichen werden müssen (aus Mangel an Budget). Die restlichen Kosten in Höhe von 2174,30 € wurden aus Mitteln des Präsidiums der Bezirksversammlung Bergedorf beglichen.

Hinsichtlich des Jugendtheaterwettbewerbs wurden die Preisgelder aufgrund der angespannten finanziellen Lage durch ein Kontingent an Freikarten für das Theater Haus im Park ersetzt. Wie auch 2009 reichten die Einnahmen aus dem Kartenverkauf nicht aus, um die Kosten der Veranstaltung (insb. Kosten für die Bühnentechnik) zu decken. Die Differenz von 778,23 € wurde aus Mitteln des Präsidiums der Bezirksversammlung beglichen.

Durch die 2010 zum zweiten Mal erhobenen Einnahmen aus Eintrittsgeldern und die Spende der Oscar- und Vera-Ritter-Stiftung sowie sparsames Wirtschaften ist in Summe die Belastung für den bezirklichen Haushalt von ehemals ca. 8.000 € für beide Veranstaltungen auf insgesamt 2952,53 € (Mittel der Bezirksversammlung) gesunken.

1.2 Fachamt Personalservice

Leitung: Monika zur Linde, Tel.: 42891.2087

	2008	2009	2010
Beschäftigungsvolumen	5,93	6,28	6,43

Aufgabe und Entwicklung in 2010

Die Aufgabe des Fachamtes besteht im Wesentlichen darin, die Arbeitgeberinteressen zu vertreten und darüber hinaus die Behördenleitung und die übrigen Fachämter und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen personellen Fragen zu beraten.

Im Folgenden werden die Arbeitsschwerpunkte für 2010 beschrieben:

Änderungen im Beamtenrecht, eine neue Laufbahnverordnung sowie ein neues Besoldungs- und Versorgungsrecht und Gesetzesänderungen zur ARGE führten zu außerordentlicher Mehrarbeit. Im Herbst begannen die Verhandlungen über die konkrete Ausgestaltung einer neuen Gleitzeitregelung im Bezirksamt Bergedorf, die die FHH mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften als Rahmenvereinbarung geschlossen hat.



Im Rahmen der vom Senat beschlossenen Ausbildungsinitiative hat sich das Bezirksamt für den Garten- und Landschaftsbau auch in 2010 erfolgreich um die Ausbildung der insgesamt 17 Auszubildenden gekümmert. Ebenso haben sich die Ausbildungszahlen für die Nachwuchskräfte im Fachbereich Allgemeine Dienste erhöht. In 2010 wurden insgesamt 16 NWK in der Laufbahngruppe 1 (ehem. mittlerer Dienst) und 7 NWK für das Eingangsstadium der Laufbahngruppe 2 (ehem. gehobener Dienst) betreut.

Es wurde wieder 17 Schülerinnen und Schülern ein Betriebspraktikum ermöglicht. Erstmals in 2010 wurde im Rahmen des Hamburger Hauptschulmodells eine Vereinbarung mit der Stadtteilschule Bergedorf geschlossen, mit dem Ergebnis, dass zukünftig nun zweimal jährlich je zwei Praktikumsplätze für die dortigen Schülerinnen und Schüler im Bezirksamt zur Verfügung gestellt werden. Damit soll eine noch bessere Vorbereitung auf die Berufstätigkeit erreicht werden. Ergänzend haben außerdem zwei Mitarbeiterinnen des Personalservice in der Stadtteilschule für eine 8. Klasse ein Bewerbungstraining durchgeführt. Sieben Studentinnen und Studenten absolvierten im Bezirksamt ein im Rahmen Ihres Studiums vorgesehenes Pflichtpraktikum. Im Rahmen von Eingliederungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit haben 10 Praktika stattgefunden.

In 2010 wurden 21 Stellenauswahlverfahren durchgeführt. Diese Zahl ist - nachdem in 2009 noch 37 Verfahren durchgeführt wurden - erstmals seit drei Jahren rückläufig.

Die Integration der Asklepios-Rückkehrer ist noch immer nicht abgeschlossen und wird uns auch in 2011 weiter beschäftigen. Derzeit sind rund 21 Asklepios-Rückkehrer ins Bezirksamt abgeordnet und zwei absolvieren hier einen sog. „Übergangseinsatz“ (i. d. R. 6 Monate). In 2010 konnte sich darüber hinaus eine - bisher in das Bezirksamt abgeordnete - Asklepios-Rückkehrerin in einem Personalauswahlverfahren durchsetzen und wurde in eine Regelstelle des Bezirksamtes übernommen.

Im Abschnitt Personalentwicklung wurde die Überarbeitung der im Bezirksamt geltenden „Grundsätze zur Führung und Zusammenarbeit“ abgeschlossen und in einer neuen Broschüre veröffentlicht. Weitere Schwerpunkte waren die Optimierung des Beurteilungswesens sowie die weitere Professionalisierung der Auswahlverfahren. Im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung wurden wieder monatliche Gesundheitstipps und Ohrakkupunktursitzungen angeboten. Außerdem wurden mit dem Arbeitsmedizinischen Dienst individuelle Gesundheitscoachings für 15 Beschäftigte und ein Gruppenernährungscoaching für 10 Beschäftigte durchgeführt.

Kennzahlen	2008	2009	2010
Anzahl von Fortbildungstagen pro Beschäftigten	0,9	1,0	1,62
Ø Fortbildungsausgaben je Beschäftigten in €	62,7	65,3	90,26
Ø Krankenquote in %	7,7	6,5	7,7*
Quote (in %) der Schwerbehinderten	8,6	9,43	8,7

* Stand:30.11.2010



Das Bezirksamt beschäftigte		2008	2009	2010*
Beamte		178	172	171
davon (in %)	Weiblich	63	62	63
	Männlich	37	38	37
	Teilzeitbeschäftigt	29	28	26
	beurlaubt o. ä.	4	5	4
Arbeitnehmer		353	369	378
davon (in %)	Weiblich	53	54	56
	Männlich	47	46	44
	Teilzeitbeschäftigt	31	32	32
	Weiblich	85	81	84
	Männlich	15	19	16
	beurlaubt o. ä.	5	5	3
Geringfügig u. sonstige Beschäftigte		1	-	1
Auszubildende (gewerblich)		8	17	17
Beschäftigte insgesamt		540	558	567
Honorarkräfte		186	200	197

* Stand:30.11.2010

1.3 Ressourcensteuerung

Haushalt

Leitung: Hans Fuhrmann, Tel. 42891-2010

	2008	2009	2010
Beschäftigungsvolumen	8,18	8,08	9,65

Aufgabe und Entwicklung in 2010

2010 war durchgängig ein schwieriges Jahr für die Haushaltsabteilung.

Die Parallelität mehrerer Programme einerseits zur Haushaltskonsolidierung, andererseits zur Ankurbelung der Konjunktur verursachte über das normale Haushaltsgeschehen hinaus in erheblichem Umfang unterjährige Mittelumrichtungen und technische Umsetzungen sowie einen deutlich höheren Aufwand im Rahmen formaler Berichtspflichten und sonstiger Informationsgespräche, Absprachen und Verhandlungen.

Zusätzlich erschwerend wirkte sich die Tatsache aus, dass in einem für die Materie Haushalts-/Kassenrecht und SAP-Administration und -Anwenderbetreuung relativ geringen Zeitraum eine erhebliche Personalfuktuation zu verkraften war. Beginnend mit März 2009 bis April 2010 waren auf 6 von 10 Arbeitsplätzen neue Kräfte einzuarbeiten und zu integrieren.

Nennenswerte qualitative oder quantitative Mängel bzw. Störungen in der regelhaften Aufgabenwahrnehmung konnten dennoch vermieden werden.



Darüber hinaus konnten 2010 folgende Ziele erreicht werden:

- Erwirtschaftung der vom Senat für das Haushaltsjahr 2010 beschlossenen Globalen Minderausgabe im Sachhaushalt in Höhe von 285.000 €
- Nahezu vollständige Absicherung der Anteilsfinanzierung für die Einrichtung des Dienstleistungszentrums am Bahnhof in Höhe von 400.000 € (Restarbeiten und Schlussabrechnungen werden in 2011 abgewickelt)
- Erste (Teil-) Rücklagenbildung für die Globale Minderausgabe im Sachhaushalt 2011 in Höhe von 288.000 €
- Dauerhafte Absicherung des Mietbudgets für das Dienstleistungszentrum am Bahnhof
- Bis zum Moratorium Mitte 2010 konzeptionelle Mitarbeit im Rahmen des Projektes „Neues Haushaltswesen Hamburg“ (NHH) in überbezirklichen Projekt- und Facharbeitsgruppen zur Erarbeitung der NHH-Strukturen für die Bezirksverwaltung einschl. Berichtswesen; Initialisierung und Leitung der bezirksinternen Projektgruppe; Erarbeitung des erforderlichen Grundlagenwissens im Rahmen von Seminaren, Schulungsveranstaltungen, Workshops u.ä.
- Organisation der Bargeldtransporte für die sichere Versorgung und Leerung des Kassenautomaten im Dienstleistungszentrum am Bahnhof.

Gesamtumsatz in TEUR	2008	2009	2010*
Einnahmen	7.297	7.607	6.564
Ausgaben	70.011	74.614	79.948
Bauinvestitionen/Beschaffungen	9.535	9.137	12.363
<i>davon Rahmenzuweisungen</i>	2.255	2.713	2.439
<i>Einzel- und Zweckzuweisungen</i>	273	1.084	1.223
<i>Fachbehördentitel</i>	4.205	1.824	2.861
Sach-, Fach- und Betriebsausgaben	60.476	65.477	67.585
<i>davon Rahmenzuweisungen</i>	7.882	8.145	7.616
<i>Einzel- und Zweckzuweisungen</i>	19.381	23.060	24.692
<i>Fachbehördentitel</i>	395	651	1.406
Barumsätze in TEUR			
Einnahmen	2.303	2.475	2.368
Ausgaben	2.341	2.446	2.361

* vorbehaltlich endgültiger Jahresabschluss 2010



Organisation und IT-Angelegenheiten

Leitung: Ingo Meier, Tel. 42891-2019

	2008	2009	2010
Beschäftigungsvolumen	8,18	6,68	6,95

Aufgabe und Entwicklung in 2010

Die Funktion des „Hamburg-Service-Redakteurs“ zur Optimierung und Aktualisierung der Dienstleistungs-, Organisations- und Personendaten ist fortgeführt worden. Im Jahre 2009 ist daraus ein Berichtswesen gestaltet worden, das – intern - ab 2010 regelhaft veröffentlicht wird und - extern - den übrigen Bezirksämtern zur Verfügung gestellt wurde.

Für das bezirksamtsinterne Projekt Dienstleistungszentrum am Bahnhof war im gesamten Jahr die Geschäftsführung zu leisten. Bis zum Bezug im November 2010 wurden alle Aufträge gegenüber dem Konzerndienstleister dataport rechtzeitig erteilt. Die zur IT-Technik gehörende Infrastruktur stand betriebsbereit zur Verfügung. In viele Prozesse des konkreten Beziehens war die gesamte Abteilung maßgeblich mit hohem Personaleinsatz eingebunden.

Das Begleiten und Steuern der Projekte Weiterentwicklung des Bildschirmdialogverfahrens „Bauangelegenheiten mit Computerunterstützung“ (BaCom) und Bauleitplanung online erfolgte während des ganzen Jahres.

Im gesamten Jahr 2010 waren leitungsunterstützende Aufgaben aus Anlass der Senatsentscheidungen zur Haushaltskonsolidierung 2010 – 2014 zu erledigen.

1.5 Rechtsamt

Leitung: Peter Moller, Tel. 42891-2031

	2008	2009	2010
Beschäftigungsvolumen (einschl. Vorzimmer D3)	4,0	3,83	4,79

Aufgabe und Entwicklung in 2010

Das Rechtsamt ist neben seiner Funktion als Widerspruchsbehörde zuständig für die Erledigung aller im Bezirksamt anfallenden Rechtsstreitigkeiten, Erarbeitung rechtlich geprägter gutachtlicher Stellungnahmen und Formulierung von Verträgen sowie für die Beratung und Unterstützung der Bezirksamtsleitung, der Fachämter des Bezirksamts, der Fraktionen der Bezirksversammlung, und ihres Präsidiums. Der gegenwärtige Rechtsamtsleiter ist zugleich stellvertretender Bezirkswahlleiter.

Im März 2010 konnte die Stelle der im Jahre 2009 ins Baudezernat gewechselten Kollegin nachbesetzt werden, die bis dahin durch eine Nachwuchskraft vertreten worden war, so dass nun neben der Leitung 2,5 Sachbearbeiterstellen zur Verfügung stehen. Zusätzliche Unterstützung kam in der zweiten Jahreshälfte von einer weiteren Nachwuchskraft. Durch diese gute Personalausstattung konnten 20% mehr Vorgänge erledigt werden als im Vorjahr, die Reste sind um ein knappes Fünftel zurückgegangen und auch die Bearbeitungsdauer hat sich



wieder gesenkt, wenngleich sie immer noch zu lang erscheint. Es bleibt abzuwarten, ob der Benchmarkingprozess, in dem die Rechtsämter Vorreiter für die Bezirksämter sind, hier eine weitere positive Entwicklung ermöglichen wird.

Die Zahl der Zugänge im Rechtsamt ist weiter angestiegen, was allerdings nicht für die Widerspruchsverfahren gilt. Hier war ein Rückgang von rund 5% zu verzeichnen. Mit über 55% der Fälle liegt der Schwerpunkt abermals im Bereich des Jugend- und Sozialhilferechts. Einem leichten Rückgang im Sozialhilfebereich stand ein starker Zuwachs bei der Jugendhilfe gegenüber, der auf die Erhöhung der Beiträge zur Kindertagesbetreuung zurückzuführen ist.

In den übrigen Fachbereichen bewegen sich die Widerspruchszahlen im Rahmen normaler Schwankungen; die Fallzahlen sind im Einzelnen der untenstehenden Übersicht ausgewählter Rechtsgebiete zu entnehmen.

Aufgrund der schwierigen Straßenverhältnisse im vergangenen Winter sind 1/3 mehr Schadensersatzansprüche (48 gegenüber 36) an das Bezirksamt herangetragen worden. Eine Häufung von Fällen, die sich voraussichtlich nicht wieder ergeben wird, ist im Bereich Regressprüfung/Disziplinarsachen (28) zu verzeichnen. Die Mehrzahl der Fälle beruht auf Überzahlungen wegen der komplizierten Überleitungsvorschriften im Tarifrecht. Es sind aber auch mit 4 derzeit ungewöhnlich viele Disziplinarverfahren anhängig.

Daneben hat das Rechtsamt 20 Bebauungsplanverfahren begleitet, wobei besonders die Rechtsprüfung vor der öffentlichen Auslegung und die abschließende rechtliche Prüfung aufwendig sind. Auf diesem Gebiet hat sich die Zahl der statistisch erfassten Vorgänge um 2/3 erhöht, die bisher alle termingerecht erledigt werden konnten. Es zeigt sich aber, dass Kapazitätsausweitungen in den Fachämtern, hier durch die Einschaltung externer Planungsbüros, leicht auf einen „Flaschenhals“ im Rechtsamt stoßen können, wenn die dortigen Kapazitäten konstant bleiben. Ein ähnliches Beispiel ist die sehr wünschenswerte Verfolgung von Rückforderungen im Sozialamt durch zusätzliches Personal, die allerdings nicht selten in Rechtsstreitigkeiten mündet.

Im Jahr 2010 absolvierten 13 Referendare ihre Verwaltungsstation im Rechtsamt, das sich für Referendarausbildung auch deshalb besonders gut eignet, weil es keine Spezialisierung gibt, sondern alle Referenten als Ausbilder das komplette Aufgabenspektrum abdecken. Daneben leisteten 2 Jurastudenten ein Praktikum ab.

Kennzahlen:

Widerspruchsverfahren¹	2008	2009	2010
Zugang	257	377	357
erledigt			
- (überwiegend) zugunsten des Amtes	223	249	365
- (überwiegend) zugunsten der Gegenseite	48	42	33
Bestand am 31.12.	125	211	170
von diesen Widerspruchsverfahren entfielen auf			
- Bauprüf- und Bauangelegenheiten			
- Zugang	45	65	50
- erledigt	51	39	69

¹ Der Anteil der zugunsten oder überwiegend zugunsten von Bürgern abgeschlossenen Widerspruchsverfahren kann nicht allein als Qualitätskennziffer für richtige oder falsche Entscheidungen von Sachbearbeitern in den Fachämtern gewertet werden. Häufig reichen Bürger im Widerspruchsverfahren noch Unterlagen nach, die dann die Angelegenheit in einem anderen Licht erscheinen lassen.



- davon zugunsten d. Widersprechenden	25,5 %	15,4 %	10,1 %
- Rest	30	56	37
- Tief- und Gartenbau-, Naturschutzangelegenheiten			
- Zugang	16	27	24
- erledigt	14	23	25
- davon zugunsten d. Widersprechenden	7,14 %	13 %	0 %
- Rest	9	13	12
- Jugend-, Grundsicherungs- und Sozialhilfeangelegenheiten			
- Zugang	114	211	197
- erledigt	123	149	216
- davon zugunsten d. Widersprechenden	5,9 %	14,7 %	7,4%
- Rest	38	100	81
-Wohngeld, USG, Elterngeld			
- Zugang	21	17	20
- erledigt	22	19	21
- davon zugunsten d. Widersprechenden	13,6 %	5,3 %	19 %
- Rest	10	8	7
- Einwohneramtsangelegenheiten			
- Zugang	3	2	2
- erledigt	3	3	3
- davon zugunsten d. Widersprechenden			33,3%
- Rest	2	1	0
- Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten			
- Zugang	19	20	24
- erledigt	24	20	22
- davon zugunsten d. Widersprechenden	12,5 %	15 %	0 %
- Rest	8	8	10
- Gebührenangelegenheiten			
- Zugang	19	17	14
- erledigt	13	15	21
- davon zugunsten d. Widersprechenden	26,3 %	6,7 %	9,5 %
- Rest	16	18	11
- Ausländerangelegenheiten			
- Zugang	14	9	12
- erledigt	17	13	10
- davon zugunsten d. Widersprechenden	5,9 %	30,8 %	10 %
- Rest	8	4	6
B-Plan-Verfahren		17	20

Verfahren vor den Gerichten	2008	2009	2010
(Zivil-, Sozial und Verwaltungsgerichte)			
Antragsverfahren I. und II. Instanz			
- anhängig wurden	20	30	34
- abgeschlossen wurden	18	30	31
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	4	8	4
- Bestand	13	13	16

Hauptsacheverfahren I. und II. Instanz			
- anhängig wurden	84	92	103
- abgeschlossen wurden	108	97	89
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	28	21	10



- Bestand	127	122	136
-----------	-----	-----	-----

<u>Rechtsservice</u>			
Zugang	280	256	296
Erledigung	298	257	285
Rest	93	92	103

<u>Verfahrensdauer in Tagen</u>			
Verfahren im Bezirksamt	204,6	238,4	165,2
- davon Widerspruchsverfahren	143,3	196,6	178,2
Gerichtsverfahren			
- Antragsverfahren	73	203	165,7
- Beschwerdeverfahren	281	318	183,8
- Klageverfahren	483	681	480,1
- Berufungsverfahren	355	448	671,4

2. DEZERNAT BÜRGERSERVICE

Leitung: Klaus Wolters, Tel. 42891-2003/2004

	2008	2009	2010
Beschäftigungsvolumen	30,08	29,56	29,72

2.1 Fachamt Einwohnerwesen

(Einwohnerdaten und Ausländerangelegenheiten)

Leitung: kommissarisch Sabine von Issendorf, Tel. 42891 – 3461

	2008	2009	2010
Beschäftigungsvolumen	21,06	20,32	20,47

Allgemeine Kennzahlen	2008 30.06.2008	2009 30.06.2009	2010 30.06.2010
Bevölkerungszahl im Bezirk Bergedorf	119.833	120.102	120.748
davon Ausländer	11.629	11.505	11.486



Abteilung für Einwohnerdaten

Bergedorf - gesamt -	2008	2009	2010
Anzahl der erteilten Personaldokumente	*)	17.531	24.173
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen			
Durchschnittliche Wartezeit in Minuten (nur messbar im Bürgerzentrum Bergedorf)	25	20	25
Durchschnittliche Quote der telefonischen Erreichbarkeit 1)	----	62,71 % 1)	59,59 %

*) Betriebsdatenzahlen stehen erstmals wieder ab 2009 zur Verfügung

1) Basis ist die Statistik des Hamburger Telefon Service
Diese Jahresauswertung erfolgte erstmalig für das Jahr 2009

Das Jahr 2010 war im Fachamt Einwohnerwesen erheblich geprägt durch die Einführung des neuen (elektronischen) Personalausweises zum 01. 11. 2010 und – ebenfalls im November 2010 - durch den Einzug in das Dienstleistungszentrum am Bahnhof.

Einführung des neuen (elektronischen) Personalausweises

Der neue (elektronische) Personalausweis bedeutet für die öffentliche Verwaltung einen Paradigmenwechsel – Abschied von dem bisher „schlichten“ Ausweisdokument, hin zu einer auch wirtschaftlich nutzbaren Identifikationskarte.

Dies hat in der Abteilung Einwohnerdaten beispielsweise zu

- veränderten und neuen Arbeitsschritten,
 - neuen Informations- und Dokumentationspflichten gegenüber den Kunden
 - neuen Funktionalitäten/Masken im Fachverfahren
- geführt.

Die damit verbundenen vielfältigen Problemstellungen haben auch bei zeitweilig sehr hohem Kundenaufkommen zu extrem langen Wartezeiten geführt.

Einige Problemstellungen konnten bis zum Jahreswechsel noch nicht behoben werden und wirken auch in das Jahr 2011 hinein.

Umzug in das Dienstleistungszentrum

Mit dem Einzug in das Dienstleistungszentrum am Bahnhof war die Zusammenlegung der bezirklichen Bürgerzentren (Bergedorf, Vier- und Marschlande, Neuallermöhe) zu einer Dienstleistungseinheit mit einem optimierten Öffnungszeitenangebot von wöchentlich 31 Stunden verbunden.

Aufgrund der exzellenten Vorarbeiten und Vorplanungen aller Beteiligten konnte der Umzug des Fachamtes Einwohnerwesen mit für den Kunden nur geringer Beeinträchtigung umgesetzt werden. Die Schließung des Fachamtes Einwohnerwesen konnte auf zwei Tage begrenzt werden.



Öffnung aller Bürgerzentren

Auch im vergangenen Jahr ist es gelungen, einen dauerhaften und regelmäßigen Dienst- und Kundenbetrieb aufrechtzuerhalten. Ausnahmen stellten kurzfristige Zeiträume dar, an denen das Bürgerzentrum Vier- und Marschlande geschlossen bleiben musste. Die Mitarbeiter/innen wurden teilweise in den beiden anderen Bürgerzentren zur Unterstützung benötigt, um dort den Dienstbetrieb aufrecht erhalten zu können.

Wartezeiten

Das Ziel, im Fachbereich Einwohnerdaten im Jahresmittel eine durchschnittliche Wartezeit von 25 Minuten nicht zu überschreiten, konnte erneut erreicht werden.

Das Vorjahresergebnis der Servicequalität des Fachamtes Einwohnerwesen konnte insgesamt im Wesentlichen wieder erreicht werden.

Telefonische Erreichbarkeit

Die telefonische Erreichbarkeit konnte mit knapp 60 % gegenüber dem Vorjahr trotz des Umzuges fast stabil gehalten werden.

Abteilung für Ausländerangelegenheiten

	2008*)	2009	2010
Verpflichtungserklärungen nach § 68 Aufenthaltsgesetz (Einladungen an Besucher aus dem Ausland)	1500	1165	1503
Anzahl der erteilten Aufenthaltsgenehmigungen	2.900	3.135	3.027
Anzahl der abgelehnten Aufenthaltsgenehmigungen	86	78	63
Freizügigkeitsbescheinigungen	240	240	257

*)Die o . a. Zahlen sind geschätzt.

Ab 2009 werden die Daten für das Ausländerwesen auf der Basis des Betriebsdatensystems der Fachanwendung PAULA GO erhoben.

	2008	2009	2010
durchschnittliche Quote der telefonischen Erreichbarkeit	---	91,35 %	81,68 %
2) Basis ist die Statistik des Hamburger Telefon Service; Diese Jahresauswertung erfolgte erstmalig für das Jahr 2009	---	2)	



Elektronischen Ausländerakte

Mit Wirkung vom 01. 07. 2008 wurde das überbezirkliche Projekt ElektrA (elektronische Ausländerakte) eingesetzt.

Ziel des Projektes ist es, die personenbezogene Haltung von Papierakten auch im Bereich der bezirklichen Abteilungen für Ausländerangelegenheiten durch Einführung einer elektronischen Ausländerakte zu ersetzen. Das Projekt verfolgt dabei das Ziel, die Archivierung von Originaldokumenten soweit wie möglich überflüssig zu machen.

Die Servicequalität für ausländische Mitbürger soll dadurch verbessert werden, dass die elektronische Ausländerakte immer sofort der Sachbearbeitung zur Verfügung steht und Postwege des Aktentransportes entfallen bzw. auf ein Minimum reduziert werden.

Vor diesem Hintergrund war der Aufgabenbereich Ausländerwesen zusätzlich belastet mit den vorbereitenden Maßnahmen und der Mitarbeit im Projekt ElektrA. Als eine der bezirklichen Pilotdienststellen wurde im Frühjahr 2010 mit der Umsetzungsphase - der Einführung der elektronischen Ausländerakte - begonnen.

Seit Sommer 2010 arbeitet die bezirkliche Abteilung Ausländerwesen nahezu papieraktenlos. Die Umsetzungsphase wurde zum 31. 12. 2010 erfolgreich abgeschlossen.

Terminvereinbarung/Wartezeit

Das Instrument der vorherigen Terminvereinbarung für ausländische Kunden in der Fachabteilung für Ausländerangelegenheiten konnte weiter ausgebaut werden.

Wartezeiten sind dadurch fast gänzlich entfallen. Dringend notwendige Sachbearbeitung erfolgte sofort. Das Feedback der ausländischen Kunden zur Terminvereinbarung ist ausnahmslos positiv.

Telefonische Erreichbarkeit

Die telefonische Erreichbarkeit des Fachbereiches Ausländerangelegenheiten ist mit einer Quote von 81,68 % weiterhin gut.

2.2 Fachamt Personenstandswesen

Leitung: Peter Kurschildgen, Tel. 42891-2500

	2008	2009	2010
Beschäftigungsvolumen	9,02	9,24	9,25

Aufgabe und Entwicklung in 2010

Die Vorbereitungen auf die Umstellung des Personenstandswesens auf das elektronische Personenstandsregister laufen auf Hochtouren. Ein Termin für die flächendeckende Einführung ist in 2011 vorgesehen. Die Beurkundung der Personenstandsfälle in Papier-/Buchform gehört in Hamburg dann der Vergangenheit an.

Das Angebot von Eheschließungen/Lebenspartnerschaften an Samstagen wurde von den Paaren intensiv genutzt. Alle Termine konnten vergeben werden.



Die Eheschließungen/Lebenspartnerschaften außerhalb des Standesamtes montags – freitags sind seit Jahren ein fester Bestandteil des kundenorientierten Angebotes. Sie sind bei den Paaren beliebt und werden auch weiterhin angeboten.

Der 20.10.2010 wurde wegen des besonderen Datums zusätzlich in die Angebotspalette mit aufgenommen. Alle Terminwünsche für diesen besonderen Tag konnten erfüllt werden.

Die Ausgestaltung des Gebäudes und der Diensträume mit verschiedenartigen Dekorationen (den Festen und sonstigen Anlässen angepasst) gibt dem Standesamt eine besondere Ausstrahlung und Atmosphäre.

Auch die Eheschließungen/Lebenspartnerschaften im Bergedorfer Schloss waren regelmäßig ausgebucht.

	2008	2009	2010
Geburtsbeurkundungen	840	860	856
Davon mit Ausländerbeteiligung	225	242	210
Sterbefallbeurkundungen	910	930	940
Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Geburts- und Sterbefallbeurkundungen bei Vorliegen vollständiger Anträge in Tagen	6,0	5,0	6,0
Anmeldungen der Eheschließung (Aufgebote)	680	723	722
Davon mit Ausländerbeteiligung	106	101	98
Eheschließungen	504	595	574
Beurkundungen von Kirchenaustrittserklärungen	727	575	490

3. DEZERNAT SOZIALES, JUGEND UND GESUNDHEIT

Leitung: Angela Braasch-Eggert 2028/2029

	2008	2009	2010
Beschäftigungsvolumen	157,72	166,08	167,54
Sachkostenbudget			
Ansatz und Rest Vorjahr	70.289	65.178	65.133
Ausgaben	70.289	65.178	65.133
übertragbarer Rest			
betreute Fachausschüsse	Fachausschüsse für Sport und Kultur, für Soziales, Gesundheit und Integration, Jugendhilfeausschuss		

Einführung

Das Jahr 2010 war geprägt durch Veränderungen. Beherrschend war das neue Dienstleistungszentrum am Bahnhof, das seit November Dienstsitz für das Grundsicherungs- und Sozialamt mit dem Sozialen Dienstleistungszentrum, das Jugendamt mit allen Dienststellen und das Gesundheitsamt ist. Bei diesen Veränderungen ging es keineswegs nur um bauliche Angelegenheiten und Fragen von Gestaltung und Ausstattung, sondern ganz wesentlich um die Umsetzung des inhaltlichen Ziels größtmöglicher Kundenfreundlichkeit und optimaler Abläufe. In Arbeitsgruppen wurden Lenkung und Empfang von Bürgern, Erreichbarkeit und Öffnungszeiten



und die Anliegensbearbeitung in unterschiedlichen Formen erörtert, festgelegt und entsprechend den jeweiligen Anforderungen im Sozialen Dienstleistungszentrum, im Jugend- und im Gesundheitsamt umgesetzt. Nicht nur für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch für Kunden der Dienststellen bedeutet es eine große Veränderung, nicht mehr vom zuständigen Sachbearbeiter in dessen Amtszimmer beraten zu werden, sondern nach Vereinbarung Gespräche in einem Besprechungszimmer zu führen. Die Kunden treffen während der Öffnungszeiten immer auf freundliche Mitarbeiterinnen am Empfang, die ihnen weiter helfen, und müssen nicht mehr suchend durchs Haus gehen.

Parallel zu diesen Veränderungen wurde im Grundsicherungs- und Sozialamt und im Jugendamt in mehreren Arbeitsgruppen zur Einführung einer neuen Software mitgearbeitet (JuS-IT), welche die Verfahren PROJUGA und PROSA ersetzen soll. In diesem Zusammenhang müssen alle Standards und Abläufe überprüft und optimiert werden.

Schließlich mussten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im ASD auf das Konzept „Neue Hilfen“ einstellen, das passgenauere Unterstützung ermöglichen soll und den Sozialraum stärker mit einbindet als dies bisher bei vielen sozialpädagogischen Familienhilfen der Fall war. Am Ende sollen bei den Hilfen zur Erziehung in nennenswertem Umfang Kosten gespart werden.

Alle diese Veränderungsprozesse wurden neben der laufenden Arbeit gestaltet. Die Arbeitsleistung, die sich aus den nachfolgenden Berichten der drei Fachämter ergibt, ist daher besonders hoch einzuschätzen.

Das Fachamt Sozialraummanagement ist im Rathaus verblieben und war durch die federführende Bearbeitung komplexer und durch das dahinter liegende Regelwerk zusätzlich komplizierter Projekte belastet, die schließlich zu Veränderungen in den Regionen führen sollen. In jeweils unterschiedlichen Realisierungsstadien wurden so die Gebiete Lohbrügge-Nord (Nachsorge), Lohbrügge-Ost (RISE), Bergedorf-Süd und Neuallermöhe voran gebracht. Neue Themen waren die Vorbereitung Regionaler Bildungskonferenzen, Integration und Seniorenarbeit. Auch in diesem Fachamt ist die Gesamtarbeitsleistung bemerkenswert.

3.1 Fachamt Grundsicherung und Soziales Dienstleistungszentrum

Leitung: Angelika Lange, Tel. 42891.2120

	2008	2009	2010
Beschäftigungsvolumen	45,40	47,24	47,9

Aufgabe und Entwicklung in 2010

Allgemeines

Die Vorbereitung auf den Umzug in das neue Dienstleistungszentrum am Bahnhofsvorplatz im November 2010 war für alle Abteilungen des Fachamtes Grundsicherung und Soziales / Soziales Dienstleistungszentrum die zentrale und besonders herausragende Aufgabe. Die Arbeitsabläufe für jeden Aufgabenbereich und für jeden Arbeitsplatz mussten überplant werden. Organisationsabläufe wurden fachamtsintern entwickelt, wenn möglich erprobt und sind am neuen Standort seit Mitte November neuer Arbeitsalltag.

Die 15 bis 20 Jahre alten Software-Systeme zur Dokumentation, Berechnung und Gewährung von Leistungen der Sozialhilfe, nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sowie zur Gewährung von Miet- und Lastenzuschuss (Wohngeld) sollen abgelöst werden. Im Projekt



„JUS-IT – Jugendhilfe, Sozialhilfe und Wohngeld“ haben sich Mitarbeiter aller Leistungsbereiche an der Entwicklung des Fachkonzeptes der neuen IT-Lösung intensiv beteiligt.

Sozialhilfe und Grundsicherung

Die Anzahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel des 12. Sozialgesetzbuches (SGB XII) ist gegenüber den Vorjahren leicht gestiegen. In den Vorjahren nahm die Anzahl der Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) kontinuierlich ab. Diese Entwicklung hat sich in 2010 nicht fortgesetzt. Die Anzahl ist mit der des Vorjahres zwar noch vergleichbar, doch zeigt sich eine wieder ansteigende Tendenz.

Eine weitere Steigerung zeigt sich der demografischen Entwicklung entsprechend bei der Anzahl der Empfänger von Leistungen der Grundsicherung im Alter nach dem 4. Kapitel des SGB XII.

Leistungen der Hilfe zur Pflege, Pflegefachdienst und Pflegestützpunkt

Das Projekt Pflegefachkraft in der Bedarfsfeststellung (PiB) ist fortgeführt worden. Die Pflegefachkraft führt regelmäßig die Nachbegutachtung und Überprüfung der ambulanzpflegerischen Bedarfe durch und unterstützt hierdurch die Bezirkliche Seniorenberatung. Durch die Übernahme der Pflegeeinstufung für nicht pflegeversicherte Antragsteller konnten die bisherigen Wartezeiten bis zur Einstufung für diesen Personenkreis reduziert werden. Gleichzeitig führt der Einsatz der Pflegefachkraft zu einer Kostendämpfung durch ggf. erforderliche Prüfung und Anpassung des Umfangs der pflegerischen Versorgung, bzw. zu einer Beantragung einer Höherstufung bei der Pflegekasse oder einer Feststellung einer erforderlichen besonderen stationären Dementenbetreuung.

Während das Leistungsangebot der Bezirklichen Seniorenberatung insbesondere auch bei Einrichtungen und Trägern seit Jahren etabliert und bekannt ist, hat der Pflegestützpunkt (PSP) auch 2010 durch intensive Öffentlichkeitsarbeit zur Steigerung seines Bekanntheitsgrades beigetragen. Es werden inzwischen an zwei Standorten zusätzliche mobile Sprechstunden angeboten.

Fachstelle für Wohnungsnotfälle

Die Anzahl der erteilten Wohnberechtigungsbescheinigungen liegt 2010 leicht unter dem Wert von 2009, doch haben sich zugleich der Anteil der Dringlichkeitsbescheinigungen und der Anteil der unversorgten Haushalte mit Dringlichkeitsschein erhöht. Der Nachfrage nach günstigem Wohnraum für Geringverdiener und Transferleistungsempfänger steht kein entsprechendes Wohnungsangebot gegenüber. Die Fluktuation auf dem Wohnungsmarkt insbesondere in den stark nachgefragten und günstigen Segmenten ist gering, die Konkurrenz unter den Wohnungssuchenden nimmt daher zu. Die Anzahl der unversorgten Haushalte mit Dringlichkeitsschein ist im Laufe des Jahres 2010 angestiegen. Besonders betroffen sind davon Einpersonenhaushalte und Haushalte ab 7 Personen sowie Ausländer.

Der Anteil der positiv abgeschlossenen Fälle in der Wohnungssicherung liegt mit 81% unter dem Vorjahreswert, befindet sich jedoch im Vergleich zu den anderen Bezirken nahe am Durchschnitt von ca. 80 %. Es wurden monatlich im Durchschnitt bei 12 Haushalten Hausbesuche durchgeführt, in einigen Fällen mehrfach (Vergleich zu 2009: monatlich 10 Hausbesuche).

Die öffentliche Unterbringung war durch den Platzmangel in den f&w-Unterkünften und Übernachtungsstätten ganzjährig erschwert. Immer wieder konnten Haushalte nicht sofort in eine Unterkunft vermittelt werden.



Wohngeld

Zur Milderung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise ist 2010 das Antragsverfahren für Kurzarbeit erleichtert worden. Die sich unmittelbar daraus ergebenden Einkommenseinbußen haben bis zum Spätsommer 2010 zu einer Steigerung von Anträgen auf Mietzuschuss, aber auch zu einer hohen Nachfrage an allgemeiner Beratung beispielsweise von Betriebsräten geführt.

Elterngeld

Die Anzahl der Empfänger von Elterngeld ist im Berichtsjahr erneut leicht gestiegen. Im letzten Quartal ist der Beratungsbedarf aufgrund der zum Jahresanfang 2011 verkündeten gesetzlichen Änderungen, noch einmal sehr deutlich angestiegen.

Kennzahlen	2008	2009	2010
Hilfen zum Lebensunterhalt			
Empfänger (HE) von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kap. SGB XII	191	184	203
Durchschnittliche Ausgaben pro HE in €	650	681	665
Empfänger von Grundsicherungsleistung nach dem 4. Kap. SGB XII	1.336	1.416	1.522
Durchschnittliche Ausgaben pro HE in €	456	480	498
Anzahl der Empfänger nach dem AsylbLG	872	785	780
Durchschnittliche Ausgaben pro Person gem. AsylbLG in €	482	496	508
Hilfen zur Verhinderung und Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit, öffentliche Unterbringung, Wohnungsangelegenheiten			
Anzahl der Fälle mit drohendem Wohnungsverlust	730	643	606
Anzahl der abgeschlossenen Fälle	602	612	543
Anteil positiv abgeschlossene Fälle (= Wohnungssicherung) in %	88,0	86,0	81,5
Anzahl der Fälle öffentlicher Unterbringung	161	166	191
Anzahl Wohnungsvermittlungen gem. Kooperationsvertrag	63 ₂	47 ₃	51 ₄
Gesamtwohnungszahl	53.549	53.549	54.124



Davon Sozialwohnungen	9.778	9.721	9.548
Wohnberechtigungsbescheinigungen (§-5-Scheine)	1.247	1.229	1.030
Dringlichkeitsscheine	319	375	490
Dringlichkeitsbestätigungen	280	315	217

¹ Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 186, mithin insgesamt 269

² Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 192, mithin insgesamt 255

³ Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 133, mithin insgesamt 180

⁴ Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 107, mithin insgesamt 158

Wohngeld, Erziehungsgeld, Elterngeld, Unterhaltssicherung			
Anzahl Haushalte, die Wohngeld oder Lastenzuschuss erhalten	1.272	1.670	1.522
Anzahl der Empfänger von Erziehungsgeld	95	entfällt	entfällt
Anzahl der Empfänger von Elterngeld	1.176	1.246	1.278
Anzahl Bewilligungen einmaliger oder laufender Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG) ⁵	1.534	1.635	1.599

3.2 Fachamt Sozialraummanagement

Leitung: Sven Dahlgaard, Tel. 428.91 – 2307

	2008	2009	2010
Beschäftigungsvolumen	28,78	30,23	31,61

Aufgabe und Entwicklung in 2010

Das 2007 neu gebildete Fachamt Sozialraummanagement nimmt fachübergreifend Aufgaben des Bezirksamtes mit dem Fokus auf die sozialräumliche Entwicklung wahr. Neben den Arbeitsfeldern der Stadtteilentwicklung und städtebaulichen Sanierung besteht die Zuständigkeit für Aufgaben der Jugendhilfe- und Sozialplanung, der Entwicklung und Bereitstellung von Angeboten aus den Bereichen Familienhilfe, Seniorenarbeit, Förderung des Ehrenamtes, Integration von Zuwanderern, Stadtteilkultur, der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Sportförderung und sozialräumlichen Angebotsentwicklung.

Die 2009 eingeleitete Schul- und Bildungsreform stellte 2010 zusätzliche Anforderungen an das Fachamt, da hier die bezirkliche Beteiligung an diesen Prozessen geleistet wird. Ferner obliegt dem Fachamt die Steuerung der kommunalen Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe.

Auch die Durchführung zahlreicher Stadtteil- und Kinderfeste, sowie Ferienfreizeiten bildeten zusätzliche Arbeitsschwerpunkte.

Für die Initiierung eines bezirklichen Bildungsmanagements, die Förderung der bezirklichen Seniorenarbeit, die Integration von Zuwanderern und die Förderung des ehrenamtlichen



Engagements konnten im Jahr 2010 zusätzliche personelle Ressourcen im Fachamt geschaffen werden.

3.2.1

Stadterneuerung, Projektentwicklung und bezirkliches Bildungsmanagement

Abteilungsleitung: Dr. Ingrid Stöckl, Tel. 42891-2530

Aufgabe und Entwicklung 2010

Die Arbeit war geprägt durch

1. die Anpassung der Stadtteilentwicklung an das neue Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) und die damit verbundenen neuen Aufgaben:
 - Durchführung bezirklicher Koordinierungskreise RISE in enger Kooperation mit den beteiligten Fachbehörden
 - Ausrichtung der Integrierten Entwicklungskonzepte zu Lohbrügge-Ost und zu Bergedorf-Süd entsprechend der differenzierten Anforderungen des RISE-Programms, sowie Nachsorge für das Gebiet Lohbrügge-Nord
 - Entwicklung und Durchführung eines Controllings hinsichtlich der Themen Ziele, Wirkungsorientierung und Mittelbedarfe der geplanten und begonnenen Maßnahmen der integrierten Stadtteilentwicklung,
2. die Erarbeitung der fachlichen, städtebaulichen, sozialen und gesellschaftlichen Grundlagen für Neuaufträge zur Einleitung einer Potenzial-Problemanalyse als Voraussetzung für die Aufnahme des Gebiets in das RISE-Förderprogramm,
3. die Umsetzung des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ und Aufbau eines bezirklichen Bildungsmanagements,
4. die Zielsetzung des Senats zur sozialräumlichen Ausrichtung der Hamburger Arbeitsmarktpolitik auf der Grundlage des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) bei gleichzeitiger Reduzierung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und damit verbundenen Kürzung von Arbeitsgelegenheiten.

Angesichts des erweiterten Aufgabenspektrums erhielt die Abteilung zusätzliches – befristetes – Personal für die Aufgabenbereiche „Lernen vor Ort“ und Vorbereitung der Regionalen Bildungskonferenzen (2 Stellen) und für die Durchführung des Controllings und der Projektentwicklung (1 Stelle).

Lohbrügge-Ost

Die integrierte Stadtteilentwicklung ist 2010 einen wesentlichen Schritt vorangekommen. Nach intensiven Abstimmungsprozessen auf der Ebene der Akteure in Lohbrügge und auf überbezirklicher Behördenebene wurden das Integrierte Entwicklungskonzept für Lohbrügge-Ost am 30. Juni 2010 vom Senat beschlossen und damit die nötigen Gelder bereit gestellt. Unmittelbar im Anschluss wurde mit der Umsetzung einzelner Maßnahmen begonnen, wobei insbesondere folgende zu nennen sind:

- die Gestaltung des Lohbrügge - Boulevard mit Unterführung der Eisenbahn
- die Umsetzung des Lohbrügger „Leuchtturmprojektes“ Kinder- und Kulturhaus (KiKu) mit Standort Spectrum / Lohbrügger Markt
- Umgestaltung des Schulhofes Leuschnerstraße
- Fortsetzung des Projektes „Integration durch Bildung“
- Einrichten eines Bewegungsraumes für die KiTa Habermannstraße
- Umgestaltung von Hauseingängen am Billebogen.



Neben der Verbesserung der Wohnqualität, der Förderung von Bildung und Beschäftigung sowie der Familienförderung ist Förderung und Unterstützung der lokalen Ökonomie ein wesentlicher Schwerpunkt der Gebietsentwicklung. Das Bezirksamt Bergedorf hat deshalb die CIMA – Beratungs- und Management GmbH – beauftragt, ein Entwicklungskonzept für den Lohbrügger Teil der Alten Holstenstraße und den Lohbrügger Markt zu erstellen. Das Entwicklungskonzept wurde in einer öffentlichen Bürgerversammlung am 29.9.2010 vorgestellt und diskutiert. Der Stadtteilbeirat Lohbrügge hat im Berichtsjahr über die Mittel des Verfügungsfonds Lohbrügge-Ost (20 Tsd. €) und Lohbrügge-Nord (10 Tsd. €) 26 Stadtteilprojekte gefördert.

Nachsorge Lohbrügge-Nord

Für Lohbrügge-Nord wurde eine sog. Überleitungsevaluation erarbeitet, um noch ausstehende wichtige Maßnahmen im Rahmen der sog. Nachsorge umzusetzen. Schwerpunkte sind: Die Umgestaltung des EKZ Rappoltweg, die Freiflächengestaltung am Lindwurm unter Einbeziehung der dortigen Bewohnerinnen und Bewohner und die nachhaltige Sicherung des Betriebs im Haus Bruegge, um eine dauerhafte Angebotsstruktur für Jung und Alt aus dem Stadtteil aufrechterhalten zu können.

Auch 2010 haben sich die Lohbrügger Wohnungsbaugesellschaften sowohl finanziell als auch ideell daran beteiligt, das Image von Lohbrügge zu verbessern und den gemeinsamen Internetauftritt zu aktualisieren.

Die Maßnahmen zur Freiflächengestaltung am Lindwurm sind durchgeplant und werden voraussichtlich im 1. Quartal 2011 abgeschlossen sein.

Bergedorf-Süd

Die BIG Städtebau GmbH hat im Auftrag des Bezirksamts eine Vorbereitende Untersuchung nach § 141 BauGB für das Gebiet Bergedorf-Süd erarbeitet und den Abschlussbericht sowie ein daraus abgeleitetes Integriertes Entwicklungskonzept vorgelegt. Die Erarbeitung des Entwicklungskonzepts wurde durch eine Arbeitsgruppe, in der die Fraktionen sowie Vertreter und Akteure aus dem Stadtteil vertreten waren, begleitet. Neben den Maßnahmen, die im Gebiet durchgeführt werden sollen, nahm die Diskussion über die Förderkulisse dabei einen wesentlichen Teil ein.

Parallel dazu wurde in drei Sitzungen des Koordinierungskreises mit Vertretern der Fachbehörden und des Bezirksamts der Bericht über die Vorbereitenden Untersuchungen und das Integrierte Entwicklungskonzept abgestimmt. Der Abschlussbericht und das Integrierte Entwicklungskonzept wurden am 30.09.2010 von der BV beschlossen.

Die im Konzept enthaltene Maßnahme „Stichstraßen Sachsentor“ ist bereits als vorgezogene Maßnahme durch die BSU bewilligt worden, so dass demnächst mit der Umsetzung der Maßnahme begonnen werden kann.

In Zusammenhang mit den geplanten umfangreichen Sielbauarbeiten bietet sich zudem die Möglichkeit, eine gestalterische und funktionale Aufwertung der Straßen in Bergedorf-Süd zu erreichen. Für die Quartiersachse Neuer Weg und weitere Quartiersstraßen im Gebiet wurde eine Bürgerbeteiligung im Lichtwarkhaus durchgeführt (14.06.2010), um Anregungen von den Bewohnern des Quartiers zu erhalten.



Neuallermöhe

Mit der Drs. XVIII/1136 hat die Bezirksversammlung Bergedorf im März die Verwaltung aufgefordert, mit den erforderlichen Vorarbeiten für die Anmeldung Neuallermöhes als Gebiet der integrierten Stadtteilentwicklung zu beginnen. Daraufhin wurden zwischen Juni 2010 und Januar 2011 vier Stadtteilwerkstätten für BewohnerInnen, Akteure und Interessierte zu folgenden Themen vorbereitet, durchgeführt und dokumentiert: 1. Nahversorgung (22.06.2010), 2. Öffentlicher Raum (14.09.2010), 3. Nachbarschaft (16.11.2010), 4. Image und

Wohnungsnachfrage (18.01.2011). Parallel wurde eine Bestandsaufnahme erstellt, in die neben Daten des Sozialmonitorings ebenso Erkenntnisse und Einschätzungen verschiedener Akteure und BewohnerInnen aus Neuallermöhe eingeflossen sind. Sowohl die Ergebnisse der Stadtteilwerkstätten als auch die Bestandsaufnahme weisen auf verschiedene Defizite hin, die eine Anmeldung Neuallermöhes als Gebiet der integrierten Stadtteilentwicklung rechtfertigen. Basierend auf diesen ersten Erkenntnissen wurde ein Antrag auf Vergabe einer Problem- und Potentialanalyse (PPA) gestellt. Die PPA ist Voraussetzung und Grundlage für die Gebietsanmeldung und stellt den ersten Schritt zur Erarbeitung eines Integrierten Entwicklungskonzeptes dar. Sowohl der Antrag auf Vergabe einer PPA als auch die Leistungsbeschreibung sind am 15. Februar 2011 vom Senat beschlossen worden.

Bezirkliches Bildungsmanagement

Auch in Bergedorf wurde Mitte 2010 mit der Umsetzung des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ begonnen mit dem Ziel, lebenslanges Lernen zu fördern und die Bildungsbeteiligung zu erhöhen. Hierzu sollen u.a. Bildungseinrichtungen miteinander besser vernetzt und Bildungsangebote überschaubarer und leichter zugänglich gemacht werden. Das bezirkliche Bildungsmanagement unterstützt auch den Aufbau der regionalen Bildungskonferenzen, die in 2011 starten sollen, und benennt bzw. entwickelt Bedingungen zur Optimierung des Übergangs von Grundschule zu weiterführender Schule.

Thematische Schwerpunkte sind darüber hinaus in Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft die Beteiligung von älteren Mitbürgern an Bildungs- und Lernprozessen und die Bedeutung der kulturellen Bildung im gesamten Bildungsprozess.

3.2.2. Steuerung und Förderung

Abteilungsleitung: Wolfgang Westerhoff, Tel. 42891-2076

Aufgabe und Entwicklung 2010

Mit den dem Fachamt zur Verfügung stehenden Mitteln werden Projekte, der sozialen Infrastruktur im Bezirk gefördert. (in Klammer die Anzahl der in 2010 geförderten Projekte):

- Stadtteilkultureinrichtungen (2)
- Bürgerhäuser (6)
- Anträge auf kulturelle Projektfördermittel und
- Sondermittel der Bezirksversammlung (insgesamt 88)
- Erziehung in der Familie (8)
- „Offenen Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit“ (23)
- Projekte der „Sozialräumlichen Angebotsentwicklung“ (8)
- Projekte im Bereich „Senioren und Soziales“ (4), Sachbearbeitung für die Projekte der Stadtteilentwicklung
- Einzelanträge aus dem Förderbereich „Offene Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit“ (19)



-
- Zuwendungssachbearbeitung für den Bereich „Soziale Stadtteilentwicklung“
 - Planung von Investitionen und Einwerbung der Mittel für die Bereiche „Offene Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit“ und für den Bereich „Förderung der Erziehung in der Familie“

Im Jahr 2010 ist die Fachverantwortung für die Projekte der „Sozialräumlichen Angebotsentwicklung“ auf das Jugendamt übertragen worden. Das Fachamt SR bleibt für die finanzielle Abwicklung der Projekte zuständig. Daneben wurden 2010 die für die Jahre 2011 bis

2015 aus Sicht des Fachamtes erforderliche Investitionsmittel in die Haushaltsplanungen der zuständigen Fachbehörden eingestellt.

Im Bereich der Förderung der Stadtteilkultur wurden neben der Betreuung und Beratung der geförderten Einrichtungen, kulturellen Gruppen und Vereinen, Initiativen und Organisationen zahlreiche Anträge auf Zuwendungen bearbeitet. Ein besonderes Veranstaltungshighlight war das Spielgelsaalkonzert, welches vom Fachamt Sozialraummanagement unterstützt wurde. Zur Erinnerung an die Bücherverbrennung am 24.06.1933 wurde auf dem Gelände des Fritz-Reuter-Sportplatzes eine Gedenktafel enthüllt. Die Vorbereitungen dazu oblagen ebenfalls dem Fachamt SR.

Das Stadtteilkulturzentrum „LoLa“ und das Kultur- und Geschichtskontor bereichern Bergedorf und erhielten wie in den Vorjahren eine institutionelle Förderung, ebenso die Bürgerhäuser Zuwendungen zur Deckung ihrer Betriebskosten.

3.2.3. Kommunale Einrichtungen zur Förderung der Erziehung in der Familie

Abteilungsleiter: Gottfried Volkmann, Tel. 428912484

Aufgabe und Entwicklung 2010

Die Erziehungsberatungsstelle (EB) leistete auch 2010 Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII. Sie bot Kindern, Jugendlichen und Familien Hilfen bei Erziehungsfragen, Verhaltens- und Leistungsstörungen sowie bei Kommunikations- und Beziehungsproblemen innerhalb der Familie Beratung und therapeutische Hilfen an.

Die Zielsetzung, die durchschnittliche Wartezeit für ein Erstgespräch bei Neuanmeldung unter 28 Tage zu halten, konnte 2010 mit einer durchschnittlichen Wartezeit von unter 20 Tagen gut erfüllt werden.

Die Kooperation mit der Elternschule Bergedorf-West und dem Eltern-Kind-Zentrum der KITA „Regenbogen“ wurde weitergeführt und organisatorisch auf die Bedarfe abgestimmt.

Seit September 2005 ist die EB auch für Zuschüsse bei der Familienerholung zuständig. Dieser Service wurde auch 2010 wieder sehr gut in Anspruch genommen.

Die Elternschulen arbeiten präventiv. Sie förderten 2010 durch ihre Angebote die Wahrnehmung von Erziehungsverantwortung und bereiteten junge Menschen in der Familiengründung, auf Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vor.

Darüber hinaus trug die Familienbildung dazu bei, das Gesundheitsbewusstsein zu stärken, Selbsthilfepotentiale zu erschließen und zur aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen anzuregen. Durch niedrigschwellige Angebote konnten die Elternschulen Kontakte und Erfahrungsaustausch fördern, sowie Beiträge zur Verhinderung von Isolation leisten.

Für Angebote der Elternschulen wurden zwei Programmhefte veröffentlicht. Die Angebotsstruktur bestand aus offenen Angeboten, festen Gruppen in Kursform sowie themenbezogenen Gruppen- und Einzelangeboten.



3.2.4. Kommunale Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Abteilungsleitung: Wolfgang Westerhoff, Tel. 42891-2076

Aufgabe und Entwicklung 2010

Mit einer breit angelegten Befragung durch Studentinnen und Studenten der HAW hat das Fachamt die Nutzerinnen und Nutzer sämtlicher Jugendeinrichtungen um ihre Einschätzung zur Qualität der Angebote gebeten. Die Befragung ergab ein sehr differenziertes Bild und hat

gezeigt, dass die jungen Menschen generell mit ihren Häusern sehr zufrieden sind. Sie hat jedoch auch Veränderungswünsche deutlich gemacht, welche mit den jeweiligen Trägern kommuniziert wurden.

Im Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit spielen die kommunalen Einrichtungen bei der Versorgung von Kindern und Jugendlichen eine wichtige Rolle.

Versorgung und besonders das Kochen als Gemeinschaftserlebnis wird hinsichtlich seiner Bedeutung immer mehr zu einem existentiellen Thema. Vor diesem Hintergrund wurden die „Kinderrestaurants“ im Spielhaus Kurt-Adams-Platz und Friedrich Frank Bogen auch 2010 fortgeführt. Breiten Raum im Angebot der kommunalen Einrichtungen nahmen ebenfalls wieder die Ferienfahrten und organisierte Freizeiten ein.

Die Häuser der Jugend stellten auch 2010 ein umfangreiches Veranstaltungs- und Gruppenangebot sicher. Neben den offenen Standardangeboten an sportlich orientierten und handwerklich technischen Gruppen gab es auch „Ausgefalleneres“, wie das Einradfahren, Freeclimbing, Magic-Turniere oder Hochseilklettern. Entsprechend der Projektkonzeptionen beider Häuser waren alle Angebote konsequent nachfrageorientiert ausgerichtet. Für die Jugendlichen bedeutet dies eine sehr direkte und weitreichende Möglichkeit der Einflussnahme auf das konkrete Angebot in ihren Häusern.

Neben der Arbeit mit Zielgruppen leisteten die Spielhäuser und Häuser der Jugend eine Vielzahl von Einzelhilfen. Sie waren und sind an vielen bezirklichen oder sozialräumlichen Kooperationsprojekten beteiligt.

Trotz der Ausweitung der Kindertagesbetreuung, ist die Nachfrage nach den Angeboten der Spielhäuser gleichbleibend hoch. Durch den hamburgweit eingeführten Vormittagsbetrieb konnten die Spielhäuser ihre Angebotspalette insgesamt ausweiten. Nutznießer sind neben den Jüngsten besonders alleinerziehende und junge Mütter, die hier einen festen Anlaufpunkt haben. In den 4 kommunalen Spielhäusern werden täglich bis zu 300 Kinder im Alter von 3 - 12 Jahren vor- bzw. nachmittags betreut. Daneben bieten die Häuser während der Ferienzeiten ebenfalls ein umfangreiches Freizeit- und Ferienprogramm an. Die in den Häusern zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten bieten gute Möglichkeiten differenzierte Angebote zu entfalten, die geeignet sind, sowohl die sozialen, als auch die motorischen und kognitiven Fähigkeiten der Kinder zu fördern.

3.2.5. Sportangelegenheiten

Abteilungsleitung: Fred Osterhage Tel. 42891 2826

Aufgabe und Entwicklung 2010

Auch im Jahr 2010 wurde die Sportinfrastruktur im Bezirk weiter verbessert, indem zwei neue Kunstrasenplätze auf der Sportanlage Sander Tannen in nur dreimonatiger Bauzeit geschaffen wurden. Mit diesen zum Großteil aus der Sanierungsoffensive finanzierten Plätzen verfügt Bergedorf nun mittlerweile über neun Kunstrasenplätze und nimmt damit eine Spitzenstellung in ganz Hamburg ein.



Weitere Reparaturmaßnahmen standen auf den Naturrasenplätzen der Sportanlagen Fünfhausen, Sander Tannen, Wilhelm-Lindemann und Wilhelm-Stille (Sportplatz 2000) an.

Auf der Sportanlage Mittlerer Landweg wurde die Beregnungsanlage aufwändig erweitert, so dass nun auch der zweite Rasenplatz an das System angeschlossen ist.

Der Totalverlust der Sporthalle Sander Tannen durch ein Großfeuer führt zu erheblichen Einschränkungen im Vereins- und Schulsportbetrieb. Insbesondere im Bereich Rollsport werden noch bis 2012 Trainingszeiten fehlen.

Wie in den Vorjahren wurden auch 2010 Feriensportaktionen in den Frühjahrs- und Sommerferien initiiert, sowie die Ehrungen von über 200 Sportlerinnen und Sportlern für herausragende Leistungen organisiert.

3.2.6. Sonstige Aufgaben

Jugendhilfe – und Sozialplanung

Zuständigkeit: Regine Schilde, Tel. 42891 2272

Aufgabe und Entwicklung 2010

Für die Jugendhilfe- und Sozialplanung stellen Quartiers- und Sozialraumberichte eine wichtige Grundlage dar, auf deren Basis konkrete Umsetzungsschritte in den beschriebenen Quartieren und Sozialräumen erfolgen können. Im Jahr 2010 wurde der Sozialraumbericht Bergedorf-West erstellt und im Rahmen eines ganztägigen Sozialraumdialogs mit den Experten aus diesem Gebiet erörtert. Wichtige Ziele wurden formuliert: Förderung der Kinder und Jugendlichen sowie die Stärkung der Nachbarschaft und des Wohnumfeldes.

Zudem wurde für die Sozialräume Neuallermöhe-Ost und Neuallermöhe-West ein gemeinsamer Sozialraumbericht entworfen und in zeitlicher Abstimmung mit den Stadtteilwerkstätten Neuallermöhe fortgeschrieben. Der Sozialraumbericht Neuallermöhe-Ost/Neuallermöhe-West wurde argumentativ für die Gesetzesvorlage zur Gründung eines eigenständigen Stadtteils Neuallermöhe genutzt.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt in diesem Bereich umfasst das Berichtswesen zur offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Familienförderung und der sozialräumlichen Angebotsentwicklung. Die Ergebnisse hierzu wurden 2010 für den Bezirk Bergedorf ausgewertet und im Rahmen einer Auswertungskonferenz mit dem Jugendhilfeausschuss und den beteiligten Trägern diskutiert. Diese Erkenntnisse wurden in die unterschiedlichen Fachplanungen der Jugendhilfe und Familienförderung einbezogen.

Des Weiteren konnten auf der Grundlage der verfügbaren Daten, Informationen und Analysen spezifische und fachübergreifende Fragestellungen beantwortet werden, hier beispielsweise zur Jugendhilfe in ausgewählten Quartieren und Sozialräumen. Es wurden qualifizierte Beiträge beispielsweise zum Wohnungsbauprogramm Bergedorf 2010 sowie zur Sportentwicklung Hamburg 2010 abgegeben.



3.2.7. Integration von Zuwanderern, Bürgerschaftliches Engagement, offene Seniorenarbeit

Abteilungsleitung: Jorge Birkner, Tel. 42891 2385

Aufgabe und Entwicklung 2010

Die Bereiche „Integration von Zuwanderern“ und „Bürgerschaftliches Engagement“ wurden 2010 als eigenständige Arbeitsfelder neu eingerichtet.

Im Bereich der Integration konzentrierten sich die Aktivitäten zunächst auf eine Evaluation der bereits vorhandenen Infrastruktur an Integrationsangeboten. Im Rahmen dieser Bestandserhebung wurden Daten im engen Austausch mit Praktikern der Integrationsarbeit

(Trägern) sowie mit Migrantenselbstorganisationen und einzelnen migrantischen Multiplikatoren generiert. Zugleich diente der Austausch dazu, die vielfältigen Akteure in den bezirklichen Netzwerken kennen zu lernen sowie diesen die neue Position und ihre Aufgaben im Fachamt SR vorzustellen. Basierend auf den hierbei ermittelten Erkenntnissen wurden offene Bedarfe identifiziert und passgenaue Maßnahmen entwickelt. Ebenso wurden grundlegende Leitlinien für eine bezirkliche Integrationspolitik formuliert. Bestandserhebung, Maßnahmen und Leitlinien fanden Einzug in das Strategiepapier „Integration gestalten – Vielfalt leben“ (Drs. XVIII/1392). Des Weiteren fanden vorbereitende Gespräche mit Trägern und Migrantenselbstorganisationen bzw. einzelnen migrantischen Multiplikatoren hinsichtlich u.a. der Ausrichtung von Foren für den interkulturellen Dialog, der Errichtung einer Website zum Thema Integration, dem Bergedorfer Kindertag 2011, sowie dem Bergedorfer Stadtjubiläum 2012 statt. Im Bereich „Bürgerschaftliches Engagement“ erfolgten eine Bestandserhebung sowie ein erster Austausch mit Akteuren und Trägern vor Ort. Als zusätzlicher Teilaspekt wurde sondiert, inwieweit sich die Faktoren „Bürgerschaftliches Engagement“ und „Zuwanderer“, sowie „Senioren“ sinnvoll verbinden lassen.

Bezirkliche Seniorenarbeit

Zuständigkeit: Angelika Raum Tel. 42891 3634

Aufgabe und Entwicklung 2010

Im Zuge der Verlagerung von weiteren Durchführungsaufgaben in die Bezirke hat das Fachamt Sozialraummanagement die Zuständigkeit für die Förderung der bezirklichen Seniorenarbeit übernommen. Hierzu zählt die Festlegung fachlicher Standards in Seniorenbegegnungsstätten und Seniorentreffs und die Aushandlung von Ziel- und Leistungsvereinbarungen. 2010 wurde zunächst eine Bestandserhebung der Angebote der bezirklichen Seniorenarbeit durchgeführt und die Ergebnisse in die Sozialraumplanung eingearbeitet.



3.3 Fachamt Jugend und Familienhilfe

Leitung: Helmut Lerch, Tel. 42891-2300

	2008	2009	2010
Beschäftigungsvolumen	53,09	59,14	59,84

Übergreifende Planung und Steuerung

Aufgabe und Entwicklung 2011

Das Fachamt Jugend- und Familienhilfe hatte 2010 mehrere Herausforderungen zu bewältigen:

- Der gesamte Umzug des Fachamtes in das neue Dienstleistungszentrum am Bahnhof
- Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit
- Änderung der Teilnahmebeiträge und des Essensgeldes bei KTB-Betreuung mit der Folge der doppelten Ausstellung der Gutscheine (insgesamt ca. 25.000)
- die konzeptionelle Weiterentwicklung des Arbeitsbereiches „Gewaltprävention im Kindesalter“
- zusätzliche Aufgaben für den ASD durch eine neue ASD Fachanweisung
- die weitere Sozialraumorientierung des ASD mit Begleitung von Projekten

- Ausbau der sozialräumlichen Angebote zur Vermeidung der Hilfen zur Erziehung
- mehrfache Rechtsänderungen für den Bereich Amtsvormundschaften / Beistandschaften

Gerade für die reibungslose Durchführung des Umzugs ins neue DLZ bedurfte es eines erheblichen Aufwandes, von der detailliert koordinierten Planung und Organisation über die Information der Bürger bis zur Gestaltung des Empfangsbereichs sowie der neuen Beratungsräume.

Dieser Umzug war für das Jugendamt eine besondere Herausforderung. Mit der Einrichtung eines zentralen Empfanges, der täglich von 8.00 bis 16.00 Uhr geöffnet ist und auch eine Abendsprechstunde Donnerstags bis 18.00 Uhr vorhält, wurde eine entscheidende Grundlage für mehr Bürgerfreundlichkeit gelegt.

Fachlich war 2010 das Thema Kinderschutz weiterhin für die Arbeit der Jugendhilfe prägend. Fortbildungskurse zur Kinderschutzfachkraft wurden durchgeführt, an denen Vertreter freier Träger der Bergedorfer Jugendhilfe teilgenommen haben.

Ebenfalls im Sinne von Prävention wurde in Bergedorf der Arbeitsbereich „Gewaltprävention im Kindesalter“ weiter vertieft und z.B. Sozialtraining, sowie andere Kurse angeboten. Mit der Durchführung einer Bergedorfer Auftaktveranstaltung mit allen Kooperationspartnern wurde der Arbeitsbereich in der Fachöffentlichkeit etabliert. Das bezirkliche Feinkonzept wurde gemeinsam mit Rebus verabschiedet.

Eine enge Zusammenarbeit mit den Schulen über Rebus und anderen Institutionen wie der Polizei ist weiter Praxis.

Weitere Entwicklungen hat es auch für den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) gegeben:

Mit der neuen Fachanweisung waren damit verbundene Aufgaben des Eingangs- Fall- und Netzwerkmanagements und neue Aufgaben im Kinderschutz wahrzunehmen. Diese Neuausrichtung des ASD führte zu erheblichen organisatorischen Veränderungen, die auf eine verbesserte Präsenz und inhaltlich auf eine qualitative Verbesserung der Arbeit ausgerichtet sind.

Auch konnte das Eingangsmanagement des ASD reorganisiert werden, was zu einer sehr guten Präsenz und Annahme der Beratungsangebote führte.

Die abnehmenden Zahlen der Weiterleitung der Fälle in das Fallmanagement des ASD für dauerhafte Betreuung belegen diesen Trend.



Gleichwohl gab es auch in diesem Jahr eine Steigerung an Hilfen zur Erziehung.

Während des ganzen Jahres wurde zudem mit der Fachbehörde über die Umsetzung eines Konzeptes der sog. „Neuen Hilfen“ verhandelt. Hierbei handelt es sich um ein Programm mit erheblichen Geld- und Sachmitteln, das eine Absenkung der ansteigenden Kosten für Hilfen zur Erziehung bewirken soll.

Der Wechsel erfahrener Fachkräfte im ASD hielt auch in 2010 an. Dennoch gelang es, alle Stellen nachzubesetzen.

Im Zuge der Weiterentwicklung der *Sozialräumlichen Angebotsentwicklung (SAE Ausbau)* wurden neue Projekte ausgewählt. Ein Schwerpunkt war dabei die Vergabe eines Projektes für den strukturschwachen Stadtteil „Bergedorf Kern“ mit bisher relativ wenigen Angeboten für Familien. Mit allen Projektträgern zusammen wurde eine neue Steuerungsarchitektur entwickelt. Planungsgremien auf verschiedenen Ebenen haben sich konstituiert und Kooperationsabsprachen getroffen. Projektgelder für die bisherige Sozialräumliche Angebotsentwicklung wurden ergänzt durch neue Projekte gerade auch in Gebieten mit wenig ausgeprägter Infrastruktur. Die Implementierung der „Neuen Hilfen“ im Jahr 2011 wurde sowohl inhaltlich als auch strukturell in 2010 vorgeplant.

Mit dem Projekt „Integration durch Bildung“ in Lohbrügge konnte eine Kooperation zwischen Schulen und Jugendhilfe fortgeführt werden, die neue Wege in der Zusammenarbeit beschreitet.

Eine gute Zusammenarbeit hat es auch zwischen Theorie und Praxis gegeben:

Mit der evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit des Rauhen Hauses gab es gemeinsame Veranstaltungen. Eine weitere begonnene Zusammenarbeit wurde verbindlich fortgeführt. Das wissenschaftliche Begleitprojekt eines Masterstudienganges für die Stadtteilentwicklung Lohbrügge Ost.

Koordinatorin für Kinderschutz

Aufgabe und Entwicklung 2010

In Kinderschutzfragen wurde die Koordinatorin weiter zunehmend zu Fall- und Fachgesprächen hinzugezogen, wobei die Begleitung der fallzuständigen Fachkräfte bei Kriseninterventionen und Inobhutnahmen einen wichtigen Stellenwert einnahm.

Durch die zeitlich befristete Vertretung einiger ASD Leitungen zu Beginn dieses Jahres war es erforderlich, dass die Koordinatorin sich fast ausschließlich auf die Unterstützung der Mitarbeiter im Haus konzentrierte und hier Prioritäten setzte. Die Teilnahme an bezirksübergreifenden Planungen, Fachtagungen und Kongressen wurde deshalb eingeschränkt.

Die Fachberatung in Kinderschutzfragen für Kinderschutzfachkräfte im Bezirk sowie freier Träger, Kitas und Schulen wurde allerdings wie bisher weitergeführt.

Die Koordinatorin hat im vergangenen Jahr zusätzlich an der Arbeitsgruppe „Handeln gegen Jugendgewalt“, am Arbeitskreis Kinder psychisch kranker Eltern und der Themengruppe Eingangsmanagement des ASD teilgenommen.

Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Eingliederungshilfe

Aufgabe und Entwicklung 2010

Die Meldungen auf Verdacht von Kindeswohlgefährdungen sind gegenüber dem Vorjahr auch in 2010 auf gleich hohem Niveau geblieben.



Der Hilfebedarf in der Bevölkerung bei den Hilfen zur Erziehung ist weiterhin deutlich gestiegen, ebenso wie auch die Ausgaben.

Diese Entwicklung war Hamburg weit festzustellen.

Zur Umsetzung der ASD Fachanweisung und der damit verbundenen Aufgaben wurde in Bergedorf eine eigene ASD Projektgruppe eingerichtet, die bis Sommer 2010 monatlich tagte. In diesem Kontext haben sowohl die Erstberatung als auch das Fallmanagement des ASD, welches für längerfristige Begleitungen und Hilfen zuständig ist, begonnen sich stärker in den Sozialräumen zu vernetzen, um damit die Bürger noch zielgerichteter auf andere Hilfen verweisen zu können. Damit die sozialräumliche Orientierung der Arbeit verstärkt werden konnte, wurden die Abteilungen des Fallmanagements in Sozialraumteams untergliedert und Begleiter für die Sozialraumprojekte benannt.

Alle Abteilungen des ASD setzten die fachliche Qualifizierung der Arbeit durch regelmäßige kollegiale Beratung, Praxisberatung / Supervision und eine fachlich fundierte Risikoeinschätzung bei Meldungen von Kindeswohlgefährdung fort.

Im November 2010 erfolgte der Umzug des Jugendamtes ins DLZ. Dies erforderte die Erarbeitung neuer Verfahrensabläufe. So wurde die Schnittstelle Empfang und Erstberatung weiter optimiert. Die neue Kundensteuerung läuft auch im DLZ zufriedenstellend. Die umfänglichen Präsenzzeiten werden sehr positiv von Bürgern, Institutionen und Kooperationspartnern angenommen.

Neben der persönlichen Erreichbarkeit mit der Möglichkeit der sofortigen Beratung und Anliegensklärung konnte auch die telefonische Erreichbarkeit durch den Einsatz von schnurlosen Telefonen deutlich verbessert werden.

Dieses trägt dazu bei, dass das Jugendamt durch seine gute Erreichbarkeit schneller und frühzeitiger in Anspruch genommen wird.

Das Angebot für Kurzberatungen konnte deutlich ausgeweitet werden, die Neuanliegen werden trotz hoher Nachfrage weiter zu über 80% abschließend bearbeitet.

Mit den kurzen Reaktionszeiten in allen Abteilungen konnte ein weiterer Schritt in Richtung wirksamer Kinderschutz vollzogen wurde.

Für die Hilfen nach § 35 a SGB VIII (Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte) wurden Standards zur Beurteilung von Teilhabebeeinträchtigungen und zur Durchführung von Lerntherapien in Kooperation mit Rebus Bergedorf und dem Jugendpsychiatrischen Dienst des Gesundheitsamtes erarbeitet und liegen als Arbeitshilfen vor.

Projekte

Mit den bisherigen SAE-Projekten und den neuen SAE Ausbauprojekten wurde eine noch verbindlichere Zusammenarbeit mit dem ASD vereinbart. Alle Projekte haben sich verpflichtet, an den Konsolidierungsvorhaben des Bezirksamtes aktiv mitzuarbeiten. Darüber hinaus wurde ein gemeinsames Steuerungsgremium geschaffen, in dem ASD und die Träger der Projekte gemeinsam die Qualität und die Zielrichtung der Angebote verbessern wollen. Hier ist auch das Fachamt Sozialraummanagement mit eingebunden.

Im Projekt „Integration durch Bildung“ in Lohbrügge Ost mit 4 Schulen und Rebus konnte die Zusammenarbeit mit dem Träger Sprungbrett vertieft werden. Auch dieses Projekt wird vom ASD begleitet.



In den Stadtteilen Lohbrügge und Allermöhe ist jeweils ein Familienhebammenprojekt angesiedelt und in Bergedorf West ist das Projekt Nestlotsen vertreten. Mit allen Projekten konnten in der Zusammenarbeit sehr gute Erfahrungen gemacht werden. Die Projekte sind ein wichtiger Baustein für den Kinderschutz und werden weiter geführt.

Die **Angebotsberatung** für stationäre Hilfen zur Erziehung hat 2010 in einem neuen Unterbringungs-gremium mit den in Bergedorf anbietenden Trägern monatlich getagt. Regelmäßig werden hier alle Unterbringungsanfragen gemeinsam bewegt und nach Möglichkeit Hamburger Trägern gewählt. Dies ist ein weiterer Schritt zur Kostensenkung im stationären Bereich.

Gewaltprävention im Kindesalter

Die Aufgabe Gewaltprävention im Kindesalter hat für Bergedorf weiterhin hohe Bedeutung und ist in die Erstberatung eingebunden. Neben den durchgeführten Schulungen wurden auch weitere Einzelfälle bearbeitet.

Durchschnittsfallzahlen	2008	2009	2010
Anzahl der Fälle in ambulanten Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 28,29,30,31,32 SGB VIII)	216	244	288
Anzahl der Fälle in Vollzeitpflege (gem. § 33 SGB VIII)	107	115	123
Anzahl der Fälle in stationären Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 34, 35 SGB VIII)	195	225	235
Anzahl der Fälle seelisch behinderter Kinder und Jugendlicher (gem. § 35a SGB VIII)	52	63	72
- Ausgaben für Hilfen zur Erziehung in T€	14.000	16.540	18.329

Kindertagesbetreuung

Aufgabe und Entwicklung 2010

Die Abteilung für Kindertagesbetreuung besteht aus den Bereichen Kindertagesstätten, Kindergärten/Pädagogische Mittagstische und Tagespflege. Die wahrzunehmenden Aufgaben sind u. a. die Beratung der Eltern über Einrichtungen und Platzangebote, die Prüfung und Zuordnung von Bewilligungskriterien, Vermittlung von behinderten Kindern in geeignete Integrationsgruppen, Berechnung von Familieneigenanteilen/Teilnahmebeiträgen und Erteilung von Kita-Gutscheinen sowie Werbung, Qualifikation und Durchführung von Eignungsprüfungen und Vermittlung von Tagespflegepersonen.

Im Zentrum der Kindertagesbetreuung stand das Ziel, eine möglichst hohe Kundenzufriedenheit und Rechtssicherheit von Eltern und Einrichtungen zu gewährleisten.

Dieses ist der Abteilung durch kompetente und freundliche Beratung sowie eine hohe Anzahl zeitnaher Bewilligungen zum Jahresbeginn wieder gut gelungen.

Mit dem Senatsbeschluss vom 15.05.10 sind die Teilnahmebeiträge durch die Erhöhung des Verpflegungsanteils verändert worden. Deshalb mussten alle 5.486 laufenden Gutscheine neu bewilligt werden. Der Senatsbeschluss hatte außerdem zur Folge, dass alle Höchstsatzzahler und alle Integrationsgutscheine neu berechnet werden mussten, da die Teilnahmebeiträge in diesen Bereichen erhöht wurden. Hierbei handelte es sich um ca. 1.300 Gutscheine.



Ab 01.07.10 trat die neue Kindertagespflegeverordnung in Kraft. Dadurch ist die Tagespflegebörse mit vielen neuen Aufgaben konfrontiert. Durch diese Folgen und die Tatsache, dass in den Sommermonaten überdurchschnittlich viele Anträge gestellt werden, hatte sich ein Bearbeitungsstau ergeben, so dass Bewilligungen zum Kindergarten- und Schuljahresbeginn 2009/2010 nicht immer zeitnah erteilt werden konnten. Eine zeitnahe Bewilligungspraxis konnte aber zum Ende des Jahres wieder gewährleistet werden.

Eine zusätzliche Herausforderung war auch 2010 wieder der erhöhte Beratungsbedarf der Eltern von sogenannten „Kann-Kindern“. Da es nicht für alle Eltern einsehbar ist, dass nur die Kinder in den Genuss des beitragsfreien Vorschuljahres kommen, die sich regulär im Jahr vor der Einschulung befinden, sah sich das Jugendamt auch mit Widersprüchen der Eltern von Kann-Kindern konfrontiert.

Mit dem Umzug in das neue DLZ ist die Arbeitsstruktur weiter entwickelt worden. Der Bürger spricht jetzt zunächst am Empfang vor und wird von dort weiter an zwei Arbeitsplätze des Frontoffice geleitet. Dort soll auf Wunsch möglichst sofort der Gutschein ausgestellt werden.

	2008	2009	2010
Bescheide für Kita-Besuch / Eingliederungshilfen, Kindergartenbesuch (Rechtsanspruch) und Tagespflege	11.776	12.314	15.363

Pflegestellenberatung

Aufgabe und Entwicklung 2010

Auch 2010 wurde die Anzahl der Kinder in Pflegefamilien gesteigert ebenso in den betreuten Landkreisen Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Uelzen.

Die Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung in Sachen Betreuung von Pflegefamilien konnte ausgebaut werden. Das neue Team hat sich eingearbeitet. Seit Herbst 2010 konnte erfreulicherweise eine erhöhte Fallabgabe an den Kooperationspartner festgestellt werden. Die Fallzahlen unseres Pflegeelternberaters konnten im 4.Quartal 2010 gesenkt werden, befinden sich aber immer noch deutlich über der Richtzahl.

Unterhaltsvorschuss

Aufgabe und Entwicklung 2010

Im Bereich Unterhaltsvorschuss werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) bearbeitet.

Der Unterhaltsvorschuss soll den Mindestunterhalt von Kindern bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres sicherstellen in Fällen, in denen der Unterhaltspflichtige den Unterhalt nicht leistet oder nicht leisten kann.

Nach dem Umzug in das neue DLZ wurde die Abteilung Unterhaltsvorschuss räumlich auf der Ebene des SDZ untergebracht. Die bereits erprobte Arbeitsweise und Abläufe mussten durch die gemeinsame Unterbringung mit dem SDZ den neuen Gegebenheiten angepasst werden.



	2008	2009	2010
Anzahl der 0 bis unter 12jährigen Kinder, die UVG-Leistungen erhalten	1.081	1.118	1.200
- Ausgaben nach dem UVG in T€	1.800	1.732	2.057
- Einnahmen nach dem UVG in T€	208	201	191

Stichtag ist jeweils der 31.12.

Amtsvormundschaft / Beistandschaft

Aufgabe und Entwicklung 2010

Im Bereich Beistandschaften (Unterhalt und Abstammungsfeststellung) gab es in 2010 neue Berechnungsgrundlagen für die Unterhaltsberechnungen. Durch diese Änderungen mussten fast alle Fälle neu berechnet werden.

Die mit Abstand höchste Zahl an Beurkundungen, gemessen an den Vorjahren, spiegelt einen erheblichen Aufwand wider.

Wegen dieser Mehrbelastungen wurde das Teilziel, die Rückstände in der Bearbeitung der Beistandschaften abzubauen, nicht erreicht.

Der Grund dafür waren aber auch die Umzüge der Abteilung.

Im Bereich der Amtsvormundschaften wurde der qualitativ gute Standard der fachlichen und persönlichen Betreuung der Mündel gehalten.

Die nach wie vor sehr hohe Gesamtanzahl in allen Tätigkeitsfeldern der Abteilung spiegelt den gesellschaftlichen Bedarf wider. Sich verschärfende Konfliktlagen und erweiterte Erwartungen an die Ausübung der Vormundschaften im Sinne des Kinderschutzes stellten weiterhin eine besondere Herausforderung an Quantität und Qualität der Arbeit der Vormünder dar.

Im Rahmen der Vormundschaften erforderten Maßnahmen des Kinderschutzes auch im Jahr 2010 einen hohen Abstimmungs- und Betreuungsaufwand.

	2008	2009	2010
Anzahl der Amtsvormundschaften	169	151	146
Anzahl der Beistandschaften	1.769	1.755	1.742
Anzahl der Urkunden und Sorgeerklärungen	780	783	870
Beratung und Unterstützung nach § 18 SGB VIII (Beratung und Unterstützung in Unterhaltssachen)	682*	1.102	Keine Erhebung mehr
Beratung und Unterstützung nach § 52 a SGB VIII (Telefonische und persönliche Beratungen vor und nach der Geburt)	409	489	Keine Erhebung mehr
<i>*neue Zählweise nach Statistik Familienförderung</i>			



3.4 Fachamt Gesundheit

Leitung: Dr. Hans-Jürgen Galle, Tel. 42891-2224

	2008	2009	2010
Beschäftigungsvolumen für die Bereiche Gesundheitsamt und Zentrale Dienste	20,70	21,00	19,48

Das Gesundheitsamt Bergedorf ist Teil des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und nimmt eine Vielzahl von Aufgaben im Interesse der Gesunderhaltung des Einzelnen und der Bevölkerung wahr. Hierzu zählen unter anderem Gesundheitsförderung und -vorsorge sowie Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor der Ausbreitung von Infektionskrankheiten. Im Gesundheitsamt werden Kinder und Jugendliche untersucht und beraten und Eltern bei der Gesundheitsvorsorge ihrer Kinder unterstützt. Es werden psychisch Kranke sowie Menschen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen beraten und betreut. Dabei arbeitet das Gesundheitsamt mit

anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens zusammen. Für Behörden und Ämter werden amtsärztliche und sozialmedizinische Begutachtungen durchgeführt.

Neue Aufgaben des Gesundheitsamtes sind die Gesundheitsberichterstattung und die Organisation von Gesundheitskonferenzen. Ziel ist die bessere Vernetzung und Steuerung von Initiativen und Projekten zur Verbesserung der Gesundheit der Bergedorfer Bevölkerung.

Aufgabe und Entwicklung 2010

Hervorzuheben aus der Arbeit des Gesundheitsamtes im Jahre 2010 sind:

- der 5. Hamburger Gesundheitstag zum Thema „Aktiv Sein macht Spaß“ im September,
- die Gründung eines runden Tisches zum Thema Leben und Wohnen im Alter,
- der immense Zuspruch der Mütterberatung,
- die neue Rechtsgrundlage in der Heimaufsicht
- der Umzug in das neue Dienstleistungszentrum am Bahnhofsvorplatz.

Einzelheiten hierzu sind den Beiträgen der einzelnen Fachdienste zu entnehmen.

Die im Jahr 2008 begonnene Integration von Asklepios-Rückkehrern wurde fortgeführt. Von den ursprünglich aufgenommenen 19 Mitarbeitern waren Ende des Jahres 2010 noch 11 Krankenschwestern- und Pfleger im Gesundheitsamt in den Bereichen Kommunales Gesundheitsförderungsmanagement, Schulärztlicher und Schulzahnärztlicher Dienst, in der Mütterberatung und in der Gesundheitsaufsicht tätig. Für die neue Aufgabe Erinnerungs- und Meldewesen für die Kinderfrüherkennungsuntersuchungen U6 und U7 ist seit dem Jahre 2010 eine Hebamme zeitlich befristet zum Gesundheitsteam hinzugestoßen.

Im November fand der Umzug in das neue Dienstleistungszentrum statt. Heimaufsicht und Beratungsstelle für Körperbehinderte bilden zusammen mit dem Pflegestützpunkt und der bezirklichen Seniorenberatung eine Bürogemeinschaft. Schon in den ersten Wochen zeigt sich an der Vergrößerung des Patientenclubs, dass der neue Standort von den Bürgern gut angenommen wird, nicht zuletzt auch wegen des behindertengerechten Zugangs.



Kommunales Gesundheitsförderungsmanagement (KGFM)

Das Kommunale Gesundheitsförderungsmanagement (KGFM) ist für die bezirkliche Gesundheitsförderung, die Gesundheitsberichterstattung, die Gesundheitsplanung und die Koordination der Gesundheits- und Pflegekonferenz in Bergedorf zuständig.

Im Jahr 2010 wurden im Bezirk Bergedorf schwerpunktmäßig Maßnahmen zur Förderung der Kinder- und Jugendgesundheit, der Seniorengesundheit und die Bergedorfer Gesundheitsgespräche weitergeführt.

Die Bergedorfer Gesundheitsgespräche informieren die Bürgerinnen und Bürger Bergedorfs zu wichtigen Gesundheitsthemen. In Zusammenarbeit mit dem Haus im Park und KISS (Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen) wurden drei Veranstaltungen im Haus im Park zu den Themen *chronische Atemwegserkrankungen*, *Depression (Hilferuf der Seele)* und *Herzerkrankungen (Wenn das Herz aus dem Takt gerät)* durchgeführt. Alle Veranstaltungen waren sehr gut besucht.

Anfang Juni wurde der Bergedorfer Allergietag in Kooperation mit dem Haus im Park, KISS, dem Berufsgenossenschaftlichen Unfallkrankenhaus und dem Krankenhaus Großhansdorf, der Zentrale für Ernährungsberatung u. v. m. veranstaltet. Nach einem Input-Vortrag zum Thema

Allergien gab es Foren zu den Unterthemen Hautallergien, allergisches Asthma, Heuschnupfen und Lebensmittelallergien. Darüber hinaus wurde an Informations- und Aktionsständen beraten.

Der 5. Hamburger Gesundheitstag (HGT) zum Thema Bewegung stand unter dem Motto Aktiv sein macht Spaß!. Zielgruppen des Gesundheitstages waren ältere Menschen und Kinder. Der Gesundheitstag wurde auch genutzt, um die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Akteuren im Bereich Gesundheit und dem Gesundheitsamt zu initiieren und auszubauen. Der Gesundheitstag selbst fand für Bergedorf am 15. September 2010 im Lichtwarkhaus und im Schlosspark statt. Schwerpunktthemen waren „Bewegung im Alter“ (morgens im AWO-Seniorentreff Lichtwarkhaus) und „Bewegung für Kinder und junge Menschen“ (nachmittags im Schlosspark). Als Bindeglied zwischen beiden Veranstaltungen fungierte ein vom Bergedorfer Bürgerverein geführter Stadtrundgang. Darüber hinaus wurde ein gesponserter Kinderlauf zugunsten des Bringedienstes der AWO für Senioren organisiert.

Aufbauend auf dem Projekt *Bergedorf beugt vor – Gesundheit macht Schule*, welches im Schuljahr 2008/2009 durchgeführt wurde, vermittelte das KGFM an einer Grundschule mit besonders hohem Anteil von übergewichtigen und adipösen Schülern spezielle Unterrichtseinheiten des Projekts primakids der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW). Die Maßnahme fand in Kooperation mit dem Institut für Lehrerfortbildung statt.

Die Zusammenarbeit mit der HAW wurde auch sonst weiter vertieft. Das KGFM beteiligte sich mit einem Vortrag an der Gestaltung des 4. Life Sciences Day. Eine Studierende der Hochschule absolvierte ein mehrmonatiges Praktikum im Gesundheitsamt und erstellte in dieser Zeit eine Erhebung der Übergewichts- und Adipositas- Präventionsangebote sowie von Gesundheitsförderungsprojekten für Kinder- und Jugendliche in den Stadtteilen Lohbrügge, Neu Allermöhe und Bergedorf West.

Innerhalb der Gesundheits- und Pflegekonferenz wurde nach den Vorbereitungen im letzten Jahr der Runde Tisch Leben und Wohnen im Alter gegründet. Daraus sind auf Wunsch der Beteiligten noch drei weitere Arbeitsgruppen hervorgegangen: AG Altersgerechtes Wohnen, AG Information und Öffentlichkeitsarbeit, AG Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund. Die hamburgweite Netzwerkarbeit wurde weiter ausgebaut. Bergedorf ist dem Pakt für Prävention beigetreten.



Sozialpsychiatrischer Dienst

Der Sozialpsychiatrische Dienst (SpD) bietet Hilfen und Schutzmaßnahmen für volljährige psychisch Kranke und geistig Behinderte sowie deren soziales Umfeld an. Er ist sowohl ein Kriseninterventionsdienst als auch eine Beratungs- und Begutachtungsstelle.

Im Jahr 2010 wurden im SpD 890 Klienten betreut. Nach einer Steigerung der Klientenzahlen im letzten Jahr um 18% stieg im Jahre 2010 die Anzahl der Klienten nur geringfügig.

Die Diagnosen der im SpD betreuten Patienten erstrecken sich über das ganze Spektrum psychiatrischer Erkrankungen. Die fünf führenden Diagnosegruppen sind Suchterkrankungen bzw. Suchtfolgeerkrankungen (22,8%), affektive Störungen, d. h. krankheitsrelevante Störungen der Stimmung wie Depression oder Manie (20,6%), neurotische Störungen (20,1%), Persönlichkeitsstörungen (18,9%) und schizophrene Störungen (17,4%) (Mehrfachnennungen). Bei dem vom SpD betreuten Klientel handelt es sich häufig um chronisch kranke Patienten mit komplexen psychosozialen Problemlagen bei gleichzeitig eingeschränkter Bereitschaft zur Mitarbeit und reduziertem Hilfesuchverhalten. Deshalb hat hier aufsuchende und motivierende Arbeit, die zeitaufwändig ist, eine besondere Bedeutung.

Neben der Beratung und Krisenintervention begutachtet der Sozialpsychiatrische Dienst in Amtshilfe für andere Behörden und Ämter. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 603 Stellungnahmen / Gutachten erstellt.

Neben der Begutachtung sowie dem Krisen- und Beratungsdienst werden regelmäßig Gruppen für Betroffene und Angehörige angeboten.

Wöchentlich trifft sich der Patientenclub in den Räumen des Gesundheitsamtes. Darüber hinaus findet einmal im Jahr ein gemeinsamer Tagesausflug des Patientenclubs statt. Anlässlich von Feiertagen wird das Clubtreffen von den Sozialpädagogen für die Patienten, die oftmals sozial isoliert leben, festtagsbezogen gestaltet. Seit dem Umzug in das neue DLZ haben sich die Teilnehmerzahlen des Patientenclubs, wohl auch wegen der zentralen Lage des DLZ und der besseren Erreichbarkeit für die häufig auch körperlich gehandicapten Patienten, stark erhöht. Dies erfordert eine stärkere professionelle Präsenz. Deshalb werden die Clubtreffen aktuell von beiden Sozialpädagoginnen und einem Zivildienstleistenden betreut.

Die von der Psychologin angebotene Angehörigengruppe (1x im Monat) bietet durch Information und Erfahrungsaustausch die Möglichkeit, zu einem anderen Umgehen mit der Erkrankung und den Betroffenen zu finden.

Der Sozialpsychiatrische Dienst arbeitet in einem Netzwerk unterschiedlicher Einrichtungen und Institutionen aus dem psychiatrischen Bereich.

Der Sozialpsychiatrische Dienst leitet einen Zivildienstleistenden des Mobilien Sozialen Hilfsdienstes am Gesundheitsamt Bergedorf an und organisiert dessen Einsätze. Der Zivildienstleistende unterstützt Erwachsene und Kinder mit geistigen, seelischen und körperlichen Behinderungen u. a. durch Begleitung zu Terminen, beim Einkaufen und bei der Pflege der Wohnungen.

Beratungsstelle für Körperbehinderte

Die Beratungsstelle berät und betreut körperbehinderte und von Behinderung bedrohte Menschen und vermittelt bedarfsorientierte Hilfen für diesen Personenkreis. Die Aufgabe umfasst persönliche Unterstützung bei Fragen, die in Zusammenhang mit der Behinderung stehen, Beratung zu sozialhilferechtlichen Fragen und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen, Begleitung und Koordinierung weitergehender Hilfen sowie Stellungnahmen zu Anfragen anderer Dienststellen. In der Beratungsstelle sind zwei Sozialpädagoginnen in Teilzeit tätig; für



ärztliche Fragen stehen zusätzlich Ärzte aus anderen Bereichen des Gesundheitsamtes sowie ein für alle Bezirke tätiger Facharzt für Unfallchirurgie zur Verfügung.
Im Zusammenhang mit dem Persönlichen Budget befasste sich die Beratungsstelle weiterhin intensiv mit der Umsetzung des Arbeitgebermodells. Dieses soll dem behinderten Menschen ermöglichen, seine Assistenzkräfte selbst einzustellen oder die entsprechenden Dienstleistungen bei Pflegedienstleistern einzukaufen. Die Selbstbestimmung soll hierdurch gestärkt werden.

Jugendpsychiatrischer Dienst

Der Jugendpsychiatrische Dienst berät Eltern, deren Kinder geistig, psychisch oder mehrfach behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, über rehabilitative Maßnahmen und psychosoziale Hilfen. Er unterstützt Kinder, Jugendliche und deren Bezugspersonen in Krisensituationen. Im Auftrag anderer Ämter werden gutachtliche Stellungnahmen erstellt. Zu den Fragestellungen gehören u.a. Eingliederungshilfen für geistig, seelisch oder mehrfach behinderte Kinder, Frühförderung in der Kita und heilpädagogische Leistungen. Die Anzahl der erstellten Gutachten und Stellungnahmen betrug im Berichtsjahr 208.

Kennzahlen	2008	2009	2010
Anzahl der Klientenkontakte (Telefonate sowie Besuche) im Sozialpsychiatrische Dienst insgesamt	951 ²	1055	1078
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	202 ³	172	113
Anzahl der Klienten im Sozialpsychiatrischen Dienst	745	883	890
Anzahl der veranlassten Unterbringungen	10	17	9

² Organisatorische Besonderheiten (3-monatige Abwesenheit der Fachärztin für Psychiatrie aufgrund der Teilnahme am Amtsarztkurs in Düsseldorf) bedingten eine Reduktion der Beratungskapazität des Dienstes.

³ Aufgrund der für alle SpD's verbindlichen Legende werden seit 2008 auch mit 2 Personen durchgeführte Hausbesuche nur noch einfach gezählt; dadurch ergibt sich die vermeintliche Reduktion der Hausbesuche.



Anzahl der Gruppentermine	59	62	52
Anzahl der Klientenkontakte im Jugendpsychiatrischen Dienst insgesamt	704 ⁴	903	781
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	38	55	44
Anzahl der Klientenkontakte in der Beratungsstelle für Körperbehinderte insgesamt	573	746	676
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	85	97	83
Anzahl der ärztlichen, zahnmedizinischen, sozialpädagogischen, psychologischen Gutachten und Stellungnahmen	1509	1645	1478
- davon Gutachten für den Sozialhilfeträger (einschl. ARGE),	1162	1281	1184
- davon für die ARGE	37	55	70
Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei der Erstellung von Gutachten/ Stellungnahmen in Tagen	25,38	25	17

Kinder- und Jugendgesundheitsdienst

Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst umfasst den Schulärztlichen Dienst, den Schulzahnärztlichen Dienst und die Mütterberatung.

Schulärztlicher Dienst

Der Schulärztliche Dienst des Gesundheitsamtes fördert und schützt die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und berät Eltern in Fragen der Gesundheitspflege- und -förderung ihrer Kinder. Die Schulärztinnen sind in allen medizinischen Fragen Ansprechpartner der Bergedorfer Schulen. Sie wirken darauf hin, dass Problemlagen frühzeitig erkannt und Fördermaßnahmen zeitnah eingeleitet werden. Die Schulärztinnen arbeiten dabei eng mit den Eltern, den Schulen und anderen sozialen und medizinischen Einrichtungen zusammen.

Die Schulärztinnen sind zusätzlich in der Mütterberatung tätig und decken die Impfsprechstunden ab.

Im Schuljahr 2009/2010 wurde bei den Schuleingangsuntersuchungen nur eine Untersuchungsquote von 54 % erreicht, weil im 1. Quartal des Schuljahres (4. Quartal 2009) wegen der Pandemieimpfung gegen die Neue Influenza A (H1N1), „Schweinegrippe“, nicht schulärztlich untersucht werden konnte. Das gesamte Personal war in diese große Impfkation eingebunden. Neben den Schuleingangsuntersuchungen sind alle dringlichen Fälle und alle von den Schulen gemeldeten Kinder schulärztlich untersucht worden.

Schulzahnärztlicher Dienst

Der Schulzahnärztliche Dienst im Gesundheitsamt Bergedorf untersucht jedes Jahr die Zähne der Kinder in den Kindergärten und der Schulkinder (Vorschule bis 6. Klasse).

⁴ Reduktion der Arbeitszeit der Fachärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie von einer Vollzeitstelle auf Teilzeit (30 Std.)



Die Kariesprophylaxehelferin führt an Grundschulen bis zur 4. Klasse Kariesprophylaxemaßnahmen einschließlich Zahnschmelzhärtung (Fluoridierung) durch. Dieses Angebot wird sehr gut angenommen. Die Schulzahnärztin wählt die Kinder, die für diese Prophylaxemaßnahme infrage kommen, aus und kontrolliert den Behandlungserfolg.

Der Schulzahnärztliche Dienst hat bei den Reihenuntersuchungen in den Schulen eine Untersuchungsquote von 97 % erreicht. Zusätzlich untersucht er nach dem Kinderbetreuungsgesetz die 3-6-Jährigen in den Kindergärten. 2010 wurden 77,8 % der gemeldeten Kindergartenkinder untersucht. Daneben werden zahnärztliche Gutachten für das Soziale Dienstleistungszentrum erstellt.

Der Schulzahnärztliche Dienst hat sich aktiv am betrieblichen Gesundheitsmanagement des Bezirksamtes beteiligt. Zahnärztin und Zahnarzhelferin boten in Zusammenarbeit mit dem Fachamt Personalservice Ohrakupunktur zur Entspannung für Beschäftigte des Bezirksamtes an. Dieses Angebot stieß auf große Resonanz und wird auch weiter durchgeführt.

Mütterberatung

Die Mitarbeiterinnen der Mütterberatung beraten Eltern von Säuglingen und Kleinkindern in regelmäßigen Sprechstunden und bei Hausbesuchen. Zusätzlich werden seit 2009 auch Gruppen für Babymassage und Babyernährung angeboten. Zum Team der Mütterberatung gehören Kinderärztinnen, Kinderkrankenschwestern, Krankenschwestern und seit Mai 2010 eine Hebamme mit einer halben Stelle. Sie unterstützen und beraten in allen Fragen rund um das Baby, koordinieren weiterführende Hilfen und leisten auch selber in Einzelfällen schnelle praktische Hilfe zuhause. Die Hebamme ist in erster Linie für die neue Aufgabe, das „Erinnerungs- und Meldewesen für die Kinderfrüherkennungsuntersuchungen U6 und U7“, zuständig.

Die Angebote der Mütterberatung konnten seit 2009 erheblich erweitert werden. Dieses war möglich durch die Unterstützung von drei neuen Krankenschwestern (Asklepios-Rückkehrerinnen), die seit Juni 2008 das Mütterberatungsteam verstärken.

Im Jahr 2010 war es möglich, jeder Bergedorfer Familie mit einem Säugling und außerdem den Familien, die neu in Bergedorf zugezogen sind und kleine Kinder haben, einen Hausbesuch anzubieten. Diese Hausbesuche wurden gut angenommen. Sie werden mit einem Begrüßungsbrief des Bezirksamtsleiters angekündigt. Außerdem erhalten die Familien einen Babyschlafsack als Willkommensgeschenk. Die Finanzierung der Schlafsäcke wurde zunächst ermöglicht durch eine Spende der „Budnianer Hilfe e.V.“ und weiterführend durch das Preisgeld aus dem Wettbewerb Nachhaltiger Bezirk 2009, an dem sich die Mütterberatung mit ihrer umfangreichen Arbeit beteiligt hatte. Das Schlafen des Säuglings in einem Schlafsack in Rückenlage ist ein besonders wichtiger Faktor, um das Risiko des Plötzlichen Säuglingstodes zu mindern und eine gesunde Entwicklung zu fördern.

An zwei Standorten werden Kurse für Babymassage angeboten. Bei der Babymassage kommt es darauf an, das Baby zu beobachten und seine Signale aufzunehmen, ob und wie es berührt werden möchte. Daher hilft diese Methode Müttern und Vätern, mit ihrem Baby in emotionalen Kontakt zu kommen und es einfühlsam zu berühren. „Ernährung im ersten Lebensjahr“ als weiteres Gruppenangebot für Mütter und Väter mit Säuglingen wird sehr positiv von den Eltern angenommen. Termine für das Jahr 2011 sind schon geplant.

Die Sprechstunden der Mütterberatung an fünf verschiedenen Standorten im Bezirk wurden kontinuierlich durchgeführt, auch unter Beteiligung der Kinderärztinnen des Gesundheitsamtes. Die Kooperation mit den Familienhebammenprojekten Neu-Allermöhe und Lohbrügge und mit dem Projekt „Nestlotsen“ der Pestalozzistiftung in Bergedorf West wurde fortgesetzt.



Die Mütterberatung hat sich 2010 an verschiedenen Arbeitskreisen und Netzwerken z.B. dem Runden Tisch Bergedorf zum Thema „seelische Gesundheit in Schwangerschaft und Postpartalzeit“ beteiligt.

Kennzahlen:

Schulärztlicher Dienst:

Produkt	2008	2009	2010
Untersuchungen gem. § 34 (4) HmbSchulG	75	80	60
Untersuchungen gem. § 34 (5) HmbSchulG (Schuleingangsuntersuchungen)	1112	1082	630
Allgemeine Betreuung/ Untersuchung gem. § 34 (3) HmbSchulG (auf Ersuchen der Schule)	82	55	66
Untersuchungen im Einzelfall gem. § 34 (1) HmbSchulG (z. B. Förderschule Integrationsklassen, Sonderschule)	102	105	91
Anzahl der Impfungen (Mütterberatung, Schulärztlicher Dienst, Impfsprechstunde)	95	109	117
Ärztliche Untersuchungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz	140	150	entfallen
Impfungen gegen die Neue Influenza A (H1N1)		2530	47

**Mütterberatung:**

	2008	2009	2010
Anzahl der Kinder in den Mütterberatungsstellen, die untersucht bzw. zu denen beraten wurde.	729	915	1285
Anzahl der Hausbesuche im Rahmen der Gesundheitsvorsorge bei Säuglingen und Kleinkindern	355	715	755

Schulzahnärztlicher Dienst:

	2008	2009	2010
Anzahl der gemeldeten Schüler der 1. - 6. Klasse einschl. Vorschule,	7286	7085	7321
davon 85% = Soll	6193	6022	6236
Tatsächlich durchgeführte Untersuchungen (Ist)	5163	6079	7074
Anzahl der untersuchten Kinder im Verhältnis zu den gemeldeten Kindern in Prozent	71	86	97
Zahnärztliche Untersuchungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz	1216	2129	2158
Zahnärztliche Gutachten	53	36	41

Gesundheitsschutz**Gesundheitsaufsicht**

Die Gesundheitsaufsicht ermittelt bei Meldung von Infektionserkrankungen, bewertet die Daten und veranlasst entsprechende Maßnahmen. Bei gehäuft auftretenden Erkrankungen (Ausbrüchen) und Epidemien werden Schutzmaßnahmen gegen die Weiterverbreitung für die Bevölkerung und Einrichtungen geplant, vermittelt und veranlasst. Gleichzeitig überwacht die Gesundheitsaufsicht die Umsetzung der Hygienestandards in Krankenhäusern, Arztpraxen, Kindertagesstätten sowie in Gemeinschaftsunterkünften, bei privaten Rettungsdiensten, in Tattoo- und Piercingstudios, Fußpflegeeinrichtungen sowie bei Heilpraktikern.

Im Jahr 2010 wurden die routinemäßigen Begehungen der Krankenhäuser und Kindereinrichtungen sowie der stationären Alten- und Pflegeeinrichtungen zur Überwachung der Hygiene fortgesetzt.

Insgesamt 17 Arztpraxen wurden darüber hinaus begangen und auf die hygienischen Verhältnisse hin überprüft. Weitergeführt wurde auch die Überprüfung der Hygienehandhabung in Fußpflegeeinrichtungen. Ebenso wurde die Gemeinschaftsunterkunft Curslacker Neuer Deich begangen.



Im Auftrag des Grundsicherungs- und Sozialamtes erfolgte eine stichprobenhafte Überprüfung der ambulant erbrachten Pflegeleistungen im Rahmen der Sozialhilfe. Insgesamt wurden neun Kontrollen durchgeführt. Dabei zeigten sich keine gravierenden oder besorgniserregenden Unregelmäßigkeiten.

Heim- und Betreuungsaufsicht

Am 1. Januar 2010 ist in Hamburg anstelle des bisher bundesweit geltenden Heimgesetzes das Hamburgische Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz (WBG) in Kraft getreten. Es betrifft neben den Alten- und Pflegeheimen sowie den Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung auch Einrichtungen des Servicewohnens, Wohngemeinschaften für pflegebedürftige Menschen sowie ambulante Pflegedienste und Dienste der Behindertenhilfe.

Die Heim- und Betreuungsaufsicht sichert im Rahmen ihrer Informations-, Beratungs- sowie Überwachungspflicht die schutzwürdigen Interessen und Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer der o.g. Wohn- und Betreuungsformen im Bezirk Bergedorf.

Am Anfang des Jahres veranstalteten die Wohn- und Betreuungsaufsicht für alle Wohnbeiräte Einzelschulungen in den Einrichtungen über die neuen gesetzlichen Regelungen des WBG sowie des seit dem 01.10.2009 geltenden Wohn- und Betreuungsvertragsgesetzes (Bundesgesetz).

Themenschwerpunkte bei der Überprüfung von Einrichtungen waren Personal- und Qualitätsmanagement, soziale Betreuung und Teilhabe sowie Arzneimittelversorgung.

In allen Bereichen wurden, hauptsächlich in den Wohneinrichtungen für Senioren, Mängel festgestellt.

In 2 Einrichtungen war ein überproportional hoher Einsatz von Zeitarbeitspersonal zu verzeichnen, so dass die vorgesehene Bezugspflege angezweifelt werden musste.

Von Bewohnern und Angehörigen gingen im Bereich Wohneinrichtung 16 Beschwerden, im Bereich Servicewohnen 3 Beschwerden und im Bereich ambulante Pflegedienste eine Beschwerde ein. Alle Beschwerden waren begründet.

2010 wurden die geplanten Projekte „Service Leben“ sowie „Wohngemeinschaft für beatmungspflichtige Patienten“ des Trägers Renafan AG in Kooperation mit der Koordinationsstelle für Wohn-Pflege-Gemeinschaften fachlich begleitet und das neue Konzept des Wilhelm-Leuschner-Seniorenzentrums vorgestellt.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die neu definierte Beratungstätigkeit der Heimaufsicht in deutlichem Umfang zugenommen hat.

	2008	2009	2010
Anzahl der bearbeiteten meldepflichtigen Infektionsfälle	524	840	478
Anzahl der Begehungen in Pflegeheimen zur Überwachung der Hygiene	4	8	7
Anzahl der Begehungen in Arztpraxen	13	20	17
Anzahl der Begehungen in Kindertageseinrichtungen	10	12	12



Anzahl der Heimbesuche/-begehungen im Rahmen der Heimaufsicht	35	43	20
Anzahl der bearbeiteten Beschwerden im Rahmen der Heimaufsicht	10	14	20
Anzahl der Prüfungen der amb. Pflegedienste und der amb. Dienste der Behindertenhilfe	-	-	2

4. Dezernat für Wirtschaft, Bauen und Umwelt

Leitung: Arne Dornquast , Tel. 42891-4040

Kennzahlen	2008	2009	2010
Beschäftigungsvolumen	172,20	173,62	178,39
Sachkostenbudget in €			
Ansatz und Rest Vorjahr Soll	215.097	174.401	147.306
Ausgaben Ist	209.960	174.401	147.306
übertragbarer Rest	5.137	0	0
betreute Fachausschüsse	Stadtplanungsausschuss, Regionalausschuss, Fachausschüsse für Landschaftsplanung, Grünangelegenheiten und Umweltschutz, für Bauangelegenheiten, für Verkehr und Inneres, für Wirtschaft, Arbeit und Verbraucherschutz sowie gelegentlich für Sport und Kultur.		
Schriftliche Anfragen/Eingaben aus der Bevölkerung	75	91	53
Eröffnungstermine der Ausschreibungsangebote	34	51	56
davon öffentliche Ausschreibungen	4	3	1
davon beschränkte Ausschreibungen	30	48	55
Einnahmen insgesamt in €			
Soll	3.822.310	4.601.493	3.503.084
Ist	3.774.756	4.561.056	3.637.001
Ausgaben insgesamt Ist	13.350.701	14.953.003	16.520.174

Im Dezernat sind im Wesentlichen die technisch-baulichen und ökonomischen Dienstleistungen des Bezirksamtes in den Fachämtern *Stadt- und Landschaftsplanung, Management des öffentlichen Raumes, Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt* sowie dem *Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt* konzentriert.



Das Jahr 2010 war durch vier Schwerpunkte gekennzeichnet:

1. Vollendung bedeutender Großbauvorhaben

Die Bergedorfer Innenstadt hat ihr Gesicht durch die Vollendung der Erweiterung des CCB und durch die Eröffnung des „Neuen Mohnhofs“ im östlichen Sachsenor erheblich gewandelt und eine spürbare Belebung durch neue Kundenschichten erfahren. Ergänzt wurden diese privaten Investitionen durch den Umbau der Alten Holstenstraße zum „Boulevard Lohbrügge“ einschließlich der gestalterischen Aufwertung im Bereich der Eisenbahnbrücke.

Die Modernisierung des Billtalstadions hat die Bedingungen für den Schul- und den Breitensport stark verbessert. Der Umbau der Regattastrecke in Allermöhe schafft sehr gute Voraussetzungen für den Leistungssport auf dem Wasser. Beide Maßnahmen sind durch Sondermittel aus den Konjunkturprogrammen des Bundes und Hamburgs ermöglicht worden.

2. Beseitigung der Winterschäden

Der ungewöhnlich lange und schneereiche Winter hat erhebliche Schäden an den Bergedorfer Straßen verursacht. Dem Bezirksamt ist es gelungen, diese Schäden weitestgehend zu beheben, nicht zuletzt auch weil Bergedorf Mittel verbauen konnte, die in den anderen Bezirken nicht abgerufen wurden. Für die hier geleistete herausragende Arbeit gebührt den Kolleginnen und Kollegen des Fachamts Management des öffentlichen Raums besonderer Dank.

3. Beteiligung der Bürger

Das Bezirksamt hat 2010 über die obligatorische formale Bürgerbeteiligung in Bebauungsplanverfahren hinaus ein große Zahl und Bandbreite von Beteiligungs- und Informationsveranstaltungen durchgeführt, in denen Betroffene und Interessierte in die Vorhaben einbezogen wurden:

- Stadtteilwerkstatt Neuallermöhe
- Erstmalige endgültige Herstellung von Straßen in Ochsenwerder
- Teilräumliche Entwicklungsplanung Mittlerer Landweg
- Neugestaltung des Straßenraums in Bergedorf-Süd
- Einrichtung einer Gemeinschaftsstraße im Weidenbaumsweg
- Lärmaktionsplanung
- Masterplan Schleusengärten
- Wohnungsbaukonferenz

4. Konzepte für die Zukunft

2010 wurden drei für die Zukunft des Bezirks bedeutende strategische Konzepte verabschiedet:

Der Masterplan für die Schleusengärten als dem zentralen Stadtentwicklungsprojekt in Bergedorf bildet nun den Rahmen für die zukünftige Erschließung und Besiedelung der Flächen mit Gewerbe und Wohnungsbau besonderer Qualität.

Das Zentren- und Einzelhandelskonzept legt den Rahmen für die Fortentwicklung, aber auch den Schutz der Bergedorfer Handels- und Zentrenstrukturen fest und bildet für Investoren, Verwaltung und kommunale Politik eine verlässliche und belastbare Entscheidungsgrundlage.

Das von der Bezirksversammlung einstimmig beschlossene Bergedorfer Wohnungsbauprogramm bildet die Grundlage für die notwendige Entwicklung des Wohnungsbaus in Bergedorf. Neben der systematischen Analyse der Markt- und Nachfragebedingungen im Bezirk bewertet es die bereits verfügbaren, aber auch noch zu erschließenden Flächenpotentiale und trifft Festlegungen über den Beitrag Bergedorfs am Wohnungsbau in Hamburg. Neben dem sichtbaren Ergebnis der Diskussion ist es außerdem gelungen, Bergedorf wieder stärker auf die Landkarte von potentiellen Investoren zu bringen, wie zahlreiche aussichtsreiche Anfragen belegen.



4.1 Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung

Leitung: Arne Dornquast, Tel. 42891-4040

Kennzahlen	2008	2009	2010	
Beschäftigungsvolumen Am letzten Tag des Jahres	10,08	10,4	11,14	
Einnahmen in €	Soll Ist	4.812 4.812	8.925 8.925	7.200 6.252
Ausgaben in €	148.228	306.479	301.151	
Anzahl der aktiven Bebauungsplanverfahren am 31.12.	21	22	18	
Größe der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne in ha am 31.12.	407,7	323	260	
Anzahl der Bebauungspläne, für die frühzeitige Bürgerbeteiligungen durchgeführt wurden	6	9	2	

Aufgabe und Entwicklung 2010

4.1.1 Übergeordnete Planung

Wohnungsbau allgemein

Das Bezirksamt hat 2010 als erster Hamburger Bezirk ein umfassendes Wohnungsbauprogramm erstellt, welches Ende Juli im Entwurf präsentiert werden konnte und auf der Wohnungsbaukonferenz im September 2010 mit Akteuren der Wohnungswirtschaft diskutiert wurde. Das Wohnungsbaukonzept Bergedorf wurde im Dezember von der Bezirksversammlung beschlossen und im Januar 2011 großflächig an die Akteure der Wohnungswirtschaft verschickt.

Neben der Analyse des Bergedorfer Wohnungsmarktes stellt es Ziele zur Wohnungsbauentwicklung auf und weist ein vielfältiges Angebot an Wohnbauflächenreserven aus. Im Bezirk sind Flächenpotenziale für den Neubau von 1.263 Geschosswohnungen und 723 Einfamilienhäuser vorhanden. Die größten Reserven bestehen im Stadtgebiet am Schleusengraben, am Reinbeker Redder sowie in Neuallermöhe-West und im Landgebiet in den Ortskernen Fünfhausen und Ochsenwerder. Darüber hinaus entstehen über kleinere Innenentwicklungsmaßnahmen im Bestand pro Jahr zusätzlich ca. 200 Wohneinheiten. Die Anzahl der insgesamt realisierbaren Wohneinheiten (3.991 bis 2020) reicht rein rechnerisch zur Deckung des Bedarfs, der aus der Bevölkerungszunahme bis 2020 (rd. + 3.400 Personen) resultiert.

Entwicklung von gewerblichen Bauflächen

Nach wie vor ist Bergedorf neben Harburg der Bezirk mit den größten gewerblichen Bauflächenreserven in ganz Hamburg.

2010 standen neben den schon in Bebauungsplanverfahren befindlichen Flächen die Gebiete ‚Logistik Südlich Brookdeich‘ und ‚Mittlerer Landweg‘ im Mittelpunkt des planerischen Interesses. Der Bezirk hat alle Anstrengungen unternommen, die Entwicklung der Logistikfläche voranzutreiben. Neben der Weiterbearbeitung des Bebauungsplans wurde im April ein Workshop mit Vertretern aus der Logistikbranche, den Hamburger Behörden und der



Bergedorfer Politik durchgeführt, der im Ergebnis Ziele für die Entwicklung nachhaltiger Logistik an diesem Standort hervorgebracht hat.

Im Rahmen der Teilräumlichen Entwicklungsplanung Mittlerer Landweg werden gemäß dem Senatsauftrag, auch nach wie vor gewerbliche Flächenreserven geprüft. Ob am Ende des Verfahrens eine Lösung steht, die auch Gewerbeflächen beinhaltet, wird sich 2011 zeigen.

Einzelhandel

Bergedorf hat 2010 als erster Hamburger Bezirk ein Zentren- und Einzelhandelskonzept fertiggestellt. Es erfüllt vor allem den Zweck, einen Konsens über die bezirkliche Einzelhandelsentwicklung herzustellen, gesicherte Grundlagen für die Beurteilung von Anfragen und Anträgen zu erhalten sowie langwierige Diskussionen im Hinblick auf den Einzelhandel zu vermeiden.

In dem nun schon über mehrere Jahre laufenden Abstimmungsforum für Einzelhandelsvorhaben in der Region wurde 2010 in erster Linie die sog. Aktivstrategie weiterentwickelt, in der konkret für die ganze Region gesagt wird, in welchen Zentren sich welcher Einzelhandel entwickeln soll. Dies steht im Einklang mit dem Bergedorfer Einzelhandelskonzept.

Schleusengraben

Die Flächen westlich und östlich des Schleusengrabens sind nach wie vor das zentrale Stadtentwicklungsprojekt Bergedorfs.

Im Mittelpunkt stand 2010 die Erarbeitung des sog. Masterplans durch das Büro mecanoo. In Abstimmung mit allen wichtigen Akteuren wurde ein einvernehmliches Konzept entwickelt, welches direkt am Schleusengraben auch Wohnen im Mischgebiet vorsieht. Dieser Masterplan ist Grundlage für die weitere Flächenentwicklung und kann sehr gut für das Anwerben von Investoren eingesetzt werden.

Für eine Fläche westlich des Schleusengrabens zeichnete sich Ende 2010 eine erfreuliche Entwicklung ab:

Hier soll zeitnah ein Mischgebiet im Sinne der Schleusengärten entwickelt werden.

2010 war zudem das IBA-Zwischenpräsentationsjahr. In diesem Rahmen wurden zahlreiche Aktionen durchgeführt, die den Schleusengraben auch unter Investoren deutlich bekannter gemacht haben.

Zentrumserweiterung und ZOB-Umgestaltung Bergedorf

Ein großer Teil der Planungen und Baumaßnahmen für die Zentrumserweiterung und ZOB-Umgestaltung konnte 2010 abgeschlossen werden. Es waren wieder eine Reihe schwieriger Abstimmungsgespräche mit dem Investor zu führen. Die Baustelle Parkhaus/ Bahnhofsgelände/ ZOB ist eine logistische Herausforderung, die bei der Realisierung Zeit kostet und auch einen erheblichen Abstimmungsbedarf benötigt.

Stadtteilwerkstatt Neuallermöhe

In Neuallermöhe wurden gemeinsam mit dem Fachamt SR von Juni 2010 bis Januar 2011 erfolgreich und unter Beteiligung zahlreicher Bewohner und örtlicher Akteure vier Stadtteilwerkstätten zu folgenden Themenfeldern durchgeführt: Versorgung & Infrastruktur, Öffentlicher Raum, Nachbarschaft & Unterstützungsangebote sowie Wohnungsmarkt

Die Veranstaltungen dienten dazu, die Entwicklungen der vergangenen Jahre zu bewerten, Probleme und Potenziale aufzuzeigen sowie Handlungsfelder für die Zukunft zu benennen. Ziel ist es, die Aufnahme des Gebietes in das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) zu ermöglichen. Mittels dieses Programms sollen Ressourcen für Neuallermöhe



bereitgestellt werden, um die Lebensqualität und die Entwicklungsperspektiven des Stadtteils sowie seiner Bewohner zu erhöhen.

Alte Holstenstraße

Für den zentralen Einkaufsbereich von Lohbrügge (Fußgängerzone einschl. der angrenzenden Bebauung) wurde 2010 mit gutachterlicher Unterstützung und unter Beteiligung der Betroffenen ein Entwicklungskonzept erarbeitet, um diesen Bereich für das Programm der Aktiven Stadt- und Ortsteilzentren anmelden zu können.

Die Planungen für den Boulevard wurden 2010 umgesetzt.

Teilräumliche Entwicklungsplanung Mittlerer Landweg

Das im Sommer vom Senat beschlossene Verfahren wird seit dem Herbst federführend vom Bezirk durchgeführt. Im November und Dezember haben zwei Planungswerkstätten unter größtmöglicher Beteiligung der Betroffenen stattgefunden. Derzeit zeichnet sich noch kein einvernehmliches Konzept ab, da sich die unterschiedlichen Positionen relativ unvereinbar gegenüberstehen. Die Bewohner und Betroffenen vor Ort haben deutlich gemacht, dass sie sich eine weitere gewerbliche Entwicklung in diesem Raum nicht vorstellen können, da die negativen Auswirkungen des heutigen Gewerbes in Form von Lärm und Verkehr schon zu erheblichen Belastungen führen. Der Senat hat allerdings beschlossen, dass ein relevanter Flächenanteil Gewerbe wieder vorgesehen werden soll. Ein Abschluss des Verfahrens ist für den Sommer 2011 vorgesehen.

Infrastrukturprogramm Zollenspieker

Es bestand erheblicher Abstimmungsbedarf mit dem Investor. Die Grundstücksgeschäfte mit dem Investor konnten abgeschlossen werden. Für die Finanzierung der öffentlichen Maßnahmen wurden weitere Förderanträge für ELER/ Leader und für die Metropolregion Hamburg zur Abstimmung vorbereitet. Der Yachtclub Zollenspieker konnte gemäß den freiraumplanerischen Zielsetzungen verlegt werden.

Gemeinschaftsstraße / Shared Space

Die Bewerbungsmappe für den Weidenbaumsweg konnte erfolgreich bei der Fachbehörde eingereicht werden. Die Auftaktveranstaltung konnte im November durchgeführt werden.

Bezirkliche Ensembles

Die Bezirksämter können sogenannte bezirksbezogene Ensembles (mehrere Gebäude mit der jeweiligen Umgebung), die eine prägende Wirkung auf das Stadtbild haben, durch Rechtsverordnung unter Schutz stellen. Nach der Unterschutzstellung haben die Ensembles den Status eines Denkmals und die Wahrnehmung des denkmalrechtlichen Genehmigungsvorbehaltes erfolgt durch die Bezirksämter.

In Bergedorf befinden sich 15 Ensembles, die in einem Sammelverfahren unter Schutz gestellt werden sollen, im Verfahren. Im April/Mai 2010 fand die öffentliche Auslegung des Entwurfes der Rechtsverordnung statt. Die Stellungnahmen der betroffenen Behörden, des WSBs und den Eigentümern wurden in Zusammenarbeit mit dem Denkmalschutzamt abgewogen.

Die Bezirksversammlung beschloss im November 2010 nach ausgiebiger Diskussion die Verordnung für alle 15 Ensembles. Es wird angestrebt diese im 1. Quartal 2011 festzustellen.

Lärmaktionsplanung

Im Dezember hat das 2. Bergedorfer Lärmforum stattgefunden, in dem über den Umgang mit den Anregungen und Wünschen der Bürger und Betroffenen berichtet wurde. Deutlich



geworden ist noch einmal, dass die Bahnstrecke Hamburg-Berlin das zentrale Lärmproblem in Bergedorf ist.

4.1.2 Bebauungsplanung

Im Wesentlichen wurden folgende Leistungen erbracht:

Drei Planverfahren wurden neu eingeleitet: Ochsenwerder 12 (Kirchhof) Tatenberg 5 (Bieberhof – Fortführung offen) und Bergedorf 67 / Lohbrügge 11 (Fortführung nicht erforderlich).

Zwei öffentliche Plandiskussionen wurden durchgeführt: Bergedorf 109 (Kino und Ärztehaus), Ochsenwerder 12.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Kirchwerder 30 (An der Blauen Kuhle) wurde begonnen, naturschutzfachliche Gutachten einzuarbeiten. Mit einem Grundeigentümer wurde ein Vertrag über die Nutzung und landschaftsgerechte Wiederherstellung eines Grundstücks vorbereitet.

Mit den Trägern öffentlicher Belange wurden fünf Planentwürfe abgestimmt: Bergedorf 96 (ehemaliger Gartenbaustützpunkt Gojenbergsweg), Bergedorf 107 (Gojenbergsweg 13 – 25), Bergedorf 109, Kirchwerder 24 (Baustoffhandel Kirchwerder Hausdeich), Ochsenwerder 12.

Sechs öffentliche Auslegungen fanden für folgende Bebauungsplanentwürfe statt: Bergedorf 96, Bergedorf 101, Bergedorf 107, Kirchwerder 24, Moorfleet 16 (zwei Mal; Gewerbegebiet Brennerhof).

Die Bebauungspläne Bergedorf 35 (Mohnhof; Änderung) sowie Lohbrügge 90 (Reinbeker Redder 51 – 57) traten in Kraft.

Für die Bebauungspläne Bergedorf 96, Bergedorf 102 (Baumarkt Kurt-A.-Körper-Chaussee) und Bergedorf 109 wurden umfangreiche Abstimmungen mit den Vorhabenträgern durchgeführt, insbesondere zum Durchführungsvertrag.

Die inhaltliche Erarbeitung des Bebauungsplans Bergedorf 104 / Curslack 19 (östlich Schleusengraben) wurde begonnen, in die Masterplanerarbeitung wurden Erkenntnisse aus dem Bebauungsplanverfahren eingebracht.

Im Bebauungsplanverfahren Bergedorf 105 (Stuhlrohrquartier) wurden Abstimmungen mit Gutachtern und Betroffenen durchgeführt.

Im Bebauungsplanverfahren Bergedorf 106 wurden Abstimmungen mit Fachgutachtern und Planungsbüros durchgeführt.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Billbrook 8 / Billwerder 27 (Unterer Landweg) wurden die bezirklichen Belange vertreten.

Das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplans Curslack 17 (Ortskern Curslack) wurde bezirksamtsintern sowie mit dem Vorhabenträger abgestimmt.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Tatenberg 5 wurden rechtliche, betriebsbezogene und standortbezogene Rahmenbedingungen geprüft und abgestimmt.

Im Rahmen der fachlichen Federführungsaufgaben mit Bezug zur elektronischen Datenverarbeitung wurden folgende Themen begleitet oder betreut:

Das Internetportal zur Suche von Bebauungsplänen und überörtlichen Planungen „Stadt- und Landschaftsplanung online“ wurde im Hinblick auf Benutzerfreundlichkeit und Inhalte



überarbeitet. Technische und fachliche Grundlagen für computerunterstützte Entwurfszeichnungen wurden insbesondere vor dem Hintergrund der Einführung eines

elektronischen Beteiligungsverfahrens erarbeitet und abgestimmt. Das Amt war weiterhin Mitglied der Projektgruppe „Bauleitplanung online“ zur Einführung eines elektronischen Verfahrens zur Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit und maßgeblich an der Projektentwicklung beteiligt. Für die geplante flächendeckende Einführung dieses Beteiligungsverfahrens ist das Bezirksamt Bergedorf fachlich federführend.

Hinzu kamen u.a. folgende Leistungen:

- Städtebauliche Beurteilung von Bauvorhaben während der Bebauungsplanverfahren
- Zurückstellungen von Baugesuchen
- Erarbeitung von städtebaulichen Verträgen und Aufträgen
- Betreuung von externen Büros und Bauträgern
- Mitwirkung an Normenkontroll- und Vergleichsverfahren
- Mitwirkung bei Rechnungshofprüfungen.
-

Insgesamt ist der Bezirk seinem Ziel, verlässliches und zukunftsorientiertes Planungsrecht entsprechend seiner Vorstellungen zur städtebaulichen Entwicklung und Ordnung zu schaffen, näher gekommen.

4.1.3 Landschaftsplanung

Im Bereich der vorbereitenden Bauleitplanung wurde die Teilräumliche Entwicklungsplanung Mittlerer Landweg für die landschaftsplanerische Bearbeitung vorbereitet (u.a. Vertragsgestaltung und Vertragsabschluss mit Gutachter). Die Arbeit am Konzept für eine Ausgleichsflächen-Strategie des Bezirkes wurde fortgesetzt.

Hamburg erarbeitet ein Biotopverbundkonzept, bei dessen Flächensuche die bezirkliche Mitwirkung erforderlich wurde. Zur "Evaluierung Naturschutz in den Bezirken" wurden Stellungnahmen abgegeben. Ebenso zu der Überarbeitung der „Eignungsgebiete für Windenergieanlagen in Hamburg“ im Rahmen der Flächennutzungsplan-Änderung.

Die Entwicklung der Schleusengrabenachse wurde landschaftsplanerisch weiterhin begleitet. Auf Grundlage der Gutachten werden derzeit Kosten ermittelt, um konkrete Planungen für Teilabschnitte am Schleusengraben ausarbeiten zu können.

Teile des Gewerbegebietes Südlich Brookdeich wurden aufgrund von Bodenuntersuchungen vorläufig unter Schutz gestellt. Das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung war am Prozess intensiv beteiligt.

Der in 2007 begonnene Leader-Prozess im Rahmen des europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums führte bereits zu ersten konkreten Projekten in Bergedorf. Der EU-Antrag zur Umsetzung der Reitwege wurde ausgearbeitet, es bedarf einer Nachkalkulation aufgrund geänderter Bedingungen der BWA.

Internationale Gartenschau 2013 (IGS): Die Ideen für die Kulturlandschaften auf dem Gartenschau Gelände selbst wurden mit den örtlichen Akteuren zusammengetragen, diskutiert und gebündelt. Sie mündeten in einem ersten konkreten Entwurf des Planers der IGS, der Ende des Jahres erstmalig vorgestellt wurde.

In der verbindlichen Planung wurde die Betreuung aller laufenden Huckepack-Bebauungspläne fortgesetzt, wobei dem Artenschutzrecht (Vögel, Fledermäuse) aufgrund der gesetzlichen Beachtlichkeit besonderes Gewicht zukam.



4.2 Fachamt Management des öffentlichen Raumes

Leitung: Christoph Lindemann, Tel. 42891-2277

Kennzahlen		2008	2009	2010
Beschäftigungsvolumen ¹⁾		104,48	105,52	107,57
Einnahmen in EUR ²⁾	Soll	785.000	670.266	587.574
	Ist	870.000	641.286	665.276
Ausgaben in EUR		11.578.000	14.127.348	15.571.586

1) Einschl. Auszubildende

2) Gebühren, Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, Zwangs- und Bußgelder, Arbeiten für fremde Rechnungen u.a.

Aufgabe und Entwicklung 2010

Die Aufgaben dieses Fachbereiches bestehen in der Planung, dem Bauen, dem Herrichten und der Unterhaltung aller öffentlichen Flächen, die in der Zuständigkeit des Bezirkes liegen wie: Grünanlagen, Spielplätze, Dauerkleingartenanlagen, Wander- und Radwege, bezirklicher Friedhof, Straßen, Straßenbegleitgrün, Brücken, Schnee- und Eisbeseitigung, Herrichten der Depotcontainer-Standorte, Unterhaltung von Gewässern aller Art, Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen, Naturschutzgebiete sowie Bergedorfer Forstflächen.

Durch den Bezirklichen Ordnungsdienst (BOD) wird für die Sauberkeit und Ordnung auf diesen Flächen gesorgt und die Einhaltung des Hundegesetzes überwacht.

In Amtshilfe werden Dienstgärten, Sportplätze und Liegenschaftsflächen unterhalten.

2010 sind insbesondere folgende Projekte bearbeitet worden:

Straßen- und Tiefbauprojekte:

- Diverse Sanierungsmaßnahmen von Pflaster- und Asphaltstraßen im Rahmen des Konjunkturprogrammes des Bundes (z.B. Glindersweg und Poeckstraße)
- Diverse Sanierungsmaßnahmen von Pflaster- und Asphaltstraßen im Rahmen des Sonderprogrammes „Winterschäden“ der BSU (z.B. Am Beckerkamp, Gosepfad, Oortkatenweg)
- Abschluss der Sanierung des Geh- und Radweges Kirchwerder Landweg im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes (Förderung des Zu-Fuß-Gehens) der BSU
- Verschiedene Grundinstandsetzungen und Sanierungsmaßnahmen im bezirklichen Straßennetz entsprechend des Tiefbauprogrammes 2010 (z.B. Ochsenwerder Landscheideweg, Reitbrooker Mühlenbrücke, Mendelstraße)
- Weiterführung Erschließung ZOB (z.B. Herstellung des Provisoriums)
- Vorbereitung und Ausführung von allgemeinen Erschließungsmaßnahmen,
- Vorbereitung und Ausführung von Industrie- und Gewerbeerschließungen,
- Weiterführung des Straßenbaus Wohnerschließung Allermöhe West (z.B. Hans-Stoll-Straße, Marie-Henning-Weg)
- Vorbereitung von diversen Maßnahmen der erstmaligen, endgültigen Herstellung von Straßen (z.B. Stegelviertel, Dorfer Bogen, Dorfer Weg, Ochsenwerder Twiete)
- Vorbereitung und Ausführung von Baumaßnahmen zur Grundinstandsetzung und Verbesserung von Bushaltestellen im Rahmen des Titels „Förderung des ÖPNV“, (z.B. Neubau der Haltestelle Ludwig-Rosenberg-Ring)



- Vorbereitung von Baumaßnahmen zur Grundinstandsetzung und Verbesserung von Radwegen im Rahmen des Titels „Förderung des Radverkehrs“ (z.B. Verbesserung des Fahrradparkens)
- Mitarbeit bei der Erarbeitung diverser B-Pläne hinsichtlich der Erschließung (Grün-, Straßen, Tief- und Wasserbau),
- Mitarbeit bei der Erschließung in den B-Plänen Bergedorf 94 und 97 (neues Fachmarktzentrum, neuer ZOB und Erweiterung CCB),
- Mitarbeit beim Projekt „Shared Space“
- Umgestaltung Alte Holstenstraße
- Mitarbeit bei der Erschließung im B-Plan Bergedorf 98 (Wohnerschließung Am Güterbahnhof).

Unterhaltungsmaßnahmen:

- Fortführung des Sonderprogramms „Schönes Bergedorf“ - Umfeldverschönerung und Aufwertung von Straßen und Plätzen (u.a. Kaiser-Wilhelm-Platz, Bergedorfer Schloßstraße, Werner-Neben-Platz, Freiluftbühne Rathauspark),
- Konjunkturprogramm-Aufstockung der Straßenunterhaltungsmittel zur Beseitigung von Gefahrenstellen auf Straßen und Wegen,
- Durchführung von Maßnahmen zur Beseitigung von Winterschäden
- Weitere Vorbereitung des Sonderprogramms „Klar Schiff Hamburg“ – Ordnen von Wegezubehör,
- Wildkrautbeseitigung an Haupt- und Nebenstraßen,
- Entschlammung der Auffangbecken/Naturteiche Boberger Niederung,
- Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs an Haupt- und Nebenstraßen,
- Schulwegsicherungsprogramm – Fahrbahnmarkierungen spez. an Überwegen,
- Wiederherstellung der Straßenentwässerungssysteme (u.a. an der B 5 und in den Vier- und Marschlanden)

Wasserwirtschaftliche Maßnahmen:

- Weiterführung der Entschlammungsmaßnahme Gose-Elbe,
- Herstellung und Fertigstellung der Durchgängigkeit zwischen Dove-Elbe und Schleusengraben,
- Grundinstandsetzung und Strukturverbesserung des Gose-Elbe Grabens,
- Entschlammung Alte Brookwetterung, 2. Bauabschnitt,
- Instandsetzung baulicher Anlagen im Wohngebiet Allermöhe,
- Entschlammung Rückhaltebecken Mittlere Bille
- Erneuerung der Pegelsteuerung an dem Schöpfwerk Seefeld
- Vorbereitung und Ausführung von diversen Grundinstandsetzungen am Staatlichen Be- und Entwässerungssystem in den Vier- und Marschlanden,
- Weitere Entwurfsplanungen einschließlich der naturschutzfachlichen Bearbeitung,
- Planung Entschlammung Neuengammer Durchstich,
- Planung, Entwurf, Herstellung der Durchgängigkeit am Serrahnwehr nach EU-WRRL,
- Entschlammung Schloßgraben,
- Grundinstandsetzung der Ufermauer an der Schloßstraße,
- Planung GI SW Bille (Kontrakt mit LSBG),



- Planung Regenwasserbehandlungsanlage am Bormühlenbach, Plettenbergring (Kontrakt mit LSBG),
- Herstellung eines Schiffanlegers am Schleusengraben.

Landschaftsbauprojekte:

- Abschluss der Grundsanie rung des Billtalstadions im Rahmen des Konjunkturprogrammes des Bundes,
- Vorbereitung und Ausführung der Sanierung Sportanlage Sander Tannen (Bau von 2 Kunstrasenplätzen),
- Vorbereitung und Ausführung der Grundinstandsetzung der Skate-Anlage in Boberg,
- Planung einer Rekonstruktion / Wiederherstellung und Ausführung der historischen Parkanlage Schillerufer,
- Vorbereitung und Ausführung einer Zuwegung für die Kapelle 2 auf dem Friedhof Bergedorf,
- Vorbereitung und Ausführung der Grundinstandsetzung von diversen Spielplätzen und Grünanlagen (KSP Am Hohen Stege, KSP Gleisdreieck, KSP Footstegel, KSP Deichvogt Peters-Straße),
- Weiterführung der Planung für den Stadtteilpark Neuallermöhe-West, 6. BA,
- Weiterführung der Planung der öffentlichen Freiflächen Zollenspieker Fährhaus,
- Planung einer WC- Anlage im Schlosspark (Chrysenderstraße),
- Grundinstandsetzung des Marschbahndammes zwischen Ochsenwerder und Heinrich-Stubbe-Weg, Ausschreibungen und Baubeginn,
- Umsetzung von Maßnahmen aus den Pflege- und Entwicklungsplänen für den Eichbaumpark, Marschbahndamm und Grünes Zentrum Lohbrügge,
- Beginn der ersten Maßnahmen zur Grundinstandsetzung der Kapelle 1 auf dem Friedhof Bergedorf.

Forstprojekte:

- „Neuer Wald für Bergedorf“ im Rahmen des weltweiten Projekts „Plants for the planet“ in Zusammenarbeit mit der Gesamtschule Bergedorf wurde fortgesetzt,
- Durchführung des Weihnachtsbaumverkaufes.

BOD Bergedorf

Der BOD Bergedorf hat im Jahr 2010 seinen Tätigkeitsschwerpunkt auf die Bekämpfung der illegalen Müllentsorgung und auf die Verbesserung des „Sicherheitsgefühls“ der Bergedorfer Bevölkerung gelegt. Dazu wurden tägliche Präsenzstreifen im Bereich der Fußgängerzonen „Sachsentor“ und „Alte Holstenstraße“ unter Einbeziehung des Schlossparks und ab Ende 2010 auch des Vorplatzes des CCB durchgeführt. Außerdem wurden je nach Wetterlage bzw. Beschwerdelage routinemäßig oder anlassbezogen vor allem in den Grün- und Erholungsanlagen Kontrollen durchgeführt. In den Wintermonaten wurden außerdem verstärkt Kontrollen durchgeführt, ob gegen die Anliegerverpflichtung zur Schnee- und Eisbeseitigung nach dem Hamburgischen Wegegesetz verstoßen wurde. Diese hohe Präsenz in der Öffentlichkeit wird von der Bergedorfer Bevölkerung sehr geschätzt und anerkannt.

Ausbildung, Beschäftigungsmaßnahmen	2008	2009	2010
Anzahl Auszubildende Ga La Bau Verwaltung	8 2	15 1	17 0
Anzahl ABM – Mitarbeiter bei Kooperierenden Freien Trägern (Sprungbrett)	24	21	21
Praktikanten im Landschaftsbau	9	3	9



ANSCHUB - zum Erfolg Schule Richard-Linde-Weg	3	3	3
--	---	---	---

Internationaler Bund	20	20	20
Alsterarbeit - im Grünbereich	10	10	10
-in der Verwaltung	0	0	0
Praktikanten im Forstbereich	4	2	0

Kennzahlen:

Angaben in Euro	2008	2009	2010
<i>Investitionsmittel Straße</i> ¹⁾	4.418.000	4.838.619	5.683.779
Davon: Honorarausgaben	204.163	78.456	461.957
Erschließungsmittel	1.416.559	663.000	821.406
Neu-, Um- und Ausbau	36.979	36.000	1.023.294
Grundinstandsetzung	2.760.299	4.061.163	3.377.122
Investitionsmittel Gewässer und Deiche ¹⁾	1.118.000	1.278.125	2.229.497
Davon: Honorarausgaben	69.000	113.465	144.386
Erschließungsmittel	0	0	0
Neu-, Um- und Ausbau	888.000	1.091.190	2.080.204
Grundinstandsetzung HWS-Anlagen	161.000	73.470	4.907
Investitionsmittel Grünanlagen ¹⁾	1.034.686	952.895	1.340.090
Davon: Honorarausgaben	54.328	27.488	12.154
Erschließungsmittel	0	0	0
Neu-, Um- und Ausbau	122.825	90.829	390.154
Grundinstandsetzung	857.533	834.578	937.782
<i>Investitionsmittel Lebenswerte Stadt</i>	222.655	0	0
Davon: Honorarausgaben	22.883	0	0

Unterhaltung Straße ¹⁾	2008	2009	2010
Angaben zum Anlagenbestand Fläche der zu unterhaltenden Straßen einschl. Nebenflächen in m ²	5.560.000	5.560.000	5.561.000
Ausgaben	1.523.700	1.551.896	1.533.610
Unterhaltung Gewässer und Deiche ¹⁾	2008	2009	2010
Angaben zum Anlagenbestand: Flächengröße in ha	415	415	415
Ausgaben	1.353.000	1.392.000	1.529.545

¹⁾ Aus unterschiedlichen Titeln

Unterhaltung Straßenbegleitgrün	2008	2009	2010
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße m ²	2.860.00	2.865.000	2.865.000
Anzahl der Bäume	23.610	23.610	23.610
Ausgaben	194.010	254.094	289.730



Unterhaltung Kleingärten	2008	2009	2010
Angaben zum Anlagenbestand			
Flächengröße in m ²	1.830.000	1.830.000	1.830.000
Anlagen	28	28	28
Ausgaben	83.000	52.000	25.000
Unterhaltung von Brücken und Ingenieur-Bauwerken	2008	2009	2010
Angaben zum Anlagenbestand			
Flächengröße in m ²	43.389	43.389	43.389
Anzahl	464	464	464
Ausgaben	37.000	147.947	51.983

Unterhaltung öffentlicher Grünanlagen	2008	2009	2010
Angaben zum Anlagenbestand			
Flächengröße m ²	7.500.500	7.500.500	7.500.500
Anzahl	218	218	218
Ausgaben (Unterhaltung und Inst. aus Betriebshaushalt)	642.260	650.349	675.061

Friedhof	2008	2009	2010
Angaben zum Bestand			
Flächengröße in m ²	686.937	686.937	686.937
Investitionsausgaben	38.456	107.225	49.469
Unterhaltungsausgaben	331.016	332.434	397.163

Naturschutzgebiete	2008	2009	2010
Angaben zum Bestand NSG ¹⁾			
Flächengröße in ha	1598	1598	1200
Ausgaben für Pflege und Unterhaltung	26.915	58.128	20.623

¹⁾ Das NSG Boberg und das NSG Die Reit wurden Anfang 2010 vom Bezirk an die Fachbehörde übertragen

Forst	2008	2009	2010
Angaben zum Bestand			
Bergedorfer Gehölz, Geesthang, Sander Tannen, Geesthacht (Edmundstal), Großensee, Flächengröße in m ²	4.000.000	4.000.000	4.000.000
Ausgaben Wegebau	15.062	8.060	0
Ausgaben Investitionen	22.203	11.388	34.672
Ausgaben (Unterhaltung und Instandsetzung aus Betriebsmitteln)	35.013	43.337	45.545

Amtshilfen ¹⁾	2008	2009	2010
Ausgaben	438.100	230.837	182.362

¹⁾ Unter Amtshilfe fallen z.B. Arbeiten für fremde Rechnung, Schnee- und Eisbeseitigung, Herrichtung von Depotcontainerstandorten



Sondernutzungen KFZ		2008	2009	2010
Anzahl d. unerlaubten Sondernutzungen KFZ		338	330	441
Anzahl der Ordnungswidrigkeit-Verfahren		25	28	41
Ausgaben (Ersatzvornahmen)		5.910	2.158	1.352
Einnahmen in €	Soll	3.312	4.197	3.723
Bußgelder, Gebühren, Kosten, Entgelte)	Ist	18.183	10.771	7.931

4.3 Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt

Leitung: Helmut Hoffmann, Tel. 42891-4200

	2008	2009	2010
Beschäftigungsvolumen	20,75	20,54	21,25

Aufgabe und Entwicklung 2010

Neben der Diskussion und Vorbereitung von Konsolidierungsvorschlägen des Fachamtes für den Senat, fiel in 2010 eine außergewöhnlich hohe Anzahl schriftlicher kleiner Anfragen der Bürgerschaft an, die zu einer deutlich zusätzlichen Arbeitsbelastung des gesamten Fachamtes führte.

Durch das Engagement des Fachamtes in der überbezirklichen Arbeitsgruppe Wochenmärkte konnten auch die anderen Bezirksamter durch eine Übernahme der im Bezirksamt Bergedorf entwickelten, neuen Wort-Bild-Marke für die Wochenmärkte profitieren. Die Erstellung eines Kostenvoranschlags für die Entwicklung einheitlicher Hinweisschilder auf allen Hamburger Wochenmärkten wurde noch im Dezember auf den Weg gebracht.

Wie geplant, konnten Beschlüsse des Fachausschusses Wirtschaft, Arbeit und Verbraucherschutz im Hinblick auf die Privatisierung des Weihnachtsmarkts auf der Schlosswiese und im Bereich der Alten Holstenstraße zwischen Johann-Adolf-Hasse-Platz und der Ernst-Mantius-Straße herbeigeführt werden. Eine vollständige Privatisierung war nicht zu erreichen; das Bezirksamt wird sich daher auch in Zukunft mit der Gestaltung der Restflächen (Alte Holstenstraße Lohbrücke und Bergedorfer Markt) befassen. Das Interessenbekundungsverfahren wurde auf dieser Grundlage für eine Übernahme des Weihnachtsmarktes in den o.g. Bereichen vorbereitet und mögliche Interessenten angeschrieben.



4.3.1 Gewerberecht Marktwesen, Lebensmittelüberwachung

4.3.1.1 Gewerbe- und Ordnungsrecht

Aufgabe und Entwicklung 2010

Die Abteilung ist zuständig für Erlaubnisse nach der Gewerbeordnung in Verbindung mit diversen Spezialgesetzen sowie für Ordnungswidrigkeitenverfahren, Entzug von Erlaubnissen und Gewerbeuntersagungsverfahren. Außerdem werden die Verwaltungsverfahren zur Umsetzung des Hundegesetzes und des Passivraucherschutzgesetzes ausgeführt.

Anfang 2010 wurden durch den unerwartet starken Winter für die Kontrolle und Ahndung von Verstößen gegen die Schnee- und Eisbeseitigungspflicht erhebliche Kapazitäten gebunden. Dies war nur durch eine Verschiebung der Prioritäten möglich. Insgesamt wurden 1.286 Verwarnungen z.T. mit Verwarnungsgeld erteilt.

Das Fachamt hat in 2010 weiterhin daran mitgewirkt, eine möglichst vollständige Erfassung der Hunde in Bergedorf zu erreichen. Zum 31.12.2010 waren in Bergedorf insgesamt 4.164 Tiere im Hunderegister erfasst. Insgesamt wurden 2010 neun Haltungsuntersagungen ausgesprochen, die sich in erster Linie auf das Halten gefährlicher Hunde nach § 2 HundeG bezogen.

Insgesamt wurden 130 Hundehalter von VS aufgefordert, Ihrer Meldepflicht nach dem Hundegesetz nachzukommen. Ein großer Teil der Hundehalter kam erst nach einem Zwangsmittelverfahren, das in 10 Fällen mit der Anordnung der Sicherstellung des Hundes endete, ihrer Pflicht nach. Es wurden 121 Bußgeldverfahren wegen verspäteter Anmeldung durchgeführt. Ferner waren neun Hunde aufgrund von Haltungsuntersagungen sicherzustellen.

Drei Hunde wurden von der Erlaubnispflicht nach § 14 Absatz 1 Hundegesetz befreit. Hierbei handelt es sich um Hunde der sog. Kategorie 3, deren Gefährlichkeit durch einen Wesenstest widerlegt werden konnte.

Alles in allem bleibt festzustellen, dass das Hundegesetz im Zusammenwirken des Abschnittes Gewerbe- und Ordnungsrecht mit dem BOD auch in 2011 erfolgreich umgesetzt wurde und Wirkung zeigt.

Im Bereich des Jugendschutzgesetzes blieb die Anzahl der festgestellten Verstöße im Vergleich zu den Vorjahren annähernd gleich.

Zur Prävention von Alkoholmissbrauch und Rauschtrinken bei Minderjährigen und jungen Erwachsenen in Hamburg wurden in Bergedorf seit Mai 2010 versuchsweise insgesamt acht gezielte Kontrollen in Zusammenarbeit mit dem Jugendschutztrupp der Polizei durchgeführt. Es wurde nur ein Verstoß festgestellt. Ansonsten wurden sowohl mit Verkäufern als auch mit Jugendlichen aufklärende Gespräche geführt.

Auch 2010 wurden Spielhallen im Hinblick auf die Einhaltung der Spielhallenverordnung kontrolliert und ordnungsrechtliche Maßnahmen gegen Spielhallenbetreiber ausgeführt.

Bei den Gewerbeuntersagungsverfahren konnten sechs Verfahren durch intensive Beratungen im Hinblick auf eine ordnungsgemäße Betriebsführung und entsprechendes Handeln der Betroffenen eingestellt werden.



Kennzahlen

Passivraucherschutzgesetz	2008	2009	2010
Hinweise auf Missstände	66	10	9
Anzahl der Beratungen	46	10	6
Anzahl der Verfahren zur Ahndung von Missständen	20	1	1

Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	2008	2009	2010
Festsetzungen von Veranstaltungen nach § 69 GewO (Marktfestsetzungen ohne Wochenmärkte)	21	19	17
Zahl der Beschwerden, die auf Außennutzung von Gaststätten zurückzuführen sind	6	3	3
Zahl der gaststättenrechtlichen Erlaubnisverfahren	162	144	128
davon Vollkonzessionen (Erlaubnisse nach § 2 GastG)	40	25	36
davon Tageskonzessionen (Gestattungen nach § 12 GastG)	101	105 ⁵	92
Gewerbeuntersagungsverfahren, Erlaubniswiderrufe und -versagungen	53	51 ⁶	22 ⁷
Zahl der Gewerbeum-, -an- und abmeldungen ⁸	2475	2594	2393
Spielhallenstandorte	18	18	18
Spielhallen	24	31	31
vorhandene Geldspielgeräte in Spielhallen (ohne in Gaststätten aufgestellte Automaten)	266	336	330
Sondernutzungserlaubnisse nach dem Hamb. Wegegesetz (ab 2005 Zahl der Bescheide statt Anzahl der Stände) ⁹	17	20	16
Ausnahmen von der Sperrzeit	6	6	7

⁵ Alle Zwei Jahre findet das Stadtfest mit zahlreichen Tageskonzessionen (Ausschank alkoholischer Getränke) statt; 2009 war die Meile auf Grund der Baumaßnahmen stark reduziert

⁶ Insgesamt waren in 2009 knapp über 90 Fälle in Bearbeitung, 29 Verfahren konnten eingestellt werden; 40 Verfahren sind noch offen

⁷ Insgesamt waren in 2010 70 Fälle in Bearbeitung; 6 Verfahren konnten eingestellt werden; 12 Verfahren ruhen aufgrund laufender Insolvenzverfahren, 33 Verfahren sind noch offen.

⁸ Seit Januar 2008 werden die Gewerbean-, -um- und -abmeldungen im Kundenservice vorgenommen.

⁹ Seit Beginn 2008 erteilt VS nur noch Sondernutzungsgenehmigungen im Rahmen von festgesetzten Veranstaltungen. Alle sonstigen Sondernutzungsgenehmigungen werden von WBZ 31 bearbeitet.



Weitere Arbeitsbereiche	2008	2009	2010
Vorgänge nach dem Hundegesetz, in denen Handeln gefordert war; davon wurde	106	197	330 ¹⁰
die Hundehaltung reglementiert (Leinen- und Maulkorbzwang)	4	1	4
die Haltung eines „gefährlichen Hundes“ verboten oder wegen „Unzuverlässigkeit“ eines Halters untersagt	5	7	9
Freistellung von der Erlaubnispflicht nach § 14 (widerlegbar gefährliche Hunde – Kat 3)	10	8	3
Tötung oder Sicherstellung veranlasst	6 ¹¹	12	19 ¹²
Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet	40	111	127
Weitere ordnungswidrigkeitenrechtliche Verfahren nach anderen Rechtsgrundlagen (z.B. GewO, GastG, KrW-/AbfG und JuSchG)	47	75	1372 ¹³
Ausstellung von Fischereischeinen	353	347	313 ¹⁴

4.3.1.2 Lebensmittelüberwachung und Marktwesen

Aufgabe und Entwicklung 2010

Lebensmittelüberwachung

Mit der Kontrolle von Lebensmitteln, Kosmetik, Tabak und Bedarfsgegenständen leistet die Lebensmittelüberwachung einen aktiven Verbraucher- und Gesundheitsschutz im Spannungsfeld zwischen den wirtschaftlichen Interessen von Anbietern und Gewerbetreibenden auf der einen und dem Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher an einwandfreier und gesundheitlich unbedenklicher Ware auf der anderen Seite.

Ab 01.06.2010 wurde die vakante 4. Stelle Lebensmittelkontrolleur wieder besetzt, so dass mit dem vorhandenen Personal die Anzahl der Kontrollen und Beratungen im Verhältnis zum Vorjahr um rund 200 auf rund 2.250 Kontrollen gesteigert werden konnte. Viele Betriebe mussten wegen verschiedener Auffälligkeiten mehrfach aufgesucht werden. Im Vordergrund der Lebensmittelüberwachung steht nach wie vor eine präventive Beratung, Ursachenermittlung bei Missständen sowie die Entwicklung einzelfallbezogener Lösungsansätze unter sorgfältiger Abwägung der unterschiedlichen Interessenlagen und Gefahren. Konkreten Beschwerden konnte stets erfolgreich nachgegangen und die Beschwerdegründe ausgeräumt werden.

Die Anzahl der Probeentnahmen ist ungefähr gleich geblieben und das Soll erneut übertroffen.

Schnellwarnungen und Rückrufe von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen gehen fast täglich ein. Die sich daraus ergebenden Kontrollen und Maßnahmen binden zunehmend größere Zeitressourcen sowohl für die Lebensmittelkontrolleure als auch für den Innendienst.

¹⁰ 127 Owi-Verfahren wegen verspäteter Anmeldung; 203 weitere Verfahren, davon 130 Aufforderungen zur Anmeldung

¹¹ Die Sicherstellungen wurden angeordnet um die gesetzlich geforderte Anmeldung der Hunde zu erreichen. In allen sechs Fällen war die Maßnahme letztendlich erfolgreich. Lediglich in zwei Fällen kam es zur tatsächlichen Sicherstellung für ein paar Tage.

¹² 10 Sicherstellungen wegen fehlender Anmeldung, 9 Sicherstellungen in Zusammenhang mit Untersagung; keine Tötung

¹³ allein 1.286 wegerechtliche Verfahren wg. Schnee und Eis im Winter 2009/10

¹⁴ In 2010 wurden die Fischereischeine ausschließlich von den Bürgerzentren ausgestellt, da eine „händische“ Ausstellung aufgrund der vielen Fälschungen nicht mehr zugelassen war. Ab 2011 kann auch VS Fischereischeine maschinell ausstellen.



189 Betriebe wurden 2010 hinsichtlich des Risikos für die dort in den Verkehr gebrachten oder produzierten Lebensmittel beurteilt. Damit konnte das gesteckte Ziel von 200 Betrieben fast erreicht werden.

Marktwesen/Wochenmärkte

In Bergedorf finden 6 Wochenmärkte statt, die von 2 Marktmeistern hinsichtlich einer reibungslosen Marktorganisation betreut werden. Trotz eines stetigen Wandels durch Zu- und Abgänge der Marktbesucher steht dabei die Optimierung des Marktaufbaus und des Branchenmixes im Sinne des Kunden im Vordergrund.

Die Auslastungsgrade der Wochenmärkte sind im Vergleich zu den Vorjahren leicht gesunken. Ursache sind die strengen Wintermonate Januar bis Anfang März 2010 und Anfang November bis Ende Dezember 2010, die viele Marktbesucher vom Aufsuchen des Wochenmarktes abhielten.

Durch den freiwilligen Werbe-Euro von Marktbesuchern der Bergedorfer Wochenmärkte war es finanziell auch weiterhin möglich,

- die Finanzierung der Parkkarten für Kunden des Wochenmarktes Bergedorf für kostenloses Parken im Parkhaus in der 1. Stunde zu sichern,
- für den Wochenmarkt Lohbrügge die Anmietung des für Samstage als Parkplatz umfunktionierten Schulhofs der Schule Leuschnerstraße zu finanzieren,

Kennzahlen

Verbraucherschutz	2008	2009	2010
Gewerbebetriebe insgesamt: davon	9.901	10.384	10800
überwachungspflichtige Betriebe i.S.d Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes (LFGB) einschl. Marktstände	2.285	2.669	2648
In diesen Betrieben erfolgten insgesamt:			
Kontrollen und Beratungen	2000	2075	2248
Probenentnahmen	Soll Ist	654 700	536 585
davon Beanstandungen	166	75	123

Weitere Beanstandungen anderer Lebensmittel- Kontrollbehörden	93	46	39
Zahl der <u>Lebensmittelbetriebe</u> (inkl. gewerberechtl. Nicht meldepfl. Betriebe, z.B. Urproduktion, Kindertagesstätten, Krankenhausküchen)	2.462	2.516	2460
hiervon kontrollierte Betriebe	915	504	586
Betriebe, die einer Kontrollpflicht nach § 22 Pflanzenschutzgesetz unterliegen	18	19	19
davon kontrolliert	0	19	19



Veranstaltung von bezirklichen Wochenmärkten	2008	2009	2010
Gesamtzahl der Wochenmärkte	305	306	313
Gesamtzahl der Stände über alle Markttag	12.452	15.118	14707
Maximal mögl. Frontmeter aufgeteilt nach Märkten	Auslast. In %	Auslast. In %	Auslast. In %
Di / Bergedorf 708	79	75	72
Mi / Lohbrügge 590	73	77	73
Do / Bergedorf West 333	92	89	85
Fr / Bergedorf 708	89	82	81
Sa / Lohbrügge 590	92	91	85
Sa / Fleetplatz 244	51	52	43
Ø Auslastungsgrad über alle Märkte [%]	79	78	73

4.3.2 Veterinärwesen

Aufgaben und Entwicklung 2010

Die Arbeit der Veterinäre im Jahr 2010 war, wie schon 2006 bis 2009, wesentlich geprägt durch Tätigkeiten in den Fachgebieten Tierseuchenbekämpfung und Tierschutz. Weder Tierseuchen noch Hinweise über Missstände im Tierschutz sind planbar und werden daher auch in Zukunft hier, im viehreichsten Bezirk Hamburgs, für einen erheblichen und kaum steuerbaren, gleichwohl zeitnah zu erledigenden Arbeitsaufwand sorgen.

Tierseuchenbekämpfung

2010 gab es glücklicherweise keine Neuausbrüche von Tierseuchen. Die weitgehende Tilgung der Blauzungenkrankheit konnte durch die 2008 und 2009 bestandene Impfpflicht erreicht werden und auch die Lage bei der Aviären Influenza erwies sich als weitgehend entspannt. 2010 konnte mit den Bekämpfungsmaßnahmen gegen die Bovine Virus Diarrhöe begonnen werden.

Es ist zu erwarten, dass immer wieder spontan auftretende Tierseuchen durch konkrete Maßnahmen mit einem erheblichen Personaleinsatz bekämpft werden müssen. Das in diesem Zusammenhang zu bewältigende Thema Tierseuchen-Krisenmanagement (überbezirklich) konnte 2010 noch nicht abgeschlossen werden. Hauptziel dieses Projektes ist es, Hamburg im Allgemeinen und den Bezirk Bergedorf als viehreichster Bezirk auf einen Ernstfall organisatorisch und personell angemessen aufzustellen.

Auf Grundlage der EU-VO 882/2004 wurde in 2010 der Aufbau eines Qualitätsmanagement-Systems für den Bereich Veterinärwesen weitergeführt. Erste zwischenzeitlich fertiggestellte Elemente sollen im Jahr 2011 zur Anwendung eingeführt werden.



Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung

Der gesundheitliche Verbraucherschutz beginnt bei der Gewinnung von gesundheitlich unbedenklichen Lebensmitteln in der landwirtschaftlichen Urproduktion und umfasst in der Folge alle Stufen der Lebensmittelverarbeitung und des Lebensmittelhandels bis hin zum Verbraucher. Im Jahr 2010 konnte die Risikobewertung einiger Erzeugerbetriebe in Angriff genommen und abgeschlossen werden.

Tierschutz

Ein facettenreiches Aufgabengebiet ist die Überwachung der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorgaben. Bestimmte Einrichtungen wie etwa Tiertransportunternehmen, Wanderzirkusse, Pensionstierhaltungen, Tieraussstellungen aber auch landwirtschaftliche Nutztierhaltungen sind regelmäßig zu kontrollieren. Festzuhalten ist, dass es in der Bevölkerung ein ungebrochenes Tierschutzbewusstsein und entsprechende Erwartungshaltungen an die Arbeit des Amtes gibt. Oft können diese Erwartungen durch fehlende Rechtsgrundlagen jedoch nicht erfüllt werden.

Kennzahlen

	2009	2010
Tierseuchenrecht Anlassbezogene Bestandskontrollen	15	18
Tierseuchenrecht Ausgestellte Atteste im Amt	171	137
Tierseuchenrecht Ausgestellte Atteste vor Ort	25	9
Tierseuchenrecht -Betriebskontrollen (z. B. Viehhändler, Betriebe gem. VO 1774/2002, Zolllager)	3	3
Tierseuchenrecht -Erfassung Tier- und Warenbewegungen für TRACES	420	1286
Tierschutz-/Tierseuchenrecht Überwachungen landwirtschaftlicher Nutztierhaltungen (Rinder, Schweine, Schafe/Ziegen, Pferde, Geflügel)	23	29
Tierschutzrecht -Kontrollen Tiertransporte	5	8



Tierschutzrecht -Kontrollen erlaubnispflichtige Betriebe einschl. Tierbörsen, Zirkusse	39	36
Tierschutzrecht -anlassbezogene Kontrollen	93	97
Tierschutzrecht -Erteilung von Erlaubnissen nach § 11 Tierschutzgesetz und Genehmigungen gem. Tierschutzrechtsverordnungen	5	7
Ahndung von Verstößen -Anzahl Bußgeldbescheide, Verwarnungen	0	2
Ahndung von Verstößen -eingestellte Verfahren	6	1
Anzahl von Berichten, Stellungnahmen, Gutachten, schriftliche Abmahnungen, schriftliche Anordnungen	95	98
	10	8

4.3.3 Technischer Umweltschutz

Aufgabe und Entwicklung 2010

Aufgabe der Abteilung ist es, schädliche Einwirkungen auf die Umwelt zu unterbinden bzw. ihrer Entstehung vorzubeugen. Im Hinblick darauf liegen die Schwerpunkte der Tätigkeiten in den Bereichen

- Überwachung der Badegewässer, technischer Bäder und des Trinkwassers insbesondere bei Eigenversorgungsanlagen und Hausinstallationen mit einer Abgabe an die Öffentlichkeit, Schutz des Bodens vor schädlichen Einflüssen,
- Schutz der Bevölkerung vor Lärm-, Geruchs- und Lichtbelästigungen, sowie Luftverunreinigungen und Erschütterungen (Immissionsschutz),
- Erhaltung des Wohnungsbestandes in einem gesundheitlich einwandfreien und bewohnbaren Zustand sowie Sicherstellung der Funktionsfähigkeit haustechnischer Anlagen,
- Beratung vorwiegend privater Haushalte, aber auch Schulen, Kindergärten, Vereine usw. zu Themen des Umweltschutzes sowie Ressourceneinsparung, umweltverträgliches Bauen und Renovieren, nachhaltiger Konsum und vieles mehr.

Im Zusammenhang mit den immissionsschutzrechtlichen Aufgabenstellungen befasst sich die Abteilung nicht nur mit der Bearbeitung von Beschwerden, sondern wird auch im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren im Sinne eines präventiven Umweltschutzes tätig. Diese Tätigkeit hat in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen. Dies ist auch auf die räumlich engere und daher effizientere Verbindung zwischen dem Bau- und Planungsbereich des Dezernates mit der Abteilung für technischen Umweltschutz zurückzuführen.



Die Umweltberatungsstelle war in 2010 Gegenstand von Überlegungen zur Konsolidierung. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es sich nicht um eine gesetzlich geforderte Pflichtaufgabe handelt entschied der Senat:

„Um diese wichtige Aufgabe auch mit Blick auf knappe Ressourcen sicher zu verstetigen ist zu prüfen, wie die Organisation der Umweltberatung weiterentwickelt werden kann. Dies erfasst die Intensivierung der Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Organisationen ebenso wie die Überprüfung der Aufgabenwahrnehmung auf staatlicher Seite - bis hin zur Gründung möglicherweise einer eigenständigen Organisation in privatrechtlicher Form. Ziel ist eine umfassende und flexible Beratung für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stellen.“

Das in diesem Zusammenhang vorgegebenen Einsparziel in Höhe von 350 tsd. € lässt aber letztlich keine andere Möglichkeit als die Auflösung der bezirklichen Umweltberatungsstellen zum 31.12.2012 zu.

Die Badegewässer waren in 2010 kaum auffällig; weder die Sichttiefe noch bakteriologische Belastungen führten zu Schließungen.

Im Laufe des Jahres 2010 wurde schließlich der lang in Aussicht gestellte letzte Versuch einer Sanierung des Eichbaumsees ausgeführt. Die Bergedorfer werden sich aber wohl auch noch in 2011 mit einer weiteren Schließung abfinden müssen, da die Wirkung des eingetragenen Fällungsmittels zunächst abzuwarten und zu untersuchen ist.

Die Verteilung innerhalb der Wohnungspflegefälle verhält sich ähnlich wie in den Vorjahren: von den insgesamt 126 Fällen entfielen 27 auf vermüllte Wohnungen. In den restlichen 86 Fällen war Hinweisen auf bauliche bzw. technische Mängel nachzugehen, die eine Gefahr für die Bewohner darstellten oder die Benutzbarkeit der Wohnung erheblich beeinträchtigten. Durch das schnelle Eingreifen der Abteilung Technischer Umweltschutz auf Grundlage des Wohnungspflegegesetzes konnten in den allermeisten Fällen relativ schnell geordnete Verhältnisse geschaffen werden.

Innerhalb dieses Abschnittes werden derzeit noch darüber hinaus Aufgaben nach der Prüfverordnung wahrgenommen. Ziel ist es, die Funktionsfähigkeit von Brandschutz-, Lüftungs und CO-Warnanlagen in größeren, öffentlich zugänglichen Gebäuden sicherzustellen. Dies geschieht durch eine Terminüberwachung zur Ausführung entsprechender technischer Prüfungen dieser Anlagen durch einen vom Betreiber zu beauftragenden Sachverständigen und einer Vorlage der Ergebnisse. Beim Ausbleiben der technischen Prüfungen werden diese von der Dienststelle beim Betreiber mit Fristsetzung eingefordert. Ebenso fordert die Dienststelle ggf. die Instandsetzung festgestellter Mängel und wacht über die Ausführung der notwendigen Arbeiten. Auch diese Aufgaben soll lt. Beschlusslage des Senates im Rahmen der Konsolidierung eingespart und zukünftig durch private Organisationen (z.B. TÜV oder DEKRA) vollständig übernommen werden.

Kennzahlen

	2008	2009	2010
Anzahl der Überwachungsvorgänge	255	337	284
Anzahl der Stellungnahmen	301	313	337
Anzahl der Anträge n. LärmVO od. BimSchG	3	3	1
Anzahl der Beratungen	625	623	537
Anzahl der Beratungen pro 1.000 Einwohner	5,3	5,2	4,5



Anzahl der Veröffentlichungen (Presseartikel, Faltsblätter und Broschüren)	9	6	5
Anzahl der Informationsveranstaltungen	4	2	3
Bericht über bakt. Wasserqualität in öffentlichen + gewerblichen Schwimmbädern	159	166	156
Überprüfung von Hofstellen gemäß Düngemittelanwendungsverordnung	5	5	6
Beprobung von Hausinstallationen in Einrichtungen, die Trinkwasser für die Öffentlichkeit abgeben	17	11	10
Vorgänge Haustechnik	207	204	190
Vorgänge Wohnungspflege	123	119	126

4.4 Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ)

Leitung: Frau Kathrin Sprick, Tel. 42891-4300

	2008	2009	2010
Beschäftigungsvolumen	35,30	35,16	37,09

Aufgabe und Entwicklung 2010

Im Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt sind die Genehmigungsaufgaben des Dezernates an einer Stelle gebündelt. Damit ist das WBZ der erste Ansprechpartner vor Ort für alle Aufgaben im Zusammenhang mit Bauvorhaben, Sondernutzungen einschließlich Aufgrabungen öffentlicher Wege alle Gewerbean-/um und abmeldungen einschließlich der Registerauskünfte sowie für alle Genehmigungen im Bereich des Naturschutzes und des Wasserrechtes. Neben diesen für Bauwillige, Unternehmen und Gewerbetreibende wichtigen Genehmigungsaufgaben werden unter dem Dach des WBZ auch alle Aufgaben und Servicefunktionen zur Förderung der örtlichen Wirtschaft wahrgenommen.

Seit Aufbau und Umsetzung des WBZ vor fast vier Jahren steigen die Zahlen der persönlich aufsuchenden Kunden kontinuierlich an. Im letzten Jahr sind allein im Servicebereich des WBZ knapp 13.000 Kunden empfangen worden. Davon hat die weit überwiegende Anzahl ihr Anliegen ohne lange Wartezeit sofort und abschließend erledigen können. In der täglichen Arbeit bewirkt die organisatorische Zusammenführung der verschiedenen Fachbereiche im WBZ einen frühzeitigen fachlichen Austausch sowie eine Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses für die verschiedenen fachlichen Belange. Die fachübergreifende stärkere Vernetzung trägt dazu bei, dass die Entscheidungswege kürzer sind und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeinsam nach Lösungen suchen.

Um die Wirkung der in 2010 geleisteten Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des WBZ zu veranschaulichen, werden wie im Jahr zuvor die konkreten Arbeitsfelder entlang der Markenkernbestandteile „Bergedorf die schöne Stadt im Garten Hamburgs - Stadt der kurzen Wege für Kinder und Familien – dynamischer Standort für Industrie mit Köpfchen“ dargestellt.



4.4.1 Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing

Aufgabe und Entwicklung 2010

Die Wirtschaftsförderung verfolgte 2010 in verschiedenen Arbeitsbereichen Aktivitäten zur Steigerung der Attraktivität des Standortes Bergedorf. Dabei war sie mit unterschiedlichen Aufgaben betraut, die dem Markenkern der Marke Bergedorf dienten. Neben den übergeordneten Arbeiten als „Markenbotschafter“ gegenüber weiteren Akteuren (z. B. Bergedorfer Musiktage, Kampagne „Unser Bergedorf“, BIDs), als „Marktforscher“ (begonnenes Kooperationsprojekt zur Erforschung der Marke Bergedorf gemeinsam mit der HAW, Gewerbeflächenkonzept mit der HCU) und als „Marketing-Planer“ (Jahresplanung der markendienlichen Veranstaltungen und Abstimmung mit der Lenkungsgruppe Stadtmarketing) wurden zahlreiche Aktivitäten zur markendienlichen Kommunikation vorgenommen, die sich wie folgt tabellarisch zusammenfassen lassen:

Kommunikations-anlass	Kommunikative Begleitung	Schöne Stadt	Garten HHs	Dynamik / Kurze Wege	Industrie mit Köpfcchen
Bergedorfer Hafenmeile	809 zusätzliche Plakate (in Hamburg und in der gesamten Metropolregion), PR (Berichte u. a. in Abendblatt, NDR und Bild), Web, Anzeige in „Auf nach Hamburg“.	x			
Bergedorfer Hafen als Ausflugsziel für Sportboote	Bewerbung des Hafens im Segelfachmagazin „Sejlerens: Marina Guide“	x			
Bergedorfer Weihnachtsmarkt	460 zusätzliche hamburgweite Plakate, PR, Web	x			
Adventsmarkt und Spiegelsaalkonzert	100 A1-Plakate und 5000 Flyer	x			
Bewerbung des Theaterprogramms Haus im Park	Verteilung von bezirkswweit 30.000 Programmheften, sowie fortlaufend gezielte Verteilung.	x			
Gruppenführungen auf Sternwarte	2500 Flyer (verteilt u. a. auf der REISEN Messe), Bewerbung auf bergedorf.de.	x			
Bewerbung der Bergedorfer Musiktage	Hamburgweite Plakatierung über vier Wochen, Verschickung von 5.000 Flyern; Anzeige in „Auf nach Hamburg“.	x			
Messe Reisen Hamburg	Messestand in Kooperation mit Bergedorf-Tourismus inkl. Erstellung von Flyermaterial („die besten Bergedorf-Wochenenden“)	x	x		
Tourismus-Standort	Auslegen der Auf nach Bergedorf-Broschüre in der Tourismus-Information am Hauptbahnhof.	x	x		



„Wochenmarkt der Zukunft“: Aktionstage	<u>Aprilaktion:</u> 50.000 Flyer, 200 Plakate, 2 Banner, 2 Anzeigen, 2 Videobeiträge, Pressemitteilungen, 10.000 Gutscheine <u>Juniaktion:</u> 45.000 Flyer, 100 Plakate, 1 Banner, 2 Anzeigen, Pressemitteilungen <u>Juliaktion:</u> 30.000 Flyer, 100 Plakate, 1 Banner, 2 Anzeigen, Pressemitteilungen <u>Septemberaktion:</u> 25.000 Flyer, 100 Plakate, 1 Banner, 2 Anzeigen, Pressemitteilungen	x	x		
„Wochenmarkt der Zukunft“: Allgemeine Bewerbung	Buswerbung (3 unterschiedlich designte Busse), 2 Beachflags, Internetseite, Produktion von Give aways (10.000 Einkaufsblöcke, 5.000 Kalender).	x	x		
Radtourismus in den Vier- und Marschlanden	Entwicklung und Verteilung eines Radtourenflyers gemeinsam mit Arbeitskreis Bergedorf-Tourismus und MR.		x		
Life Science Day / Life Science Börse	100 Plakate, 1000 Flyer			x	x
Investorentag	Breite Pressearbeit mit Berichten u. a. bei NDR 90,3.			x	x
Laser-Zentrum	Grundsteinlegung mit diversen Berichten in der Presse			x	x
Bewerbung Schleusengärten	Präsentation, Webseite, Faltblatt, Gespräche auf Gewerbeimmobilien-Messen wie ExpoReal und Real Estate North			x	x
Schleusengärten- Galerie	Bewerbung durch die Agentur: 3000 Flyer, Plakate, eigene Internet-Seite, Facebook-Profil, PR (Berichte u. a. in Welt, Abendblatt, Immobilienzeitung, Bild)			x	x
Beachclub	Hinweisschild am Curslacke Neuen Deich, PR, Bergedorf.de	x		x	

Darüber hinaus lassen sich neben weiteren übergeordneten Tätigkeiten wie der liegenschaftlichen Immobilienkoordination, dem Pressesprecheramt, der Verwaltung der Bezirksamtsbühne und der Gestaltung von rein bezirklichen Kommunikationsinstrumenten die Tätigkeiten wie folgt entlang der Marke ordnen:



Schöne Stadt

Eine wichtige Aufgabe des Stadtmarketings besteht darin, die Aktivitäten des Business Improvement Districts „Sachsentor – vom Mohnhof bis zum Serrahn“ zu begleiten. Neben einer Teilnahme an den Sitzungen und der damit verbundenen Aufsicht über die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel besteht die Unterstützung auch in praktischer Zusammenarbeit. Sei es im Bereich der Marktforschung (Vermittlung und Briefing einer Diplomarbeit) oder die Unterstützung im Bereich PR (Unterstützung der Stadttaler-Aktivitäten).

Ferner wurde 2010 eine große Dachmarkenkampagne zur Bewerbung des Einkaufsstandorts Bergedorf unter dem Titel „Shopping Vielfalt Bergedorf“ inhaltlich gesteuert.

Weiterhin wurden 2010 zwei Werkstätten Marke Bergedorf durchgeführt, auf denen wesentliche Akteure sich mit der Entwicklung der Marke Bergedorf beschäftigen. Für die Vorbereitung der Feierlichkeiten zur 850-Jahrfeier Bergedorfs wurde die Abteilung zudem als zentrale Schnittstelle zwischen dem Bezirksamt Bergedorf und ehrenamtlichen Akteuren ausgewählt.

Das ESF-geförderte Projekt zur Förderung von Nahversorgungszentren in Bergedorf startete im Oktober 2010. Es soll die Einzelhändler in den Nahversorgungszentren Neuallermöhes und in der Alten Holstenstraße unterstützen. Eine erste Marketingaktion des Projekts war die Beteiligung am Shopping-Run Lohbrügge.

Schließlich wurden 2010 die Planungen zum Bau und Betrieb eines Besucherzentrums auf der Sternwarte durch die Abteilung betreut. Zudem wurde die Entwicklung eines beschilderten Rundgangs über die Sternwarte hinsichtlich der Gestaltung der entsprechenden Info-Tafeln durch die Abteilung unterstützt.

Garten Hamburgs

Die Wirtschaftsförderung führte auch im Jahr 2010 in enger Zusammenarbeit mit dem Fachamt für Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt das EU-Modellprojekt „Wochenmarkt der Zukunft“ durch. Mit Hilfe einer Werbekampagne wird speziell auf die Stärken der Wochenmärkte und der in der Region erzeugten Produkte hingewiesen.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Werbekampagne sind Marketingaktionen, welche direkt auf den bezirklichen Wochenmärkten (Bergedorf/Lohbrügge/Bergedorf-West/Neuallermöhe) stattfinden (siehe Tabelle oben). Auf den Veranstaltungen selbst und in der Bewerbung dieser Aktionen stehen regionale Produkte sowie die Marktzeiten, -tage und -standorte der Wochenmärkte als zu vermittelnde Botschaften im Vordergrund. Für diese Aktionen und weitere Maßnahmen wurden neben der Kooperationen mit ortsansässigen Gastronomen (Beispiel: Kochshows auf dem Markt), auch Kooperationen mit den Einzelhändlern (z. B. Tee-Verkostung) und den Wochenmarktbeschickern (Beispiel: verkaufsoffene Sonntage) eingegangen. Zusätzlich wurden weitere Akteure hinzugezogen, die mit eigenen Aktionen und Verteilaktionen auf dem Wochenmarkt aktiv waren (im Einzelnen waren dies: Blumengroßmarkt Hamburg, die Erzeugergemeinschaft Hamburg und der Hamburger Großmarkt). Neben den Aktionstagen wurden zahlreiche Werbemaßnahmen das ganze Jahr über durchgeführt wie z. B. Buswerbung oder die Verteilung von Einkaufsblöcken und Jahres-Kalendern mit Hinweisen auf das saisonale Angebot an regionalen Produkten. Da die Bergedorfer Wochenmärkte einen wichtigen Beitrag zum Stadtbild und somit auch zur Attraktivität des jeweiligen Stadtteils beitragen, ist im Speziellen in Lohbrügge eine Kooperation zwischen dem Business Improvement District (BID) Lohbrügge, den Akteuren der Lokalen Wirtschaft, dem stationären Einzelhandel Lohbrügge und den Marktbeschickern des Lohbrügger Wochenmarktes entstanden. Mit gemeinsamen Aktionen wie zum Beispiel der erfolgreichen Aktion ‚Shopping Run‘ soll der Stadtteil an Attraktivität gewinnen.



Im Bereich der Unterstützung des Tourismus im Bezirk wurde der bereits 2008 angeschaffte Messestand nochmals erweitert. Dieser Messestand wurde in Promotionaktionen 2010 insgesamt siebenmal eingesetzt (Wochenmarkt, REISEN Messe, ADFC Messe, Wilhelmsburger Radwochen, Semester-Eröffnung HAW, Bautage, Wochenmarkt). Ferner wurden die konkreten, buchbaren Angebote „Vierlandenrundfahrt“ der Bergedorfer Schifffahrtslinie und „vom Brot zum Korn“ des Bio-Hofs Eggers auf Bestreben der Abteilung in die Bewerbung des Green Capital Jahres integriert.

Darüber hinaus engagierte sich die Abteilung auch mit Blick auf die Einrichtung eines Naturerlebnisparks in der Region Zollenspieker, die nun den Namen „Elblandchaft Zollenspieker“ trägt.

Schließlich war die Abteilung als Vertretung des Bezirks an der Entwicklung eines Antrages bei der Metropolregion beteiligt, welcher Personalmittel für die Präsentation der Vier- und Marschlande auf der internationalen Gartenschau einwerben soll. Zudem wurde ein ELER-Antrag zur Einwerbung ergänzender Sachmittel in einem ersten Entwurf erstellt und planerische Vorbereitungen der IGS 2013 gemeinsam mit der Abteilung Landschaftsplanung vorgenommen.

Dynamik und kurze Wege

2010 wurde das Parkleitsystem und die hohe vorhandene Parkplatzdichte im Rahmen der Kampagne Shopping-Vielfalt Bergedorf und auf www.bergedorf.de beworben. Auch 2010 wurde die Webseite www.bergedorf.de zusammen mit einem Trägerbeirat gepflegt, so dass man dort auf kurzem Weg die vielen Angebote Bergedorfs findet.

Die Vernetzung der Wirtschaft war weiterhin ein wichtiger Aufgabenbereich der Wirtschaftsförderung. Neben der Kontaktpflege zu Wirtschaftsverbänden (z.B. WSB) und einzelnen Unternehmen wurden wieder branchenbezogene Veranstaltungen organisiert. Neben der Ehrung der Landessieger im Handwerk zu Jahresbeginn waren dies die folgenden Veranstaltungen:

- Drei Netzwerktreffen des Logistik-Netzwerks Bergedorf. Schwerpunktthemen waren die Nahverkehrsanbindung, Kindertagesbetreuung im Gewerbegebiet Allermöhe sowie Personalqualifizierung.
- Zwei Netzwerktreffen des „Initiativkreises Maschinenbau und Technik in der Region Bergedorf“. Schwerpunktthemen waren die Lasertechnik sowie die Gewinnung von Fachkräften.
- Im Oktober der Life Sciences Day mit der Life Sciences Börse; Schwerpunktthema war die Gesundheitswirtschaft.

Zur Sicherstellung der Dynamik in Zukunft beteiligte sich die Wirtschaftsförderung an der Gewerbeflächenentwicklung und Gewerbeflächenvermarktung im Bezirk. Ein Schwerpunkt lag auf der Entwicklung und Vermarktung des Schleusengärten-Areals zu einem neuen Stadtquartier für Arbeiten, Wohnen und Freizeit. Dort wurden im Jahr der IBA-Zwischenpräsentation erste Nutzungen etabliert und entsprechend kommuniziert. Dazu gehörten neben dem Baubeginn des Laserzentrums verschiedene Einrichtungen im Bereich Freizeit und Kultur (Beachclub, zwei Bootsanleger, eine künstlerische Inszenierung). Zudem wurde gemeinsam mit der Stadtplanung ein Masterplan für die Nutzung und Gestaltung der Flächen entwickelt. Verhandlungen mit potenziellen Investoren und Projektentwicklern wurden getätigt.

Ferner wurde gemeinsam mit der Stadtplanung die Entwicklung anderer Gewerbeflächen vorbereitet. Einen Schwerpunkt bildete hierbei das „Green-Logistics“-Projekt „Südlich Brookdeich“, für das unter anderem ein Expertenworkshop mit Immobilienwirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung durchgeführt wurde.



Industrie mit Köpfchen

Die Förderberatung von Existenzgründern und von klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) gehörte ebenfalls zu den Tätigkeiten der Abteilung im 2010. Ferner wurden die Wirtschaftssenioren durch Pressearbeit und Vermittlung bei ihrem Bemühen unterstützt, Existenzgründer und KMU im Bezirk vor Ort kostenlos und niedrigschwellig zu beraten.

Die Ansiedlung von Unternehmen gehört zu den Aufgaben der Abteilung. 2010 konnte die Abteilung eine Reihe von Unternehmen für das Areal Schleusengärten interessieren und führte mit einzelnen Firmen Verhandlungen über eine Ansiedlung, teilweise gemeinsam mit der HWF. Für eine Firma wurde letztlich ein Grundstück disponiert. Die laufende Ansiedlung des Laserzentrums wurde begleitet. Auch für andere Standorte im Bezirk konnten Firmen interessiert und teilweise angesiedelt werden.

Das Bezirksamt ist außerdem in der Dispositionsrunde der Finanzbehörde vertreten und nimmt hier die Interessen des Bezirks wahr. In dieser Runde werden Vorentscheidungen über die Vergabe von Gewerbegrundstücken getroffen.

Im Jahr 2010 wurden folgende Dispositionen beschlossen:

Tätigkeitsfeld	Belegenheit	Größe in m ²
Naturkost Im- Export	Havighorster Weg	1.000
Heizungs- und Lüftungsbau, Sanitärleistungen, Solar- und Wärmetechnik	Rungedamm/Billwerder Ring	1.199
Pannenservice für LKW	Dwengerkamp	1.000
Großhandel für Arbeitsschutzartikel, Berufskleidung, Industrietechnik und Hygienepapier	Curslacke Neuer Deich	3.270

Das 4.172 m² große Flurstück 4842 der Gemarkung Bergedorf, belegen Sander Damm, wurde aus der Wirtschaftsförderung zur Vergabe im Rahmen eines Gebotsverfahrens entlassen.

Für weitere Dispositionen stehen im Bezirk Bergedorf z. Zt. insgesamt noch 26,8 ha (Stand 01.02.2011) Gewerbeflächen zur Verfügung.

4.4.2 Bauprüfung

Aufgabe und Entwicklung in 2010

Die Aufgaben der Bauprüfung bei der Errichtung, Änderung und dem Abbruch baulicher Anlagen lassen sich wie folgt einteilen:

- Sicherstellung der geordneten baulichen Entwicklung unter Berücksichtigung der Interessen wachsender Unternehmen und expandierenden Wohnungsbaus,
- Projektförderung im Rahmen des Verfahrensmanagement,
- Entwicklung von Gestaltungsmaßstäben und beratende Umsetzung auf Bauvorhaben,
- Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verhinderung von unzumutbaren Belästigungen.



Schöne Stadt

Die Gestaltungsberatung wird weiterhin gut angenommen. Im ländlichen Raum wird darauf geachtet, dass die Kleinteilig- und Maßstäblichkeit erhalten bleibt. Im Villengebiet liegt der Focus im Bereich der Details und Materialien, damit die Hochwertigkeit der Gebäude weiter sichtbar bleibt. Dieses ist oftmals ein längerer gemeinsamer Prozess, der aber von den Bauherren, wenn das Ergebnis erarbeitet ist, gut angenommen wird. Im Kernbereich von Bergedorf dagegen geht es hauptsächlich um anspruchsvoll- und niveauevoll gestaltete Werbeanlagen und Eingangsfassaden.

Im Bestandswohnungsbau wurden weiterhin, hauptsächlich im Mehrfamilienhausbau, Fassaden energetisch und gestalterisch ansprechend gedämmt. Allerdings kommen Ziegelfassaden immer weniger zur Ausführung.

Garten Hamburgs

Die Zahl der Vorbescheide im Landgebiet, die vorrangig der Klärung von planungsrechtlichen Abgrenzungsfragen zwischen Außen- und Innenbereich dienen, ist mit 68 Vorbescheiden (im Vorjahr 92) zwar gesunken, aber immer noch hoch. Die vielen Vorbescheide machen es möglich, frühzeitige Klärung herbeizuführen und so den Innenbereich sinnvoll zu verdichten und das Außengebiet vor Zersiedlung zu schützen. Die Vorbescheide haben hauptsächlich Wohnbauvorhaben zum Inhalt; das Wohnen im grünen Landgebiet bleibt weiter attraktiv. So liegt die Zahl der genehmigten Wohnungen im Landgebiet in 2010 bei 104 Wohnungen (Vorjahr 106 Wohnungen).

Zum Erhalt des Landgebietes und dessen Attraktivität tragen die Landwirtschafts- und Gartenbaubetriebe bei. 2010 konnten 5 größere privilegierte Baumaßnahmen genehmigt werden (Mehrzweckhalle am Vorderdeich 51, großes Gewächshaus am Wrauster Bogen 60, Mutterkuhstall am Gammer Weg 295, Mehrzweckhalle am Gauerter Hauptdeich 5, Schweinestall am Ochsenwerder Norderdeich 104).

An neuen Ausflugszielen sind der Beachclub am Schleusengraben und der große Ausstellungsraum mit Cafe an der Sternwarte dazugekommen.

Kurze Wege

Nachdem 2009 die Hauptgenehmigungen für das alte wie das neue CCB und den Neuen Mohnhof erteilt werden konnten, folgten 2010 die Ausbaugenehmigungen für die Läden und Arztpraxen. So wurden in der CCB-Erweiterung 28 Läden und ein Dienstleister (HASPA) mit einer Verkaufsnutzfläche von 6.668 qm und 4 Gastronomiebetriebe mit 387 qm Gastraumfläche und 262 Sitzplätzen genehmigt. Dazu kommen neu gestaltete Flächen für 5 Läden mit 3.851 qm Verkaufsfläche und einer Orthopädiepraxis im alten CCB. Im Neuen Mohnhof konnten der Biosupermarkt und 6 Praxen (Hebammen-, Ergotherapie-, Hautarzt-, Orthopädie- und Allgemeinmedizin-, Gynäkologie-, HNO-Praxis) genehmigt werden. Aber nicht nur hier sind Wege für Kunden kürzer geworden und Gebiete wie Bergedorf-Süd werden besser versorgt werden. Auch an anderer Stelle wurden Genehmigungen für den Umbau und die Modernisierung von Einkaufszentren (Einkaufszentrum Binnenfeldredder und Marktkauf), für die Wiederbelegung von Läden (Penny-Markt und DM an der Alten Holstenstraße) und für die Neuerrichtung (Aldi-Markt am Neuen Weg) erteilt.

Auch dieses Jahr konnten innenstadtnahe Flächen durch Genehmigungen der Bebauung zugeführt werden. Auf dem Gelände des Güterbahnhofes, wurden 2010 nochmals 75 Eigentumswohnungen mit 60 Tiefgaragenstellplätzen genehmigt. Durch Abbruch alter Bausubstanz und Neubau werden mehr Wohneinheiten entstehen (Holtenklinker Straße 34-36, Klapperhof 12, Leuschnerstraße 62). In Allermöhe-West entsteht ein weiterer Abschnitt der Allermöhe Stadtkante mit 39 Wohneinheiten Am Boberger Anger wurden die letzten Genehmigungen für 8 Einfamilienhäuser und ein Doppelhaus erteilt. Neben BMW an der Bergedorfer Straße sollen 96 Wohnungen entstehen.

Die Neustrukturierung des Unfallkrankenhauses Boberg ging auch 2010 weiter. Es wurde modernisiert, umgebaut, zusammengelegt und damit die Versorgung weiter ausgebaut.



Stadt für Kinder und Familien

Auch im Jahr 2010 wurden Erweiterungen (Bergedorfer Schloßstraße 3, Edith-Stein-Platz 2) und Neuerrichtungen (Neuer Mohnhof, Brookkehre 12, August-Bebel-Straße 200, Billwerder Billdeich 607, Curslacker Heerweg 263, Kirchheerweg 103) von Kindertagesstätten genehmigt. Mit 2 Erweiterungen und 6 Neuerrichtungen wurde die Zahl von 2009 (5 Erweiterungen, eine Neuerrichtung) sogar noch übertroffen. Weiterhin entstand ein Jugendheim an der Rothenhauschaussee 100 und am Harders Kamp 1 wird ein Wohn- und Hilfezentrum entstehen.

Für die älteren Bergedorfer wird das ehemalige Sozialamt zur Villa mit 15 barrierefreien, altengerechten, betreuten Wohnungen umgebaut.

Dynamik entfalten

Auf den bereits bebauten Gewerbegrundstücken werden weiterhin Erweiterungen, Umbauten und Aufstockungen vorgenommen, um die Betriebe an veränderte Betriebsnotwendigkeiten anzupassen. Es konnten Genehmigungen für Neuansiedlungen für Handel mit Tankstellenequipment, ein Dialysezentrum (Gewerbegebiet Brookkehre), eine KFZ-Werkstatt (Gewerbegebiet Lohbrügge), einen Fliesen- und Sanitärgrößhandel (Gewerbegebiet Allermöhe) und nicht zu vergessen für das Laserzentrum (Gewerbegebiet Curslacker Neuer Deich) erteilt werden. Erweiterungen konnten für Fahrrad-Marcks, die Herbert Mühle GmbH (Gewerbegebiet Curslacker Neuer Deich) und den Abschleppservice Schröder (Gewerbegebiet Allermöhe) und einen KFZ-Betrieb (Gewerbegebiet Kurt-A.-Körper-Chaussee) erteilt werden. Damit bleibt Bergedorf weiter ein attraktiver Gewerbestandort.

Der weiteren Attraktivitätssteigerung des Sachsentors kam die Genehmigung für die Wiederaufnahme der Gaststättennutzung am Wiebekingweg 2a entgegen.

Kennzahlen

		2007	2008	2009	2010
Wohnbauvorhaben		291	378	323	321
Anzahl genehmigter Wohnungen		222	492	307	455
Gewerbliche Bauvorhaben		259	216	235	316
Sonstige bauaufsichtliche Verfahren		1135*	1181*	1034*	1064*
Anzahl der Owi-Verfahren		1	1	1	7
Einnahmen in €	Soll	612.867	722.091	1.007.827	649.093,37
	Ist	1.077.162	542.055	1.142.130	630.750,22

*Summe aller bauaufsichtlichen Verfahren abzüglich Wohn- und gewerbliche Bauvorhaben

4.4.3 Kunden-Service und Verwaltung

Aufgabe und Entwicklung 2010

Kundenservice:

Der Kundenservice als erste Anlaufstelle für jeden Besucher hat sich inzwischen etabliert und wird von allen Kunden gut angenommen. Die immer enger werdende Zusammenarbeit mit den anderen Abteilungen des WBZ sowie den Fachämtern VS und SL wirkt sich positiv auf Arbeitsabläufe und –qualität aus. Die „neu entdeckte Nähe“ zur Wirtschaftsförderung hat insbesondere in den Bereichen Sondernutzung und Gewerbeangelegenheiten positive Effekte. Beispielhaft sei hier die Organisation eines Infostandes an der HAW für die neuen Studiensemester sowie die regelmäßige Pflege des Gaststättenverzeichnisses auf der



Internetseite www.bergedorf.de durch den Kundenservice genannt. Die Teilnahme des Bezirksamtes an der Wilhelmsburger Fahrradmesse wurde ebenfalls durch den Kundenservice organisiert.

Durch die dauerhafte Besetzung des Info-Tresens konnten die Öffnungszeiten für diesen Bereich dauerhaft um 6 Stunden erhöht werden. Die telefonische Erreichbarkeit des Kundenservice wurde erheblich verbessert. Das für 2010 angestrebte Ziel (Erreichbarkeit 60%) wurde mit durchschnittlich 63% sogar überschritten.

Die Anzahl der persönlichen Vorsprachen hat sich in 2010 erneut erhöht, obwohl die langfristigen Sondernutzungen aus dem Kundenservice in den Verwaltungsabschnitt verlagert wurden. Ein Grund für diesen Anstieg ist die gestiegene Anzahl von Gewerbemeldungen um fast 400 Fälle (mehr als 1000 Vorsprachen) im Vergleich zum Vorjahr.

Auch das Angebot, Liegenschaftsauskünfte dezentral in den Bezirken anzubieten, wird in Bergedorf zunehmend angenommen „gebührenpflichtige Bauberatung“. Die Aktivitäten des Kundenservice werden monatlich gemessen und ausgewertet.

Kennzahlen

Kundenservice	2008	2009	2010
Anzahl der persönlichen Vorsprachen gesamt	11.958	12.217	12.817
davon			
Gewerbeangelegenheiten (ohne Auskünfte)	2.875	2.926	3.955
Akteneinsicht / -ausleihe	374	456	476
Sondernutzungen, Wege und Grünanlagen*	1.153	1.165	1.626
Aufgrabebescheine	1.641	1.795	1.540
Hunde anmelden	113	222	421
Verlängerung der Fischereierlaubnis	916	607	340
Verkauf von Auszügen aus dem Liegenschaftskataster (seit 01.08.2009)		38	133
Sonstige Anliegen	3.072	3.386	3.572
Terminvergaben für das Back-Office	1.814	1.622	754
Telefonkunden	18.329	7.158	9.181
Durchschnittliche Wartezeit	3,2 Min	1,7 Min	1,6 Min
Durchschnittliche Bearbeitungszeit (ab 2010 erhoben)			8,5 Min

*Anzahl der Gesamtfälle



Verwaltung:

Der Verwaltungsabschnitt sorgt für eine reibungslose interne Abwicklung von Verwaltungsvorgängen und fungiert damit als interner Dienstleister für alle Bereiche des WBZ.

Neben internen Aufgaben werden hier verschiedene Fachaufgaben wahrgenommen, wie die Überprüfung von Tankanlagen, Schornsteinfegerangelegenheiten, oder die Prüfung von Zweckentfremdung von Wohnraum. Seit 01.01.2010 wurde die Bearbeitung von langfristigen Sondernutzungen aus dem Kundenservice in den Verwaltungsabschnitt verlagert.

Auch im Verwaltungsabschnitt sorgt die unmittelbare fachliche und räumliche Nähe zu den anderen Dienststellen des WBZ für einen reibungslosen Bearbeitungsfluss und schnellere Entscheidungen.

Die Einführung eines digitalen Friedhofsprogramms im Jahre 2010 soll den Service für Bestatter und Privatkunden langfristig verbessern.

2010 war ein Großteil der Arbeit im Verwaltungsabschnitt geprägt durch die Mitwirkung an hamburgweiten Projekten im Rahmen des Federführungsamtes für den Bereich WBZ. Dazu gehörten u.a. die Begleitung der Umsetzung des novellierten Schornsteinfegerwesens sowie die Erarbeitung einer Dienstanweisung zur Führung und Verwaltung von Bauaufsichtsakten. Hier wird der Abschnitt auch im kommenden Jahr die koordinierende Funktion für alle Bezirksamter einnehmen und so einen entscheidenden Teil zur Weiterentwicklung verwaltungsrelevanter Prozesse beitragen.

Die Einführung eines digitalen Friedhofsprogramms (FIM) soll den Service für Bestatter und Privatkunden langfristig verbessern. Die Einführung hat 2010 zu erheblichen Rückständen in der Fallbearbeitung geführt. Für die optimale Nutzung des Programms sind noch umfangreiche Vorarbeiten zu leisten, für die eine zusätzliche Asklepios-Kraft eingesetzt und eingearbeitet werden soll.

Friedhof	2008	2009	2010
Bestattungen gesamt	700	672	715
Erdbestattungen	264	284	298
Urnenbestattungen	436	388	417

4.4.4 Umwelt

Aufgabe und Entwicklung 2010

Die Abteilung Umwelt bearbeitet alle naturschutzrechtlichen Tatbestände im Rahmen der Hamburgischen Baumschutzverordnung und der im Bezirk geltenden Landschaftsschutzverordnungen. Sie setzt Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen des § 9 HmbNatSchG (Eingriffsregelung) fest und kontrolliert stichprobenartig die Ausführung von Ersatzpflanzungen, Ausgleichsmaßnahmen und Festsetzungen in Bebauungsplänen.



Weiterhin ist das WBZ zuständig für vielfältige Aufgaben im Bereich des Wasserrechts. Im Gegensatz zu anderen Bezirken hat Bergedorf umfassende Zuständigkeiten (z.B. an Gewässern 1. Ordnung und nach Hafen- und Schifffahrtsrecht). Bergedorf ist mit fast 12 km² Wasserfläche wasserreichster Bezirk außerhalb des Hafens: 19,7 km Gewässer 1. Ordnung (Bille, Schleusengraben, Dove Elbe), davon 13,5 km schiffbar (Hafenrandgewässer); > 200 km Fleete, Hauptentwässerungsgräben und wichtige Vorfluter (z.B. Gose Elbe, Brookwetterung, Schulenbrooksbek, Bornmühlenbach), davon 5,8 km schiffbar; ~1.600 km Siel- und Schaugräben; weitere 1.300 km sonstige Gräben; insgesamt etwa 3.000.000 lfd. Meter Gewässerstrecke.

Dynamik entfalten

Mit der Erteilung des Planfeststellungsbeschlusses zum Kiesabbau am Unteren Landweg, IV. Ausbaustufe, ist ein wichtiges wasserrechtliches Planverfahren abgeschlossen worden. Es ermöglicht dem Vorhabenträger die Fortführung der Nassauskiesung am vorhandenen Standort. Da sich die zunächst ins Auge gefassten Ausgleichsmaßnahmen nicht realisieren ließen, wurde im Planfeststellungsbeschluss eine Ausgleichszahlung festgesetzt. Gleichzeitig wurde dem Vorhabenträger jedoch die Möglichkeit eingeräumt, geeignete Ausgleichsflächen zu finden und diese durch eine Planänderung ins Verfahren einzubringen. Hierzu laufen derzeit noch Untersuchungen.

Garten Hamburgs

Im vergangenen Jahr wurden 416 Ausnahmegenehmigungen nach der Baumschutzverordnung erteilt. In gut 20 % der Fälle wurden Ersatz- oder Ausgleichspflanzungen angeordnet, um dem Verlust von Gehölzen entgegenzuwirken. Außerdem wurde verstärkt die Ausführung von Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen überprüft, die Anzahl der Prüfungen gegenüber dem Vorjahr noch einmal um 50 % gesteigert.

Für die Naturschutzgebiete Kiebitzbrack (35 ha), Zollenspieker (80 ha) und Kirchwerder Wiesen (860 ha) bearbeitet die Abteilung hoheitliche naturschutzrechtliche Fragestellungen und erteilt und überwacht Befreiungen nach § 48 HmbNatSchG sowie die ordnungsgemäße Ausführung von Maßnahmen, die nach den Naturschutzgebietsverordnungen freigestellt sind. Im Jahr 2010 auch umfangreiche Stellungnahmen zu einigen Pflege- und Entwicklungsplänen (PEP), unter anderem für die Kirchwerder Wiesen, zu erarbeiten. Außerdem war die Abteilung eingebunden in die Evaluierung Naturschutz.

Im Jahr 2010 hat das Bezirksamt seine selbst gesteckten Ziele (Errichtung einer Eisvogel-Nisthilfe pro Jahr) im Rahmen der Biodiversitätenkampagne erreicht. Gemeinsam mit dem NABU wurden die bestehenden Eisvogelnistwände begutachtet und eine abgängige Nistwand ersetzt. Bei einer Bereisung der Gose-Elbe wurden zudem mögliche natürliche Eisvogelnistplätze festgestellt und kartiert. Darüber hinaus konnten bei der Bereisung wertvolle Erkenntnisse über den Zustand des Gewässers und seiner Ufer gewonnen werden.

Stadt für Kinder und Familien

Bergedorf weist seit Jahren mehr Bauland neu aus als andere Bezirke Hamburgs. Neue Baugebiete liegen überwiegend in der Niederung von Elbe und Bille. Jede Erschließung und nahezu jedes Bauvorhaben im Landgebiet hat Berührungspunkte mit einem Gewässer. Die bestehende Oberflächenentwässerung mit kleinteiliger Parzellierung und gefällefremden Marschengräben wird vermehrt überfordert. Aus diesen Tatsachen erwachsen vielfältige und kontinuierlich zunehmende Aufgaben (z.B. Binnenhochwasserschutz, Neubemessung der Überschwemmungsgebiete).

Nicht nur die Landschaft verändert sich und damit Nutzungsart und -intensität, auch die Gewässer sind einem stärkeren Freizeit- und Erholungsdruck ausgesetzt. Infolge dessen steigt der Regelungs- und Koordinierungsbedarf.



Ergänzend zu den ausgewählten und erfassten Vorgangsarten hat die Abteilung Stellungnahmen zu Bebauungsplänen, Landschaftsplanung, wasserwirtschaftlicher Regionalplanung und zu Verfahren anderer Rechtsbereiche erarbeitet.

Kennzahlen

(auch für Vm – Gebiet)	2008	2009	2010
Naturschutz:			
1. Ausnahmen nach der Baumschutzverordnung (davon mit Auflagen zu Ersatzpflanzungen)	395 395	391 (78)	416 (89)
2.1 Ausnahmen und Befreiungen, Sonstiges in NSG	24	35	19
2.2 Ersatz und Ausgleich prüfen	8	26	39
2.3 Sonstige naturschutzrechtliche Verfahren (davon mit Auflagen zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen)	129	160 (26)	144 (29)
Gesamt Pkt. 2		221	202
Ordnungswidrigkeiten-Verfahren	7	27	8
Anzahl der Widersprüche	3	3	2
Anteil der erfolgreichen Widersprüche in %	0	0	2
Einnahmen	Soll	16.980	15.435,90
	Ist	16.061	15.640,65
Wasserrecht:			
Anzahl wasserrechtlicher Verfahren gesamt	574	678	590
Anzahl Widerspruchsverfahren	3	4	6
davon erfolgreiche Widersprüche in %	66,6	0	0
Anzahl OWI-Verfahren	0	0	0
Genehmigungen	151	185	162
Erlaubnisse	335	390	428
davon in konzentrierenden Verfahren	13	15	17
bzw. Planverfahren	1	2	2
Änderungen, Ergänzungen, Umstellungen	8	51	16
Versagungen, Widerrufe	12	10	12
Beanstandungen/Anordnungen u.ä.	55	23	32
Schäden am Gewässer	10	15	11
Einnahmen	Soll	81.000	119.942
	Ist	89.782	117.611